

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 5

Behörde für Gesundheit und
Verbraucherschutz

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

**Einzelplan 5 Behörde für Gesundheit und
Verbraucherschutz**

(von der Bürgerschaft am 24.11.2011 beschlossener Haushaltsplan 2011/2012)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 5

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 20
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 47
Kontenrahmen für Dienstbezüge	48 - 51
Kontenrahmen für Versorgung	52 - 56
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 16
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 5000 - Zentrale Dienste -	
Kapitel 5100 - Gesundheit -	
Kapitel 5200 - Hilfen zur Pflege, Seniorenanarbeit, rechtliche Betreuung -	
Kapitel 5300 - Verbraucherschutz -	
Kapitel 5400 - Institut für Hygiene und Umwelt -	
Anlagen	1 - 2
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 2
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	1 - 30
3 Institut für Hygiene und Umwelt	1 - 2
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	1 - 2
Zuwendungen über 100.000 Euro	1 - 10
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2
5 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2
6 Überleitungstabelle	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 5

0. Vorbemerkung

Ab 2012 Anpassung des Zahlenwerkes, der Erläuterungen, der Produktinformationen und der Deckungskreise auf Grund der Neustrukturierung der Behörden (Gesetz über Verwaltungsbehörden vom 19.04.2011 [HmbGVBl. S. 123]) sowie behördenübergreifender Aufgabenverlagerungen (siehe Überleitungstabelle Anlage 6).

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Gesundheit und Verbraucherschutz

Das Gesundheitswesen stellt neben seiner zentralen Aufgabe der Daseinsvorsorge einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Metropole Hamburg dar. Aktivitäten für eine effiziente und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und einen wirkungsvollen Verbraucherschutz tragen dazu bei, dass Hamburg gleichermaßen moderne Wirtschaftsmetropole und rundum lebenswerte Stadt für seine Bürgerinnen und Bürger ist und bleibt.

Hamburgs Stellung als wachsende Hafen- und Logistikmetropole und als „Eingangstor für den europäischen Markt“ prägt die Aufgaben des Verbraucherschutzes. Die Globalisierung stellt hohe Anforderungen an einen effektiven und schlagkräftigen Verbraucherschutz, welche die Stadt auch mit der Reorganisation des Veterinäramtes Grenzdienst erfolgreich erfüllt. Die Zertifizierung von Arzneimittelherstellern im außereuropäischen Ausland dient der Sicherheit durch Risikominimierung für die Bürgerinnen und Bürger weit über den Standort Hamburg hinaus. Mit dem Projekt „Marktüberwachung im Ostseeraum“ wird im Bereich der Non-Food-Produkte eine verbesserte europäische Zusammenarbeit verwirklicht.

Ob im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei der Prävention und Frühförderung, bei Hilfs- und Beratungsangeboten oder im Bereich der Sucht- und AIDS-Prävention, beim gesundheitlichen Arbeitnehmerschutz oder der Mitwirkung bei der Entwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Hamburger Betrieben die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BVG) leistet einen wichtigen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt für Familien und Kinder.

Der Senat wird weiterhin das gesamte Spektrum der **Gesundheitswirtschaft** als eine der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg in den Blick nehmen. Kernaufgaben dabei sind die Etablierung der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH als professionelles Clustermanagement unter Einbeziehung aller relevanten Akteure mit dem Ziel, vorhandene Wachstums- und Innovationspotentiale für Hamburg auszuschöpfen. Zentrale Handlungsfelder sind die Optimierung der Versorgungsstrukturen, Prävention und Gesundheitsförderung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Transparenz und Qualität in der Versorgung. Diese Aktivitäten schließen ebenfalls die in den letzten Jahren ausgebauten Aufgabe der internationalen Zusammenarbeit ein, um die fortschreitende Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft und die hervorragenden Marktchancen von hamburgischen Unternehmen in diesem Bereich nutzen zu können.

Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung, Gesundheitsschutz

Mit dem Krankenhausplan 2015 werden die Grundlagen für die **Krankenhausplanung und -versorgung** der nächsten Jahre geschaffen. Er ist zum 1.1.2011 in Kraft getreten.

Dabei sind seit Einführung der Fallpauschalen (DRGs) die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung ebenso wie die der staatlichen Steuerung einem steten **Veränderungs- und Anpassungsprozess** unterworfen. Zur **Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung in der Metropolregion Hamburg** mit hochqualifizierten klinischen Leistungsangeboten fördert die Stadt weiterhin auf hohem Niveau Investitionen in den Hamburger Krankenhäusern, insbesondere zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen. Dazu zählen so wichtige Vorhaben wie der Neubau des Funktionstraktes am Albertinen-Krankenhaus, der sich bereits in der Umsetzung befindet sowie die Neustrukturierung der Asklepios Klinik Harburg und der Helios Mariahilf Klinik Hamburg, die sich in einer konkretisierenden Planungsphase befinden.

Mit der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 wurden zusätzlich sieben umfangreiche **Investitionsmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern** vorgezogen (Drs. 19/2250). So wird z.B. das Ev. Krankenhaus Alsterdorf neustrukturiert und hierbei das Epilepsiezentrums als ein wichtiges Kompetenzzentrum zur Behandlung anfallskranker Patientinnen und Patienten für die Metropolregion Hamburg ausgebaut. Weitere Maßnahmen der Konjunkturoffensive sind u.a. der Neubau eines Funktionstraktes am Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus und die Neustrukturierung des Bettenhauses C der Asklepios Klinik St. Georg.

Die **Maßregelvollzugseinrichtung** realisiert im Rahmen der Unterbringungen nach §§ 63, 64 StGB alle notwendigen psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungen einschließlich ambulanter Nachsorge sowie ein permanentes und aktives Risikomanagement.

In den Aufgabenbereichen der **Gesundheitsberichterstattung, Prävention und Gesundheitsförderung** stehen Aktivitäten und Maßnahmen für Familien und Kinder im Vordergrund. Eingedenk der demografischen Entwicklung wird auch die ältere Generation verstärkt in den Blick genommen. Bei der Erfassung, Analyse, Beschreibung, Bewertung und Veröffentlichung (auch im Internet) gesundheitlicher Parameter werden Schwerpunkte auf das gesunde Aufwachsen und das gesunde Altwerden in Hamburg gelegt sowie auf die Erreichung bildungsferner und sozialbenachteiligter Bevölkerungsgruppen. Hieraus abgeleitet werden Ziel- und Handlungsempfehlungen für diese Zielgruppen entwickelt und umgesetzt, insbesondere lebensweltbezogene Angebote zur Förderung von Gesundheitskompetenzen gestärkt und Selbsthilfeaktivitäten weiterentwickelt. Über Bilanzberichte wird die Evaluation der Qualität und auch der Wirksamkeit eingeleiteter Aktivitäten beschrieben.

Vorwort

Einzelplan 5

Zur Stärkung der Gesundheit von Mutter und Kind werden die Familienhebammenansätze verstetigt. Darüber hinaus werden die Erkenntnisse des Modellvorhabens zum Einladewesen der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen bewertet. Die Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten wird weiter unterstützt. Zielgerichteten gesundheitsfördernden Aktivitäten und verbesserten Kooperationen in Stadtteilen (sozialräumlicher Ansatz), u.a. im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), kommt eine besondere Bedeutung zu. Im Bereich HIV/AIDS/STD (Sexually Transmitted Disease) bilden bei der Prävention die Zielgruppen der Man-Sex-Man (MSM), der Jugendlichen und die Migrantinnen und Migranten einen Schwerpunkt. Bei Angeboten werden – soweit möglich – mehrsprachige Hilfen integriert.

Mit den relevanten Akteuren, z.B. Behörden, Krankenkassen, der Ärzteschaft, Hochschulen, der Handelskammer, Freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden, sollen gesundheitsfördernde und präventive Ansätze und Maßnahmen für alle Lebensphasen konzipiert und umgesetzt werden. Dafür ist der „Pakt für Prävention – gemeinsam für ein gesundes Hamburg“ abgeschlossen worden. Auf Ziel- und Fachkonferenzen werden die Leitziele „Gesund aufwachsen“, „Gesund alt werden“ und „Gesund leben und arbeiten in Hamburg“ vereinbart und dann umgesetzt. In allen Lebenswelten sind gesundheitsförderliche Bewegung, gesunde Ernährung und psycho-soziales Wohlbefinden wichtige Themen. Die Förderung des Nichtrauchens ist ein weiteres Ziel. Zur Umsetzung des Passivraucherschutzgesetzes wird drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Bericht vorgelegt werden.

Der **Öffentliche Gesundheitsdienst** ist eine wichtige Einrichtung u.a. für den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen ungewöhnlicher Seuchenlagen. Seine Bedeutung hat er beim Aufbau der Strukturen und der Durchführung der Impfaktion im Rahmen der Influenza-Pandemie unter Beweis gestellt. Diesen Aufgaben wird er sich auch zukünftig stellen müssen, da jederzeit ein Infektionsgeschehen auftreten kann, das eine schnelle und koordinierte Intervention erfordert. Hierbei werden die gewonnenen Erfahrungen aus der letztlich vergleichsweise glimpflich verlaufenen Influenza-Pandemie eine wesentliche Grundlage sein. Der Hafen und insbesondere der Flughafen sind prädestiniert für die Einschleppung von Infektionskrankheiten. Im Rahmen der konsequenten Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften soll der Hafen- und Flughafenärztliche Dienst in die Lage versetzt werden, personell und mit qualitativ hochwertiger medizinischer und technischer Ausstattung den Schutz der Reisenden und der Hamburger Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Hilfe im Sektor **Drogen und Sucht** ist in den vergangenen Jahren auf hohem fachlichem Niveau entwickelt und ausgebaut worden. Die erfolgreiche fachpolitische Umsteuerung mit Schwerpunkt auf frühe Intervention bei Suchtmittelmissbrauch und Abhängigkeit hat dazu geführt, dass im Jahr 2008 mehr als 13.000 Hamburgerinnen und Hamburger allein durch die Leistungen der ambulanten Suchthilfe erreicht wurden. Insbesondere an den Schnittstellen zwischen der Suchthilfe und anderen Hilfesystemen, wie der Jugendhilfe, der ARGE, der Wohnungslosenhilfe und der Psychiatrie sind Kooperationen entwickelt und ausgebaut worden. Diese gilt es weiterhin zielgruppenspezifisch zu verstetigen und zu vertiefen. 2011 wird ein Suchtbericht fertig gestellt, der den Status quo der mit staatlichen Mitteln geförderten Suchthilfe beschreibt und den Entwicklungsbedarf skizziert. Dabei wird auf die niedrigschwelligeren Hilfen für Drogenabhängige und die Situation von schwangeren und suchtkranken Frauen und der Kinder von Suchtkranken sowie auf die Eingliederungshilfe für Suchtkranke ein besonderer Fokus gelegt. Wesentliche Bedeutung wird darüber hinaus erneut die Betrachtung der Schnittstellen zwischen Suchthilfe und angrenzenden Hilfebereichen erhalten sowie die zielgruppenspezifische Ausrichtung von Angeboten.

Der demographische Wandel mit steigender Lebenserwartung und Zunahme des Durchschnittsalters sowie der Wandel der Arbeitswelt erfordern eine ständige Anpassung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung. Dies gilt für deren Finanzierung, Leistungsniveau, Organisation und Versorgungsangebote, ohne den Einzelnen oder die Gemeinschaft zu überfordern. Hiervon sind die Hamburger Versicherten, deren Sozialversicherungsträger sowie die Hamburger Leistungserbringer unmittelbar betroffen. Das regionale gesundheitliche Versorgungsangebot ist zugleich auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor hinsichtlich des medizinisch-technischen Angebots und der Beschäftigungsangebote. Hamburg wird sich daher an der Weiterentwicklung der **gesetzlichen Sozialversicherung** im Rahmen der Bundesratsverfahren gestaltend beteiligen.

Senioren, Pflege und Rechtliche Betreuung

Mit dem Inkrafttreten des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes ist eine wegweisende und an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Grundlage für die **Hilfen für Pflegebedürftige** geschaffen worden. Auch die Haushaltss Jahre 2011 und 2012 werden noch von der Umsetzung mit Blick auf Personal, räumliche Anforderungen, Beratung und Information in Servicewohnanlagen, Prüfverfahren und Transparenz der Prüfergebnisse geprägt sein. Mit der weiter entwickelten „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015“ liegen gleichzeitig die planerischen Grundlagen in diesem Bereich neu vor. Die Umsteuerung in Richtung auf eine Betreuung und Pflege in seniorengerechten und stadtteilintegrierten Wohnformen wird fortgesetzt. Zur Dämpfung des fallzahl- und fallkostenbedingten Ausgabenzuwachses sind der Wegfall der Einzelförderung nach § 6 HmbLPG für Neufälle in der stationären Pflege und der Investitionskostenzuschüsse in der Tagespflege umgesetzt worden, die in diesem Haushaltsplanentwurf strukturell berücksichtigt sind.

Die Anschubfinanzierung des Bundes wurde für den Aufbau der ersten neun Pflegestützpunkte in Hamburg genutzt. In den Planjahren 2011/2012 wird in Abstimmung mit den Landesverbänden der Pflegekassen und den Bezirksämtern eine Entscheidung über die weitere Ausgestaltung dieses Beratungs-, Unterstützungs-, Fallmanagement- und Vernetzungsangebotes zu treffen sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Seniorenberatung der Bezirksämter gemäß den Senatsbeschlüssen anzupassen. Im Bündnis für Altenpflege wurden gemeinsam mit den Anbieterverbänden der Pflege, der Arbeitsverwaltung und den zuständigen Behörden Ziele und Maßnahmen für eine deutlich intensivierte Aus- und Weiterbildung vereinbart und zum großen Teil bereits erreicht. Die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen zu sichern, bildet einen pflegepolitischen Schwerpunkt der kommenden Jahre.

Die **Weiterentwicklung Hamburgs als generationsfreundliche Stadt** erfolgt auf der Grundlage eines unter breiter fachlicher und öffentlicher Beteiligung entstehenden Handlungskonzeptes. Mit der Stärkung des Sozialraummanagements in den Bezirksämtern und dem Übergang der Förderung der Seniorenanarbeit auf die Bezirke kann dieser Prozess nah an den

unterschiedlichen Ausgangslagen in den Sozialräumen stattfinden. Im vorliegenden Planentwurf ist die neu strukturierte Rahmenzuweisung Seniorenarbeit fortgeschrieben worden.

Mit den **Hilfen nach dem Betreuungsgesetz** wird ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet, dass die Hamburger Bürgerinnen und Bürger Vorsorge treffen (Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen, Patientenverfügungen) und bei der Übernahme einer ehrenamtlichen Betreuung unterstützt werden. So soll eine rechtliche Betreuung erst nachrangig zum Zuge kommen bzw. der Vorrang der Ehrenamtlichkeit vor der beruflichen Betreuung verankert werden. 2011/2012 soll dieses Unterstützungssystem im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund bedarfsgerecht gestärkt werden.

Präventiver Verbraucher- und Arbeitsschutz

Der Ansatz eines umfassenden präventiven Verbraucher- und Arbeitsschutzes in der Arbeitswelt, bei Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika, Arzneimitteln, Medizinprodukten, technischen Anlagen und Verbraucherprodukten oder im Medizinbetrieb und als Schutz der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucher, aber auch der Hersteller und Händler, bildet auch in Zukunft die Grundlage für Verbraucherschutzpolitik in Hamburg.

Im **lebensmittelbezogenen Gesundheitsschutz und Veterinärwesen** steht der vorbeugende Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen sowohl bei Lebens- und Futtermitteln, tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen, Bedarfsgegenständen als auch bei der Kontrolle von Herstellungs- und Verarbeitungsbetrieben und der Handelsstufen im Vordergrund. Mit den dezentralen Grenzkontrollstellen des Veterinäramtes Grenzdienstes werden nicht nur die strengen Anforderungen der EU bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr erfüllt, sondern auch eine kunden- und somit wirtschaftsfreundliche Abfertigung an den Terminals im Hamburger Hafen und Flughafen ermöglicht. Weitere Aufgabenbereiche sind der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Risiken durch Tierseuchen sowie die Sicherheit im Verkehr mit Tierarzneimitteln.

Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen, dass die Veröffentlichung von klar verständlichen Informationen über die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen geeignet ist, sowohl zur Verbesserung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher beizutragen als auch die Anstrengungen der Betriebe zur Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorschriften zu erhöhen. Deshalb soll ein verbindliches Informationssystem mit einheitlichen Bewertungsmaßstäben eingeführt und hierfür eine geeignete rechtliche Grundlage für die Veröffentlichung von Kontrollergebnissen geschaffen werden.

Die Überwachungsaufgaben aus den Bereichen Lebens- und Futtermittel sowie Pflanzengesundheit werden heute von verschiedenen Stellen wahrgenommen. Es ist vorgesehen, diese Aufgaben soweit sinnvoll zusammenzuführen und zu zentralisieren, um Doppelarbeit und sich überschneidende Zuständigkeiten zu vermeiden.

Das Institut für Hygiene und Umwelt sichert unabhängige und schnelle Untersuchungen und Begutachtung auf hohem wissenschaftlichem Niveau im Bereich von Lebensmitteln und Kontaminanten, der Mikrobiologie sowie der Hygiene. Im Rahmen der norddeutschen Kooperation bestehen Abkommen mit den sechs umliegenden Bundesländern im Hinblick auf eine Konzentration von Untersuchungsschwerpunkten in einzelnen amtlichen Untersuchungslaboren, um ressourcenschonend auf hohem Standard auch den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben nachkommen zu können. In diesem Zusammenhang ist eine Prüfung vorgesehen, ob durch eine weiterführende Zusammenarbeit des HU insbesondere mit Schleswig-Holstein, ggf in veränderter Organisationsform, zusätzliche Synergiegewinne erzielt werden können.

Im Bereich der **Produkt- und Anlagensicherheit** hat Hamburg mit dem Netzwerk Marktüberwachung im Ostseeraum eine Vorreiterrolle für eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Produktsicherheit bei Gegenständen des täglichen Gebrauchs in Europa übernommen und setzt damit die auf nationaler Ebene verfolgte Strategie der Kooperation und Arbeitsteilung fort. Angesichts ansteigender Zahlen von Mängelmeldungen und Verbraucherbeschwerden kann die Produktsicherheit mit den vorhandenen Ressourcen nur auf diese Weise gewährleistet werden. Auch der Zusammenarbeit mit dem Zoll kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Infolge des gesteigerten Interesses der Verbraucher für die Gefährdungen durch stoffliche Eigenschaften von Produkten (z.B. gefährliche Chemikalien) ist die verstärkte Information und kompetente fachliche Beratung ein neuer Schwerpunkt. Für die überwachungsbedürftigen Anlagen (Aufzüge, Tanklager, Kraftwerke, Druckbehälter usw.) ist die Tätigkeit der wettbewerblichen Prüfinstitutionen sorgsam zu beobachten und zu bewerten, um das bestehende hohe Niveau der Anlagensicherheit in Hamburg zu sichern. Flankierend ist durch Besichtigungen, Aufklärung und Beratung dafür zu sorgen, dass die Anlagenbetreiber die ihnen im Rahmen der Deregulierung in großem Maße neu zugewiesene Eigenverantwortung wahrnehmen können.

Beim **Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern** besteht das „Hamburger Arbeitsschutzmodell „ABS – Aufsicht, Beratung, Systemüberwachung“ mit ständigen Anpassungen an die sich weiterentwickelnde Arbeitswelt nunmehr seit mehr als 10 Jahren. Es hat sich mit seinem Ansatz zu einem präventiven und systemorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz bewährt und sieht neben der einzelbetrieblichen Beratung und Überwachung insbesondere branchenbezogene Schwerpunktaktivitäten bei Klein- und Mittelunternehmen in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, Innungen sowie Krankenkassen und Berufsgenossenschaften vor. Dadurch wird eine möglichst große Akzeptanz für Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben erreicht und gleichzeitig über die Kooperationspartner als Multiplikatoren eine große Breitenwirkung erzielt.

Dieser Zusammenarbeit wurde mit der ArbeitsschutzPartnerschaft zwischen BGV, Handwerks- und Handelskammer Hamburg, dem IVH-INDUSTRIEVERBAND HAMBURG E.V., der UV-Nord-Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V., der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, Landesverband Nordwest sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund Hamburg eine breite Basis gegeben. Auf der Grundlage von Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz sind Vereinbarungen mit den Unfallversicherungsträgern zur Durchführung abgestimmter nationaler Arbeitsprogramme geschlossen worden.

Vorwort

Einzelplan 5

Besonders enge Bezüge sowohl zum Verbraucherschutz als auch zum Gesundheitsbereich weist der Bereich des **Patientenschutzes und der Sicherheit in der Medizin** auf. Ziele sind hierbei die Gewährleistung der Sicherheit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und bei der medizinischen Versorgung sowie der Ausbau der Verbraucher- und Patientenrechte. Informations- und Beratungsangebote für Patientinnen und Patienten sowie Verbraucherinnen und Verbraucher sollen hierfür zielgruppenorientiert unterstützt werden.

Im **umweltbezogenen Gesundheitsschutz** werden im Rahmen einer fachlichen Bewertung (Risikoabschätzung) Einflüsse der physikalischen und chemischen Umwelt auf die öffentliche Gesundheit analysiert und mögliche Gesundheitsgefahren für spezielle Risikogruppen und für den Verbraucher beschrieben. Auf dieser Grundlage werden Maßnahmen zur Prävention und zur Abwehr möglicher Gesundheitsgefahren angeregt und initiiert. Durch die Zuordnung des Krebsregisters sind die Möglichkeiten der Fachabteilung zur fachlichen Analyse gesundheitlicher Risiken und zur Information der Verbraucher gestärkt. Die Krebsregistrierung schafft Datengrundlagen zur Planung und Evaluation von Maßnahmen der Krebsbekämpfung sowie zur Ressourcenplanung für Therapie und Forschung. Die Daten fließen in die Berichterstattung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ein und bilden eine Grundlage für weitergehende Studien zur Ursachen- und Versorgungsforschung.

Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch Hersteller, Händler und Dienstleister sollen durch Information, Beratung, Hilfestellung und - wo erforderlich oder sinnvoll - auch durch die Schaffung von gesetzlichen Regelungen in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten als kritische Verbraucher und dem Verbraucherschutz aufgeschlossene Unternehmen unterstützt werden. Im Mittelpunkt der Tätigkeiten des **wirtschaftlichen Verbraucherschutzes** steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung und wirtschaftlichem Schaden. Die Verbraucher sollen in ihrer Position gestärkt und befähigt werden, Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wirtschaftlicher Verbraucherschutz stärkt aber auch die Unternehmen, welche die Verbraucherrechte bei ihren Geschäftstätigkeiten berücksichtigen und sich rechtskonform verhalten. Umgekehrt soll durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Schutz und Sicherheit sowie Marktrichtigkeit bieten, dazu beigetragen werden, „schwarzen Schafen“ das Leben zu erschweren und diese Firmen durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu sanktionieren. In einem weiteren Aufgabenschwerpunkt soll bei Wirtschaftsakteuren und Verbänden für Zusammenarbeit geworben werden, um die Akzeptanz des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes bei Unternehmen zu erhöhen.

Internet-Auftritt und e-Government

Die BGV informiert auf ihrer Homepage www.hamburg.de/bgv über aktuelle Arbeitsfelder und Leistungen sowie den Aufbau der Behörden. Die Behörde ist darüber hinaus im Bereich „Bürgerservice“ unter www.hamburg.de für die Ressorts Gesundheit, Verbraucherschutz sowie Senioren, Pflege und Rechtliche Betreuung zuständig. Begonnen wurde damit, auch umfangreichere Broschüren nicht nur als PDF-Dateien anzubieten, sondern die Inhalte zusätzlich in Form von Service-Portalen darzustellen (siehe z.B. unter www.hamburg.de/pflege). Zunehmend kehrt sich dabei die klassische Produktionsweise in der Öffentlichkeitsarbeit um: Wurden bisher gedruckte Materialien nachträglich auch im Internet angeboten, so sollen künftig nach dem Grundsatz „Internet zuerst“ Themen bereits vor dem Druck im Internet adressatengerecht aufbereitet werden.

Ausgehend von den aktuellen E-Government-Angeboten der BGV wie den Suchmöglichkeiten nach Pflegediensten und dem Wassergütemessnetz werden alle Aufgabenfelder der Behörde laufend daraufhin untersucht, inwieweit ein interaktiver Informationsaustausch zwischen Bürgern und Behörden, Unternehmen und Behörden sowie Behörden und Behörden unter Berücksichtigung einer angemessenen Kosten-Nutzen-Relation realisiert werden kann. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf den schrittweisen Ausbau der E-Government-Unterstützung der hafen- und flughafenbezogenen Dienste (Hamburg Port Health Center sowie Veterinär- und Einfuhramt).

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2011	2012	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2011:2010	2012:2011
Einnahmen			8.355		100
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)			6.170		100
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)			2.185		100
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)			0		0,0
Ausgaben			425.907		100
Davon:					
Personalausgaben			46.152		100
Sach- und Fachausgaben			261.796		100
Sonstige Betriebsausgaben			290		100
Investitionen			117.669		100

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2011/2012 (in %)	2011		2012	
	Gesamtplan	Einzelplan 4	Gesamtplan	Einzelplan 5
Personalausgaben			24,5	10,8
Sach- und Fachausgaben			58,2	61,6
Investitionen			7,5	27,6

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2008 ¹				2009			
Gesamtsoll ²	Ist	auf 2009 übertragene Reste	Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2010 übertragene Reste		
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in % zum Soll	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in % zum Soll

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Amt für Zentrale Dienste	Amt für Verbraucherschutz	Amt für Gesundheit	Institut für Hygiene und Umwelt
Produktbereich 01: Gesundheit und Verbraucherschutz	Produktbereich 01: Gesundheit und Verbraucherschutz	Produktbereich 01: Gesundheit und Verbraucherschutz	Produktbereich 01: Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktgruppe 01 Zentrale Dienste	Produktgruppe 02 Verbraucherschutz	Produktgruppe 03 Gesundheit	Produktgruppe 05 Institut für Hygiene und Umwelt
		Produktgruppe 04 Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung	

¹ 2008 ohne Bernhard-Nocht-Institut, da ab 2009 bei der Behörde für Wissenschaft und Forschung angesiedelt

² Ansatz einschl. Sollübertragungen, zufließenden Einnahmen, übertragene Reste und Vorriffe aus Vorjahren

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

Die Personalausgaben der BGV werden im Kapitel 5000 zusammengefasst. Abweichend von der in den übrigen Bereichen praktizierten Zuordnung sind die Personalausgaben für das Veterinär- und Einfuhramt in der Titelgruppe Z 63 im Kapitel 5300 veranschlagt.

KRD/NSM

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und den NSM-Titelgruppen des Einzelplans basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2010, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen durch die Tarif- und Besoldungsanpassung zum 1. März 2009 und 1. März 2010;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2009 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2009), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2010 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2010;
- im Finanzplan 2008-2012 in den MAP-Raten 2011 und 2012 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten;
- Anpassung der Sonderzahlung im Besoldungsbereich.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.xx),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.xx) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.xx).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich ab 2011 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren ab 2011.

Die Finanzbehörde hat dem Rechnungshof zugesagt, dafür Sorge zu tragen, in Fällen nicht auskömmlicher Personalausgaben-Budgets über Höhe und Art der Zwischenfinanzierung in den Erläuterungen/Vorworten der Einzelpläne gegenüber der Bürgerschaft zu berichten. Es wird gebeten, entsprechende Formulierungen vorzusehen und sie mit den planführenden Referaten der Finanzbehörde abzustimmen.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt (veranschlagt in den Titeln 432.93 bzw. 438.93).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger (446.93) im KRV veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 13,5 v. H. der 2009 zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltssatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sollen entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde auch künftig einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig sein (bisher Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan (einschließlich der Stellen der Auswahlbereiche gemäß § 15a LHO) ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 2 LHO, der Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 und 4 LHO sowie ggf. der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Der Stellenplan wird erst zur Veranschlagung 2013/2014 aktualisiert (siehe 0. Vorbemerkung).

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Die vorhandenen Titelgruppen wurden beibehalten.

6. Einzelplandeckungskreise

Alle im Einzelplan 5 eingerichteten Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk aufgeführt. Eine Übersicht über die dazugehörigen Titel findet sich in Anlage 4.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Einzelplan 5 gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 LHO und nettoveranschlagte Einrichtungen nach § 15 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis je Einrichtung ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	- in Tsd. Euro -		2011	2012
Institut für Hygiene und Umwelt	2011	25.646	2012	0

Beim Institut für Hygiene und Umwelt ist im Gesamtaufwand eine Zuführung zur Pensionsrückstellung von jeweils 1.556 Tsd. Euro enthalten. Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind durch eine Gewährleistungszusage der Freien und Hansestadt Hamburg in dieser Höhe gedeckt.

Wirtschaftspläne, Lageberichte/Produktinformationen und Erläuterungen finden sich in den Anlagen.

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Entfällt. (Aufgrund Diskontinuität)

9. Zuwendungen

Das Zuwendungsverfahren ist durch Dienstvorschriften geregelt. Darin sind insbesondere die Zuständigkeiten und das Verfahren für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt.

Geeignete steuerungsrelevante Kennzahlen für die verschiedenen Zuwendungsbereiche sind Bestandteil der jeweiligen Produktinformationen. Sofern in den jeweiligen Haushaltkapiteln Zuwendungen veranschlagt sind, werden die wesentlichen Aussagen hierzu in den Ziffern 2. der Kapitel- / Titelerläuterungen dargestellt.

Sämtliche Zuwendungen der Behörde werden mit Hilfe des EDV-gestützten Verfahrens „Integrierte Erfassung und Bearbeitung von Zuwendungen“ (INEZ) bewilligt. Dieses Verfahren stellt sicher, dass die Bewilligungen nach einheitlichen Kriterien ausgesprochen und alle Zuwendungsfälle dokumentiert werden. Auch die Verwendungsnachweisprüfung ist in dieses Verfahren eingeschlossen. Mit Hilfe eines Auswertungssystems ist es möglich, jederzeit Auskunft über Volumina, Bewilligungen und Verfahrensstände zu erhalten.

Im Rahmen des jährlichen Berichtes über den Haushaltsverlauf eines Haushaltjahres werden gegenüber Senat und Bürgerschaft die Abläufe der Zuwendungsverfahren dargestellt und die wesentlichen Ergebnisse des Zuwendungscontrollings über Bewilligungen und Verwendungsnachweisprüfungen übermittelt.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

10.1 Darstellung der Produktbereiche und -gruppen

Die Produktinformationen im Einzelplan 5 sind in einen Produktbereich mit 5 Produktgruppen untergliedert. Diese spiegeln die in den jeweiligen Ämtern verfolgten Ziele und Aufgaben wider. Es besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu dem Produktbereich:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Gesundheit und Verbraucherschutz	5000	Zentrale Dienste
	5300	Verbraucherschutz
	5100	Gesundheit
	5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenenarbeit, rechtliche Betreuung
	5400	Institut für Hygiene und Umwelt

10.2 Finanzielle Übersichten nach Produktbereichen

Haushaltsplan 2012

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	8.355	46.152	262.086	117.669	425.907
Davon entfallen auf: Produktbereich 01	8.355	46.152	262.086	117.669	425.907

Produktinformationen

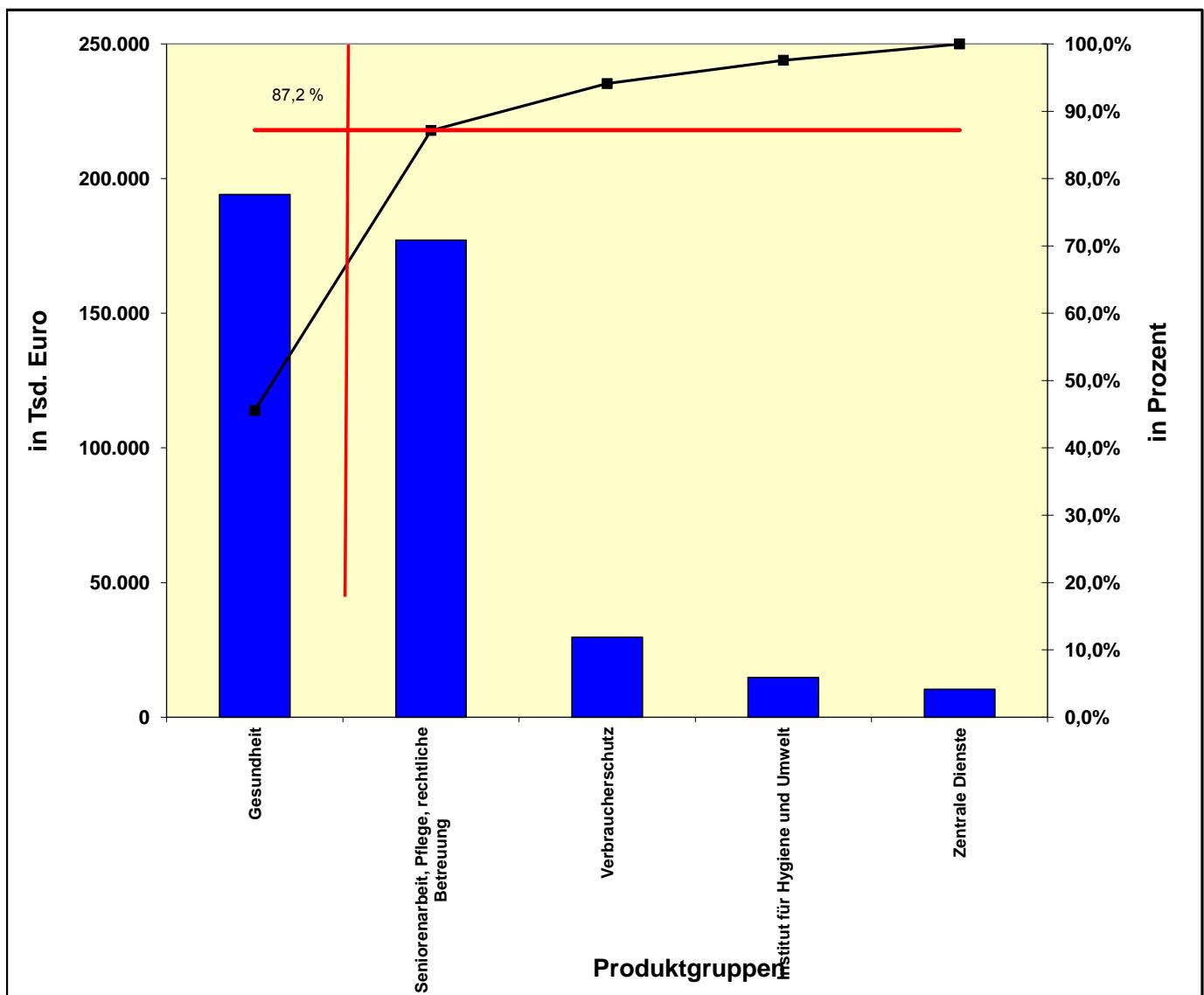
Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt
Einzelplan 5

Haushaltsjahr 2012: Einzelplan 5							
Tabelle							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Gesundheit	01	194.047	45,6%	45,6%	9	46
2	Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung	01	177.154	41,6%	87,2%	3	24
3	Verbraucherschutz	01	29.641	7,0%	94,1%	9	46
4	Institut für Hygiene und Umwelt	01	14.750	3,5%	97,6%		
5	Zentrale Dienste	01	10.315	2,4%	100,0%	4	6
Summe			425.907	100,0%		25	122



Produktinformationen

Produktbereich 01: Gesundheit und Verbraucherschutz

Kapitel 5000-5400

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹	11.578	10.782	7.456	7.791	8.355
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	11.578	10.606	7.456	7.791	8.355
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	176	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	124.779	125.180	132.509	127.538	308.238
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	44.318	41.943	44.038	41.973	46.152
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	79.648	82.697	88.181	85.275	261.796
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	21.963	21.761	21.839	21.379	23.532
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁴	24.600	26.220	27.948	40.714	211.781
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	813	540	290	290	290
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁵	124.519	115.361	109.893	118.622	117.669
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁶	553,58	498,12	556,60	480,58	564,44

Ziele des Produktbereichs
Z 1: Produktbereichsbezogene Planung und Steuerung sowie Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg.
Z 2: Schutz des Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Stärkung gesundheitsfördernder und präventiver Strategien, Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen.
Z 3: Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen und sozialversicherungsrechtlicher Grundlagen.
Z 4: Unterstützung älterer, pflegebedürftiger und betreuungsbedürftiger Menschen durch Optimierung von Versorgungsstrukturen und Hilfesystemen sowie Stärkung von Selbsthilfepotenzialen
Z 5: Präventiv wirkender Verbraucherschutz in Hamburg durch Bündelung sämtlicher verbraucherschutzpolitischer Maßnahmen und Neuordnung ihres Vollzuges, Stärkung des Tierschutzes.

¹ Generell: Planzahlen 2010 und 2011 gemäß Zahlenwerk des Haushaltsplans 2011/12, d.h. incl. zwischenzeitlicher Beschlüsse der Bürgerschaft.

Ab 2012 Anpassungen auf Grund der Neustrukturierung der Behörden (Gesetz über Verwaltungsbehörden vom 19.04.2011 [HmbGVBl. S. 123]) sowie behördenübergreifender Aufgabenverlagerungen.

2010 inkl. Nachbewilligung (Drs. 19/6497).

² Die Planzahlen 2010/2012 berücksichtigen die Konsolidierung bei gleichzeitigem Anstieg des KRV und beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

Die im Kapitel 5000 für den gesamten Produktbereich ausgewiesenen (KRD/KRV) werden bei den Produktgruppen 01 bis 04 anteilmäßig ausgewiesen.

³ Die im Kapitel 5000 für den gesamten Produktbereich ausgewiesenen zentralen Ansätze für Miete, Bewirtschaftung etc., werden bei den Produktgruppen 01 bis 03 anteilmäßig ausgewiesen.

2010 inkl. Nachbewilligung (Drs. 19/6497). Davon in 2008/2009 911/1.013 Tsd. Euro Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen. Die Gesamtausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

⁴ Davon in 2008/2009 4/9 Tsd. Euro Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen. Titel 5100.671.62 "Eingliederungshilfe für Behinderte - Hilfe für Suchtkranke und - gefährdete" ab 2011 als gesetzliche Leistung veranschlagt.

⁵ Die Investitionsausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

⁶ Mit der Fusion der Verwaltung des Amtes G und des Amtes V der BASFI wurde die zentrale Intendantanz des Amtes G größtenteils in das Amt Z der BASFI überführt. Im Rahmen der Neustrukturierung der Behörden wurden diese Anteile für 2012 in die BGV zurück verlagert.

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

- | | |
|------|--|
| Z 6: | Intersektoraler Verbraucherschutz, Arbeitsschutz und Patientenschutz durch Weiterentwicklung von Konzepten sowie von Umweltmedizin und Epidemiologie. |
| Z 7: | Sicherung eines hohen Untersuchungsniveaus in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lebensmittelvirologie und Infektionsepidemiologie im Institut für Hygiene und Umwelt. |

Produktgruppen - Überblick

- | | |
|------|---|
| PG 1 | Zentrale Dienste |
| PG 2 | Verbraucherschutz |
| PG 3 | Gesundheit |
| PG 4 | Senioren, Pflege und rechtliche Betreuung |

Produktgruppe 01: Zentrale Dienste

Kapitel 5000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- | | |
|------|---|
| Z 1: | Zentrale Leitungsunterstützung bei der Steuerung der Fachaufgaben und der produktbereichsbezogenen Fachplanungen, Qualitätsmanagement sowie Umsetzung der Strategie zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg |
| Z 2: | Steuerung und Optimierung der Aufgabenwahrnehmung durch effektiven Einsatz von Ressourcen |

Produkte

P 1 Aufgabenplanung, Gesundheitswirtschaft, Parlamentsangelegenheiten

Schwerpunkte:

Weiterentwicklung der produktbereichsbezogenen Steuerung von Fachplanungen und des Controllings, Koordinierung und Vorbereitung politischer (Senat, Bürgerschaft und Deputation) und überregionaler Gremien, insbesondere Fachministerkonferenzen sowie Stärkung der Gesundheitswirtschaft unter Einbeziehung der internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und Steuerung der Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH als Clustermanagement gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg.

P 2 Personal- und Ressourcensteuerung

Schwerpunkte:

Produktbereichsbezogenes Finanzcontrolling

Personalverwaltung und -betreuung

P 3 IT und Verwaltungsservice

Schwerpunkte:

Sicherung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten IT- und Verwaltungsunterstützung der Fachbereiche der Behörde

Haushaltsdaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.909	1.732	1.804	1.509	1.459
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.909	1.732	1.804	1.509	1.459
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.588	3.968	10.227	5.407	10.313
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷	7.800	2.789	7.406	3.098	7.496
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	788	1.179	2.821	2.309	2.817
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	44	37	0	0	0
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2	0	2	2	2
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	119	56	2	2	2

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	938	347	947	389	817
· innerbehördlich in Tsd. EUR	821	305	836	343	705
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	117	42	111	46	112

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Sach- und Fachausgaben: Der Schwerpunkt liegt bei den anteiligen Sachkosten im Betriebskonto 5000, Z 61, insb. Miete, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung, Ausgaben im Zusammenhang mit der Gesundheitswirtschaft, P 1 – P 3 2,0/2,3 Mio. EUR.

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	82,76	21,57	90,40	21,57	82,07
Anzahl der (aktiven und passiven) Beschäftigten	-	-	-	-	1.054

Qualitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendantanz an den gesamten Personalausgaben in %	-	-	-	-	9,41

Kostenkennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	-	-	1.028
Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	-	-	408
Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	-	-	-	-	620

⁷ Mit der Fusion der Verwaltung des Amtes G und des Amtes V der BASFI wurde die zentrale Intendantanz des Amtes G größtenteils in das Amt Z der BASFI überführt. Im Rahmen der Neustrukturierung der Behörden wurden diese Anteile für 2012 in die BGV zurück verlagert.

Produktgruppe 02: Verbraucherschutz

Kapitel 5300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben. Qualitätsmanagement - gestützte Umsetzung und fachliche Steuerung in Hamburg.
Z 2:	Gewährleistung einer effektiven Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches.
Z 3:	Sicherstellung der Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, der Tierarzneimittelüberwachung des Tierschutzes sowie Umsetzung des Hamburger Hundegesetzes.
Z 4:	Durchführung einer effektiven lebensmittel-, futtermittel- und tierseuchenrechtlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle.
Z 5:	Sicherung und Erhöhung des Verbraucher- und Patientenschutzes in Hamburg in den Bereichen Arzneimittel, Medizinprodukte und Patientenversorgung; Ausbau der Patienten- und Verbraucherrechte.
Z 6:	Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verringerung gesundheitlicher Gefährdungen abhängig Beschäftigter und Dritter.
Z 7:	Gewährleistung des Schutzes vor Gefahren durch unsichere Produkte und des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritter vor Gefahren durch Anlagen.
Z 8:	Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hamburger Betrieben.
Z 9:	Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren, Sicherung der Datenqualität im Hamburgischen Krebsregister.
Z 10:	Stärkung der Marktposition der Verbraucherinnen und Verbraucher in wirtschaftlichen Fragen.
<i>Produkte</i>	
P 1	Rechts- und Grundsatzangelegenheiten Schwerpunkte: Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten. Einführung und Weiterentwicklung von Qualitätsmanagement - Systemen in der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und im Veterinärwesen. ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg, Beteiligung Hamburgs an der „Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie“ (GDA), Kooperation in der Marktüberwachung mit Ostseeanrainerstaaten.
P 2	Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches Schwerpunkte: Weiterentwicklung einer am Bedarf und Gefährdungspotenzial orientierten Überwachung sowie der herkömmlichen Vollzugsinstrumente (Betriebskontrolle und Beprobung).
P 3	Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, Tierarzneimittelüberwachung, Tierschutz Schwerpunkte: Koordinierung fachbehördlicher (Überwachungs-) Maßnahmen auf den Gebieten der Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung und des Tierschutzes. Durchführung der Tierarzneimittelüberwachung. Umsetzung Hamburger Hundegesetz.
P 4	Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen Schwerpunkte: Durchführung von Kontrollen und Untersuchungen bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen bei Einfuhren in die EU. Ausstellung von Exportzertifikaten für Waren, die aus der Europäischen Union ausgeführt werden. Kontrollen bei Transitsendungen (Überwachung von Ein- und Auslagerungen).

P 5 Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin

Schwerpunkte:

Stärkung der Entscheidungsfähigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Patientinnen und Patienten durch Ausbau und Optimierung von zielgruppenorientierten Informations- und Beratungsangeboten.

(Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von zielgruppenspezifischen Überwachungskonzepten in den Bereichen Arzneimittel und Medizinprodukte durch Aufsicht, Beratung und Systemkontrolle mit dem Ziel, dass nur sichere Produkte auf den Markt kommen bzw. unsichere Produkte vom Markt genommen werden.

P 6 Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz

Schwerpunkte:

Durchführung von Systemkontrollen in den für den Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders bedeutsamen Betrieben im Hinblick auf die Einhaltung der obliegenden Pflichten.

Durchführung von branchenbezogenen Kooperationsprojekten mit z.B. Unfallversicherungsträgern und weiteren Partnern zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards in den Betrieben, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

P 7 Produkt- und Anlagensicherheit

Schwerpunkte:

Aufsichts- und Prüftätigkeit hinsichtlich Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen, Weiterentwicklung der Überwachung anhand der durch Deregulierung und Liberalisierung gekennzeichneten Betriebs- und Prüfvorschriften; Kooperation mit den Überwachungsorganisationen.

Verstärkung von Marktkontrollen und Intensivierung von Produktprüfungen, auch im Rahmen überregionaler Projekte (z.B. Ostseeraum).

P 8 Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Hamb. Krebsregister

Schwerpunkte:

Stellungnahmen und Initiativen zur Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsrisiken, aktive Mitwirkung an der länderübergreifenden Diskussion zur Fortentwicklung deren Abschätzung und Bewertung.

Erfassung von Ausmaß und Verbreitung von Krebskrankheiten in der hamburgischen Bevölkerung und Untersuchung ihrer zeitlichen Entwicklung, Abschätzung vermeidbarer Krebsfälle für ausgewählte Lokalisationen.

P 9 Wirtschaftlicher Verbraucherschutz

Schwerpunkte:

Initiativen innerhalb Hamburgs, bundesweit- und auf EU-Ebene, aktive Mitwirkung an länderübergreifenden Projekten und Arbeitsgruppen, Öffentlichkeitsarbeit im wirtschaftlichen Verbraucherschutz (z.B. Broschüren, Internetauftritt, Zusammenarbeit und Austausch mit der Verbraucherzentrale Hamburg).

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	8.359	7.211	5.001	5.406	5.406
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	8.359	7.211	5.001	5.406	5.406
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.085	33.347	31.374	30.898	29.619
• Personalausgaben in Tsd. EUR	23.606	25.457	24.749	24.444	23.165
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.479	7.890	6.625	6.454	6.454
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	776	899	888	882	882
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.678	2.080	1.927	1.911	1.911
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	621	331	39	36	22

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.837	3.167	3.165	3.071	2.527
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.483	2.785	2.794	2.704	2.180
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	354	382	371	367	347

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Gebühren nach der GebOÖG für Einfuhruntersuchungen, P 4 4,3/4,3 Mio. EUR
Gebühren nach der GebOAS und der Kostenverordnung des Bundes auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der technischen Überwachung, P 6 - P 7 0,8/0,8 Mio. EUR
Sach- und Fachausbaben: Sach- und Fachausbaben des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens (Betriebskonto 5300 Z 61 und 5300 Z 63 sowie anteilig 5000 Z 61), P 1- P 5 und P 8 - P 9 2,1/2,1 Mio. EUR
Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V. und Kostenerstattung an den Tierschutzverein, P 3 und P 9 2,5/2,5 Mio. EUR
Sach- und Fachausbaben im Bereich Arbeitnehmerschutz, P 6 und P 7 0,6/0,6 Mio. EUR

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	311,71	316,38	311,60	302,65	300,90

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten :					
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren ⁸	4.637	3.985	2.812	4.000	4.000
Begonnene Rechtsverfahren	1.930	2.317	2.800	2.500	2.500
Bußgeld-/ Verwarn geldeinnahmen in Tsd. EUR	246	300	500	500	500
P 2: Überwachung von Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln, Tabakerzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen im Sinne des Lebensmittelgesetzbuches :					
Anzahl der durchgeföhrten Untersuchungen von Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Tabak und kosmetischen Mitteln	-	-	13.700	13.700	13.700
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten für Lebensmittel (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen; Bearbeitungsquote 100%)	-	-	3.500	-	-
Anzahl der Probenahmen (Lebensmittelproben) je 1000 Einwohner	-	-	5	-	-
Anzahl der Betriebskontrollen	-	-	18.000	18.000	18.000

⁸ Die Steigerungen der Ergebniszahlen basieren auf der durch die EU-Kommission beschlossene Erhöhung der Kontrollquoten im Bereich der Sozialvorschriften im Straßenverkehr (Lenk- und Ruhezeiten). Die niedrige Planzahl 2010 ergibt sich noch aus früheren Schätzungen.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten für Futtermittel (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen; Bearbeitungsquote 100%)	-	-	700	-	-
P 3: Tierseuchenüberwachung und -bekämpfung, Tierarzneimittelüberwachung, Tierschutz :					
Überprüfte Betriebseinheiten, die Tierarzneimittel handhaben	66	82	90	58	58
Anzahl der Anträge auf Genehmigung von Tierversuchen	-	-	120	-	-
Anzahl der als zulässig bestätigten anzeigepflichtigen Tierversuche	-	-	350	-	-
Anzahl durchgeföhrter veterinärmedizinischer Diagnostik	-	-	2.700	2.700	2.700
Anzahl bearbeiteter Anträge und Anzeigen von Tierversuchen sowie Kontrollen von Tierversuchseinrichtungen	-	-	450	450	450
Anzahl der einmal jährlich zu überprüfenden Versuchstiereinrichtungen	-	-	14	-	-
Zahl der erteilten tierseuchenrechtlichen Einfuhr genehmigungen (Freihafen/Flughafen)	-	-	60	-	-
Seuchenfreiheitsbescheinigungen, Zulassungen nach der VO (EG) b1774/2002	-	-	10	-	-
Kosten für die Tierkörperbeseitigung in Tsd. EUR ⁹	-	-	60	-	-
P 4: Ein-, Aus- und Durchfuhrkontrolle bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer und nicht-tierischer Herkunft über den Hamburger Hafen und Flughafen :					
Gestellte Anträge zur Ein- und Durchfuhr	41.284	41.077	53.000	43.500	45.000
Anzahl der durchgeföhrten Untersuchungen von Importproben (Lebensmittel und Futtermittel)	-	-	7.500	7.500	7.500
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Attestierungen)	-	-	2.100	-	-
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Beglaubigungen) ¹⁰	-	-	500	-	-
Administrative Aufgaben im Bereich der Ein- und Durchfuhr (Teilungen, Beglaubigungen, Umschreibungen)	-	-	5.600	5.800	6.000
Bearbeitete Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten (Lebensmittel und Futtermittel) ¹¹	-	-	7.500	7.500	7.500
Containerbewegungen im Rahmen des Feederverkehrs	-	-	42.000	-	-
Entwicklung der Gebühreneinnahmen in Tsd. EUR	-	-	3.360	-	-
P 5: Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin:					
Anzahl der Überwachungen in Apotheken und bei Herstellern (ohne Drittländer) im Pharmaziebereich	124	130	130	130	130
Betriebskontrollen in Drittländern in Personen-Tagen	293	403	330	375	375
Anzahl der gezogenen Proben im Pharmaziebereich	119	111	90	90	90

⁹ Ergebnis 2007: Geringerer Mittelabfluss aufgrund zahlungstechnischer Verzögerungen des Entsorgers.

¹⁰ In vermehrtem Maße werden heute Beglaubigungen unmittelbar bei Einreichung der Veterinärdokumente beantragt. In diesen Fällen sind die Beglaubigungen Bestandteil des üblichen Einfuhrvorganges und werden somit nicht separat erfasst.

¹¹ Die Planung berücksichtigt bisher noch nicht die Exportzertifizierungen, die durch die Bezirke ausgestellt werden.

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Anzahl Überwachungen in Krankenhäusern / Privatkrankenanstalten mit mehr als 100 Betten nach Medizinproduktebetreiberverordnung (zzgl. thematischer Schwerpunktüberwachungen im Rahmen von Projekten) ¹²	26	25	25	23	23
Anzahl der ausgestellten Exportzertifikate entsprechend dem Zertifikatsystem der Weltgesundheitsorganisation	-	-	220	220	220
P 6: Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz:					
Anzahl der Aufsichtstätigkeit in Betrieben, auf Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen (Gesamtzahl von Betrieben, Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen: 130.000)	5.183	4.325	5.500	5.000	5.000
Bearbeitete Anfragen/ Anzeigen/ Anträge auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Bearbeitungsquote = 100 %)	21.267	22.767	24.000	22.000	22.000
Kooperationsprojekte	26	22	25	15	15
Anzahl von Systemkontrollen (eigengesteuerte Besichtigungen) in Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte (Gesamtzahl von Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte in 2009: 361)	169	212	180	180	180
Umschlagskontrollen im Hafen (Anzahl der Schiffsabfertigungen in 2009: 23.600)	602	525	500	500	500
Zahl der mit Zusammenhangsgutachten oder beratender Stellungnahme abgeschlossener Berufskrankheitenverfahren ¹³	656	379	900	385	385
Anzahl GLP-Inspektionen bei Betrieben in HH	-	-	2	-	-
P 7: Produkt- und Anlagensicherheit :					
Projekte im Bereich Produktsicherheit	4	4	4	4	4
Bearbeitung von Mängelmeldungen/Warnungen/Beschwerden auf dem Gebiet der Produktsicherheit	2.684	2.992	2.000	2.700	2.700
Eigengesteuerte Besichtigungen von überwachungsbedürftigen Anlagen (Aufzüge, Dampfkessel usw.)	1.926	1.211	1.000	1.000	1.000
Projekte im Bereich Anlagensicherheit	4	3	4	4	4
Proben von Verbraucherprodukten gem. § 8 GPSG (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz)	-	-	890	890	890
P 8: Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Hamb. Krebsregister:					
Anzahl umweltmedizinischer Beratungen	503	646	440	560	560
Meldebeteiligung: Anzahl von Meldungen über Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen an das Hamburgische Krebsregister	27.530	30.267	25.000	25.000	25.000
Verfahrensbeteiligungen zu Themen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes	128	171	180	160	160

¹² Anzahl der als A-Betriebe kategorisierten Krankenhäuser (>100 Betten) wurde ab 2008 von 27 auf 25 reduziert (Bettenabbau, eingeschränktes Medizinproduktepektrum). Plan 2011/2012: Reduktion aufgrund der Fusion der 3 Diakonie-Krankenhäuser Hamburg an einem neuen Standort.

¹³ Seit 2008 werden zu den asbestbedingten Berufserkrankungen und Silikose keine Akten von den Unfallversicherungsträgern (UVT) übersandt. Diese machen etwa 50% aller Berufskrankheitenfälle aus. Da die Gewerbeärzte die Empfehlungen der UVT in der Vergangenheit immer übernehmen konnten und sich aus der Bearbeitung dieser Fälle kein präventives Potential ergäbe, wurde auf die Bearbeitung vor dem Hintergrund des reduzierten Personalbestandes verzichtet. Die Berufskrankheiten-Anzeigen werden bei den Gewerbeärzten nach wie vor erfasst.

Produktgruppe 03: Gesundheit

Kapitel 5100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1: Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen, Mitwirkung bei der Erarbeitung ethischer Standards zur Einführung und Anwendung neuer medizinischer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden sowie zur Prävention und Kompensation von Berufskrankheiten.
- Z 2: Aufbau und Erhalt bedarfsgerechter und zielgruppenorientierter Versorgungsstrukturen in der Suchtkrankenhilfe.
- Z 3: Informationsvermittlung im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung.
- Z 4: Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (intersektoral) und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von Gesundheitsangeboten in Settings (u.a. Stadtteile) und Sozialsystemen (z.B. Bildungseinrichtungen, besonderen Zielgruppen).
- Z 5: Entwicklung, Steuerung sowie Steigerung der Effektivität der Leistungsangebote der Bezirke im Öffentlichen Gesundheitsdienst.
- Z 6: Sicherung der Rahmenbedingungen für eine arbeitsmedizinische Forschung auf hohem Niveau; Ausbau der einheitlichen qualitätssichernden Aufgabenwahrnehmung in Deutschland im Bereich der Schifffahrtsmedizin und der Schiffshygiene.
- Z 7: Gewährleistung einer bedarfsgerechten und effizienten Krankenhausversorgung nach dem HmbKHG.
- Z 8: Investitionsfinanzierung nach dem HmbKHG.
- Z 9: Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Behandlungsplätzen für den Vollzug der Maßregeln gem. §§ 63 und 64 StGB.
- Z 10: Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung für ein qualitatives und effektives Angebot an notwendiger sozialer Sicherung.

Produkte

P 1 Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin

Erläuterungen:

Schwerpunkte:

Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung für die Berufe im Gesundheitswesen, z.B. bei der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes, des Rettungsassistentengesetzes, des Transplantationsgesetzes, Novellierung des Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker/in“ (Lebensmittelchemiker-Gesetz) und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Mitwirkung an der Entwicklung ethischer und rechtlicher Standards in der Biomedizin und bei der Entwicklung eines Gesetzes über den Beruf des Operationstechnischen Assistenten.

Umsetzung neuer Rechtsnormen, u.a. der novellierten Approbationsordnung für Zahnärzte, der geänderten bundesrechtlich geregelten Berufsgesetze zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG, Aufsichtstätigkeit und Zulassungserteilung für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe, Ausübung der Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern.

Mitwirkung am Aufbau eines zentralen, länderübergreifenden elektronischen Gesundheitsberuferegisters (eGBR) für die Ausgabe von Berufsausweisen für Angehörige der nichtverkammerten Gesundheitsberufe.

Erarbeitung nationaler und internationaler, wissenschaftlich und ethisch fundierter Leitlinien und Empfehlungen bzgl. der arbeitsmedizinischen Diagnostik, Prävention und Zusammenhangsbeurteilung.

P 2 Drogen und Sucht

Schwerpunkte:

Veröffentlichung und Umsetzung des Suchtberichts 2011; Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Standes der Drogen- und Suchthilfe in Hamburg unter besonderer Berücksichtigung der Situation von suchtkranken schwangeren Frauen und Familien.

Auswertung der Bedarfserhebung „Abschätzung des zukünftig zu erwartenden Versorgungsbedarfes älterer

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

Drogenabhängiger in Hamburg und Entwicklung entsprechender Maßnahmen“.

Entwicklung und Umsetzung einer Dachkampagne zum Medikamentenmissbrauch.

Standardisierung des Berichtswesens der Eingliederungshilfe für Suchtkranke bei Orientierung an der ICF- Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit.

P 3 Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung

Schwerpunkte:

Lebensphasenbezogene Erfassung, Analyse, Beschreibung und Bewertung gesundheitlicher Parameter der hamburgischen Bevölkerung sowie gesundheitlicher Versorgungsstrukturen mit Schwerpunkt auf die Jugend- und Familiengesundheit sowie ältere und behinderte Menschen.

Entwicklung von Ziel- und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Erkenntnisse der Gesundheitsberichterstattung, dies schließt auch Beschreibungen der Wirksamkeit von Maßnahmen ein; Ableitung von präventiven, gesundheitsfördernden Ansätzen und Beratungsleistungen für die Allgemeinbevölkerung und für besondere Zielgruppen.

Niedrigschwellige organisierte Angebote der Gesundheitsberatung (und ggf. Untersuchungen) für spezielle Zielgruppen, die durch sonstige Maßnahmen der Gesundheitsinformation, -aufklärung und -beratung nicht oder nur unzureichend erreicht werden.

Entwicklung von ziel- und zielgruppengeleiteten Gesundheitsförderungs- und Präventionskonzepten, z.B. in den Bereichen Kinder- und Familiengesundheit, HIV/AIDS/STD.

Aufbau eines Paktes für Prävention - gesund leben in Hamburg.

Entwicklung und Initiierung von Konzepten zur Verbesserung der "Gesundheit rund um die Geburt", "Gesundheit im Vorschul- und Schulalter" sowie "Frühe gesundheitliche Hilfen", Konzeptentwicklung im Bereich „Ernährung und Bewegung“ sowie „stadtteilbezogene Gesundheitsförderung“ und Gesundheitsförderung im Alter.

P 4 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst

Schwerpunkte:

Die Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden unter Berücksichtigung bevölkerungsmedizinischer Entwicklungen für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorgehaltenen. Die Aufgabenwahrnehmung durch den Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst ist im Bereich des Infektionsschutzes mit den Aufgaben der Fachärter Gesundheit vergleichbar.

Kinder- und Jugendärztlicher Dienst: Planung und Koordinierung präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen nach dem HmbSG, HmbGDG, KibeG.

Mitwirkung bei der Umsetzung internationaler Gesundheitsvorschriften (IGV).

Optimierung der Strukturen zum Schutz vor besonderen Infektionslagen, insbesondere Weiterentwicklung der Hamburger Pandemieplanung unter besonderer Berücksichtigung der Influenzapandemie 2009/2010, Ausbau von Maßnahmen zu Vollzug und Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes sowie Mitarbeit an der Novellierung des Gesetzes, Maßnahmen der Vorbeugung von übertragbaren Krankheiten, des frühzeitigen Erkennens von Infektionen und der Verhinderung deren Weiterverbreitung im Sinne des IfSG; Entwicklung und Umsetzung von Impfstrategien zur Erhöhung der Impfraten und damit der Durchimpfung der Bevölkerung bei impfpräventiven Krankheiten. Weiterentwicklung von Hygienestandards in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen sowie der Förderung und deren Umsetzung.

P 5 Arbeitsmedizinische poliklinische Versorgung und anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin

Schwerpunkte:

Betrieb der Arbeitsmedizinischen Poliklinik und Labordiagnostik für Patienten und Betriebe der Metropolregion Hamburg. Weiterentwicklung des praxisbezogenen und wissenschaftlichen Kenntnisstandes in der klinischen Arbeitsmedizin, Arbeitstoxikologie und Molekularbiologie, Allergologie und Arbeitspsychologie durch das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin, Weiterentwicklung und Koordinierung fachlicher Standards in der Schifffahrtsmedizin, Aufbau eines webbasierten Informationsportals für Hafenärztliche Dienste.

Bearbeitung von aktuellen Forschungsprojekten in regionalen und internationalen Kooperationen.

P 6 Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen

Schwerpunkte:

Umsetzung der Zwischenfortschreibung 2009 des Krankenhausplans 2010, bedarfsgerechte Anpassung des Krankenhausplans an die Entwicklung seit 2007 mit steigenden Fallzahlen.

Umfassende Fortschreibung des Krankenhausplans 2010 in 2010 (Krankenhausplan 2015).

Weiterentwicklung der Not- und Unfallversorgung in Hamburg.

In den Fachgebieten Psychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie wird die Weiterentwicklung der klinischen Versorgung gemäß den Vorgaben des Krankenhausplans 2010 sowie unter Berücksichtigung des Prozesses der Umstrukturierung der außerklinischen Versorgung psychisch Kranke bedarfsgerecht fortgeführt.

Weiterentwicklung der Struktur und Organisation des gesundheitlichen Katastrophenschutzes.

Erledigung von Rechtsangelegenheiten wie Genehmigung von Krankenhausentgelten, Konzessionierung privater Krankenanstalten, Widerspruchs- und Prozessverfahren.

P 7 Krankenhausinvestitionsförderung

Schwerpunkte:

Verfestigung der für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung weiterer notwendiger Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung zur Umsetzung von Strukturverbesserungen und zur Optimierung der Patientenversorgung.

P 8 Maßregelvollzug

Schwerpunkte:

Kontinuierliche Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen.

Jährliche Entgeltverhandlungen zur Sicherstellung der laufenden Kosten des Maßregelvollzugs.

P 9 Sozialversicherung

Schwerpunkte:

Mitwirkung an der Rechtssetzung zur Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung hinsichtlich der Finanzierung, des Leistungsniveaus, der Organisation, der Versorgungsangebote sowie der Eigenvorsorgen vor dem Hintergrund des Wandels in der Demographie und Arbeitswelt. Aufsicht über die landesunmittelbaren Kranken- und Pflegekassen und deren Verbände, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Prüfungsausschüsse zur Gewährleistung einer gesetzeskonformen Durchführung ihrer Aufgaben.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.310	1.839	651	876	875
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.310	1.663	651	876	875
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	176	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	70.972	74.599	77.562	77.664	77.771
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.017	13.697	11.122	13.659	12.823
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	58.142	60.362	66.150	63.715	64.658
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	21.143	20.825	20.951	20.497	20.353
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	21.920	24.140	26.019	38.801	39.810
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	813	540	290	290	290
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	123.364	114.001	109.278	117.465	116.276

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.444	1.704	1.423	1.716	1.399
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.264	1.499	1.256	1.511	1.207
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	180	205	167	205	192

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>					
Einnahmen:					
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nach der Gebührenordnung für das öffentliche Gesundheitswesen (GebOÖG) bei der Umsetzung der Vorschriften bzgl. der Gesundheitsberufe sowie Amtshandlungen des Hafen- und Flughafenärztlichen Dienstes, P 1 und P 4 0,6/0,6 Mio. EUR					
Sach- und Fachausgaben:					
Zuwendungen an Träger in den Bereichen Drogen und Sucht sowie Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention zur Sicherstellung des Angebotes und Umsetzung von Konzepten, P 2 und P 3 20,5/20,4 Mio. EUR					
Ausgaben für die Eingliederungshilfe von Suchtkranken und -gefährdeten P 2 10,8/10,8 Mio. EUR					
Zuweisungen an Dritte für den Maßregelvollzug, P 8 26,0/27,0 Mio. EUR					
Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern, P 7 0,3/0,3 Mio. EUR					
Investitionen:					
Fördermittel für Krankenhäuser nach § 21, 23, 24 und 27 HmbKHG, P 7 85,9/84,9 Mio. EUR					
Fördermittel für Krankenhäuser nach § 22 HmbKHG, P 7 31,3/31,3 Mio. EUR					

Quantitätskennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	159,11	160,17	154,60	156,36	155,27

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin:					
Anzahl der Prüfungsteilnehmer und -teilnehmerinnen (akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe und Gesundheitsfachberufe, einschl. Heilpraktikerprüfungen)	3.237	3.175	3.600	3.300	3.300
Anhängige berufsrechtliche Verfahren	94	98	120	103	103
P 2: Drogen und Sucht:					
1. Daten des ambulanten Hilfesystems					
erreichte Klienten (ca. Zahl) im Hilfesystem	14.973	13.755	13.500	15.000	15.000
Anzahl der ambulanten Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote	57	56	54	52	52
Anzahl der Drogenkonsumräume	5	5	5	5	5
Anzahl der Drogenkonsumvorgänge	245.708	221.817	240.000	235.000	235.000
getauschte Spritzen in Drogenhilfeeinrichtungen	465.163	461.710	400.000	460.000	460.000
Mindestanzahl erfolgreicher Therapievermittlungen (Abstinenztherapien)	1.980	1.859	1.900	1.900	1.900
Anzahl psychosozialer Betreuungen (Personen)	2.146	2.130	2.000	2.100	2.100
Mindestanzahl durchgeföhrter Beratungsprozesse	14.456	13.181	13.000	14.000	14.000
Mindestanzahl der sozialen Integration (Fälle)	3.510	3.297	3.200	3.200	3.200
2. Daten des stationären Hilfesystems					
Platzzahl für Vor- und Nachsorge- sowie Übergangseinrichtungen	310	315	315	320	325
- davon vollstationäre Plätze	170	175	175	180	185

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
- davon teilstationäre Plätze	141	140	140	140	140
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in hamburgischen Einrichtungen (Erstbewilligungen)	858	925	850	950	950
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in Einrichtungen außerhalb Hamburgs (Erstbewilligungen)	273	266	330	290	290
Anzahl unterschiedlicher Klientinnen und Klienten in Maßnahmen der Eingliederungshilfe	1.045	1.069	1.100	1.150	1.150
P 3: Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung:					
Eingegangene Verwendungsnachweise	24	23	22	24	24
Eingegangene Verwendungsnachweise (Volumen) in Tsd. EUR ¹⁴	3.094	3.413	3.311	3.592	3.592
Untersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten	6.672	5.703	4.500	5.500	5.500
Persönliche und telefonische AIDS-Beratungen	7.000	6.899	7.000	7.000	7.000
P 4: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst:					
Anzahl der an Bord überprüften und abgefertigten Schiffe	2.075	2.054	4.000	2.000	2.000
Anzahl der ausgestellten Zertifikate ¹⁵	1.658	1.437	1.400	1.400	1.400
Beteiligung an Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen des HU im Hafen, u.a. bei Containerbegasungen	5	3	20	20	20
Anzahl der Kontrollen Flughafen (Ver- und Entsorgungsanlagen)	41	39	100	50	50
Anzahl der Kontrollen Flugzeuge	35	161	100	100	100
Anzahl der Kontrollen Hafenfahrzeuge	138	125	300	150	150
Anzahl der Kontrollen Hafenanlagen	44	54	200	50	50
Anzahl der Kontrollen Binnenschiffe	138	64	100	100	100
P 5: Arbeitsmedizinische poliklinische Versorgung und anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schiffahrtsmedizin:					
Forschungsprojekte	25	25	50	30	30
Poliklinische Patienten einschließlich Probanden von Studien	412	634	350	500	500
Laboranalysen im arbeitsmedizinisch-toxikologischen und im allergologischen Labor; zusätzlich Ambient-Monitoring-Messungen	4.701	4.695	5.600	5.000	5.000
Untersuchungen im Rahmen Psychomentaler Belastungen	9	10	50	25	25
P 6: Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen:					
Krankenhausbetten (vollstationäre Planbetten)	11.078	11.177	11.191	11.344	11.344
Teilstationäre Behandlungsplätze	919	936	936	963	963
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten im Bereich Krankenhausentgeltregelungen (lfd. Verfahren zzgl. Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in %	93	100	90	95	95

¹⁴ Das neue Gesamtvolume 2010 beläuft sich auf 3.311 Tsd. Euro. In den Vorjahren wurden die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen mit berücksichtigt. Diese sind seit 2007 den gesetzlichen Leistungen zugeordnet.

¹⁵ Erstellung und Verlängerung der Bescheinigungen über die (Befreiung von der) Schiffshygienekontrolle nach IGV 2005, der Trinkwasserbescheinigungen nach TrinkwasserVO, des Apothekenzertifikats nach SchiffskrankenfürsorgeVO.

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 7: Krankenhausinvestitionsförderung:					
Volumen der Einzelförderung (Soll-Ansätze Haushaltspläne) in Tsd. EUR	83.343	80.007	77.810	85.903	84.878
Nach dem KHG zu fördernde Planbetten (einschl. teilstationärer Plätze) (lt. Krankenhausplan 2015)	10.208	10.245	10.259	10.575	10.575
KHG-Mittel je Planbett nach KHG geförderter Krankenhäuser pro Jahr in EUR	11.197	10.914	10.635	11.106	11.009
P 8: Maßregelvollzug:					
Berechnungstage §§ 63, 64 StGB (stationäre Unterbringung in der Maßregelvollzugseinrichtung)	71.518	74.686	76.599	79.280	82.055
Entgeltsatz im Maßregelvollzug in EUR	266,21	274,93	279,65	285,24	290,95
Ambulante forensisch-psychiatrische Nachsorge (abgerechnete Quartale)	-	-	388	404	416
Quartalspauschale „Ambulante forensisch-psychiatrische Nachsorge“ in EUR	-	-	822,91	822,91	822,91
P 9: Sozialversicherung:					
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Stellungnahmen und Rechtsprüfungen zu Praxis und Problemen in der Sozialversicherung (lfd. Angelegenheiten zuzüglich Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in %	98	98	90	90	90
Zahl der örtlichen Aufsichtsprüfungen im Bereich GKV	4	5	4	4	4

Produktgruppe 04: Senioren, Pflege und rechtliche Betreuung

Kapitel 5200

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Unterstützung älterer, behinderter, pflegebedürftiger und betreuungsbedürftiger Menschen sowie Stärkung ihrer Selbsthilfepotenziale
Z 2: Optimierung der Versorgungsstrukturen und Hilfesysteme durch Gestaltung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten, effizienten, regional gegliederten und vorrangig ambulanten Versorgungsstruktur
Z 3: Weiter-/Entwicklung von Instrumenten und Prüfung der Einhaltung von Leistungs- und Qualitätsstandards
Z 4: Folgende fachliche Entwicklungen bilden die Schwerpunkte für die Haushaltjahre 2011 / 2012: - Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur auf der Grundlage der fortgeschriebenen Rahmenplanung 2015 - Dämpfung des fallzahl- und fallkostenbedingten Ausgabenzuwachses durch Steuerungsmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene, insbesondere Wegfall der Einzelförderung nach § 6HmbLPG - Ausweitung des Angebotes an ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige - Verbesserung der Sterbebegleitung / Hospizarbeit in Pflegeheimen - Stärkung der Verbrauchertransparenz durch Umsetzung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes - Unterstützung der Vormundschaftsgerichte im Verfahren der Betreuerbestellung; Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer; Information und Beratung der Bevölkerung über Möglichkeiten der Vorsorge; Beratung und Qualifizierung von Betreuern und Beratung Bevollmächtigter
Produkte
P 1 Hilfen für Pflegebedürftige
P 2 Hilfen nach dem Betreuungsrecht
P 3 Seniorenarbeit

Haushaltsdaten	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	615
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	-	-	-	-	615
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	176.904
• Personalausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	1.834
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	175.070
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	-	-	2.297
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	-	-	-	170.058
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	250

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	202
· innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	-	-	173
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	-	-	29

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Einnahmenschwerpunkte
Erstattungsleistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger (2012 ca. 0,6 Mio. EUR)
Ausgabenschwerpunkte

Quantitätskennzahlen	Erg. 2009	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	-	-	-	26,20

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
P 1: Hilfen für Pflegebedürftige:					
Plätze in zugelassenen Tagespflegeeinrichtungen	366	386	450	465	480
Plätze in Kurzzeitpflegeeinrichtungen (mit eigenem Versorgungsvertrag)	59	59	175	59	59
1. Übersicht: Anzahl der Hilfeempfänger / durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger					
1.1 Anzahl der Hilfeempfänger - ambulant - (jahresdurchschnittlich)	7.510	7.513	8.095	7.427	7.044
1.1.1 davon ambulante Pflegehilfen	5.678	5.720	6.270	5.663	5.262

Produktbereich: 01
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2008	Erg. 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
1.1.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	1.832	1.793	1.825	1.764	1.782
1.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - ambulant- im Monat in EUR	815	836	818	821	801
1.2.1 davon ambulante Pflegehilfen in EUR	949	969	944	990	1.056
1.2.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts in EUR	403	413	401	414	416
2. Anzahl der Hilfeempfänger - stationär - (jahresdurchschnittlich)	5.389	5.406	5.450	7.133	6.962
2.1 davon in Heimen innerhalb Hamburgs	3.989	4.037	4.120	5.278	5.152
2.2 davon in Heimen außerhalb Hamburgs	1.400	1.369	1.330	1.855	1.810
2.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - stationär- im Monat in EUR	768	776	769	1.020	1.069
3. Anzahl der Hilfeempfänger - teilstationär - (jahresdurchschnittlich)	258	305	340	384	388
3.1 davon in Tagespflegeeinrichtungen	190	219	230	253	255
3.2 davon in Kurzzeitpflegeeinrichtungen	68	86	110	131	133
3.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - teilstationär- im Monat in EUR	688	694	686	753	757
3.3.1 in Tagespflegeeinrichtungen in EUR	547	502	522	610	613
3.3.2 in Kurzzeitpflegeeinrichtungen in EUR	1.081	1.184	1.028	1.029	1.034
4. Anzahl der Hilfeempfänger Einzelförderung nach § 6 HmbLPG (jahresdurchschnittlich) ¹⁶	7.292	7.362	7.445	-	-
4.1 davon in Heimen innerhalb Hamburgs	5.422	5.513	5.625	-	-
4.2 davon in Heimen außerhalb Hamburgs	1.870	1.849	1.820	-	-
4.3 Durchschnittliche Höhe der Förderung im Monat in EUR	388	403	404	-	-
P 2: Hilfen nach dem Betreuungsrecht:					
Ehrenamtliche Betreuer in laufender Beratung durch Betreuungsvereine	4.577	5.068	4.000	4.500	4.500
P 3: Seniorenarbeit:					
Besuche in Seniorentreffs	733.600	683.068	705.000	735.000	735.000

¹⁶ Wegfall der Einzelförderung nach § 6 HmbLPG. Auswirkungen des Bestandschutzes noch nicht bekannt, deshalb keine Kennzahl.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2011 / 2012

Einzelplan 05.0

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 05.0

60 Sach- und Fachausgaben Bezirke

61 Sach- und Fachausgaben Gesundheit und Verbraucher-
schutz

Deckungskreis im Kapitel 5000

56 IT-Informationstechnik

Deckungskreis im Kapitel 5100

01 Förderung von Krankenhäusern nach dem
Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

Deckungskreis im Kapitel 5200

10 Zuwendungen Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und
rechtliche Betreuung

25 Hochbauinvestitionen, Erhaltungs- und
Ersatzinvestitionen

45 Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche
Betreuung

50 Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Pflege,
Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09			Gebühren (G) 111		
		Steuerähnliche Abgaben (A) 09			übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
5000	Zentrale Dienste	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	119
5100	Gesundheit	-	-	-	- G	- G	595 G
		- A	- A	- A	-	-	25
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	- G	- G	2 G
		- A	- A	- A	-	-	23
5300	Verbraucherschutz	-	-	-	- G	- G	5.044 G
		- A	- A	- A	-	-	362
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	- G	- G	5.641 G
		- A	- A	- A	-	-	529
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-	- G	5.641+G	
			- A	- A	-	-	529+

Laufende Übertragungen <u>2</u>			Schuldenaufnahmen <u>31, 32</u> Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen <u>35 - 38</u>			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	1.340	-	-	-	-	-	-	5000
-	-	255	- Z	- Z	- Z	-	-	-	5100
-	-	590	-	-	-	-	-	-	5200
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5300
-	-	2.185	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
	-	2.185 +		- Z	- Z		-	-	+/-

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012
		16	17	18
5000	Zentrale Dienste	-	-	1.459
5100	Gesundheit	-	-	875
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenanarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	615
5300	Verbraucherschutz	-	-	5.406
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	-	-	8.355
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	8.355+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
5000	Zentrale Dienste	-	-	41.389	-	-	5.194
5100	Gesundheit	-	-	-	-	-	229
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	-	-	1.697
5300	Verbraucherschutz	-	-	3.885	-	-	2.715
5400	Institut für Hygiene und Umwelt	-	-	834	-	-	1.635
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	-	-	46.152	-	-	6
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	46.152 +		-	470
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	11.247 +
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	470 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
-	-	1.277	-	-	-	5000
-	-	20	-	-	-	
-	-	61.136	-	-	290	5100
-	-	482	-	-	-	
-	-	172.355	-	-	-	5200
-	-	-	-	-	-	
-	-	2.990	-	-	-	5300
-	-	381	-	-	-	
-	-	12.791	-	-	-	5400
-	-	-	-	-	-	
-	-	250.549	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	290 H	
	-	250.549 +		- H	290 + H	+/-
-	-	883	-	-	-	Ges. VE
	-	883 +		- H	- H	+/-

KAPITEL		Besondere Finanzierungs-ausgaben ₉			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		13	14	15	16	17	18
5000	Zentrale Dienste	-	-	-	-	-	47.860
5100	Gesundheit	-	-	-	-	-	249
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenanarbeit und rechtliche Betreuung	-	-	-	-	-	63.167
5300	Verbraucherschutz	-	-	-	-	-	482
5400	Institut für Hygiene und Umwelt	-	-	-	-	-	175.070
		-	-	-	-	-	8.510
		-	-	-	-	-	622
		-	-	-	-	-	13.631
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	-	-	308.238
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	308.238 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	1.353
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	1.353 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
-	-	8	-	-	47.868	5000
-	-	-	-	-	249	
-	-	116.273	-	-	179.440	5100
-	-	150.000	-	-	150.482	
-	-	250	-	-	175.320	5200
-	-	-	-	-	-	
-	-	19	-	-	8.529	5300
-	-	-	-	-	622	
-	-	1.119	-	-	14.750	5400
-	-	-	-	-	-	
- B	- B	250 B	-	-	425.907	Ges. Aus.
-	-	117.419				
	- B	250 +B		-	425.907 +	+/-
	-	117.419 +				
- B	- B	- B	-	-	151.353	Ges. VE
-	-	150.000				
	- B	- B		-	151.353+	+/-
	-	150.000 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

5000	Zentrale Dienste				
(314)					
	EINNAHMEN				
111.16	Lehrgangs-, Vorlesungs- und Seminargebühren sonstiger Einrichtungen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.525.61				
119.01	Honorarabgaben der Ärzte u. dgl.	0 0	0	40	
119.08	Einnahmen aus Schadensersatzforderungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.				
119.92 (012)	Schadenersatzleistungen	0 0	0	-	-
119.93 (254)	Ersatzvornahmen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.546.93				
119.95 (212)	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0 0	0	-	-
124.01	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Krankenhausbereich	0 0	0	64	
124.91 (311)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	0 0	0	10	
131.01	Einnahmen aus Mobilisierung von Grundstücken des ehemaligen DRK und Freimaurer-Krankenhauses Rissen	0 0	0	-	-
	2650000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	0	-	-
182.01	Darlehensrückzahlung der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie e.V	0 0	0		5
233.01 (018)	Erstattungen des Landkreises Uelzen für Versorgung	0 0	0	-	-
261.02	Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Ver- waltungangehörige	0 0	0		450
261.03 (312)	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Vergütungen	0 0	0		820
261.04	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Versorgung	0 0	0		70
282.91 (254)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.546.91	0 0	0	-	-
331.01	Einnahmen aus der Vorfinanzierung des Finan- zierungsanteils des Bundes im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.	0 0	0	-	-
342.02	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5000.812.03. Gesamteinnahmen	0 0	0	-	-
	AUSGABEN		0	0	1.459
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	0 0	0	-	31.648
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	0 0	0	-	8.913

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
412.01 (012)	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Besitzerinnen und Besitzer usw.	0 0	0		28
428.01	Entgelte der an die Asklepios Westklinikum GmbH abgeordneten Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	0 0	0		800
	Übertragbar				
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagewesens	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
461.01 (212)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 5	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.04. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77 05.0.5300.282.71 05.0.5300.282.78 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRD-Bereich des Einzelplans				
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 0	0		42
526.01 (332)	Gutachten und Untersuchungen	0 0	0		203 178 VE
	Übertragbar				
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)	0 0	0		268
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5000-56 .				
546.91 (254)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.282.91				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
546.93 (254)	Ersatzvornahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.119.93	0 0	0	-	-
547.03	Schaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.893.79. Die einseitige Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 1.000 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden.	0 0	0		1.380
671.56 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5000-56 .	0 0	0		1.263
681.92 (012)	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar	0 0	0		10 20 VE
682.05	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für das Schwerbehindertenprogramm Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
685.91 (012)	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Titelgruppe(n) -----	0 0	0		4
z61	Sach- und Fachausgaben der allgemeinen Verwaltung				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		258
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		17
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		580
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		1.979
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		70
525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.111.16.	0 0	0		56
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		47

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
527.61	Dienstreisen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		27
531.61	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		30
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		237 51 VE
681.61	Freibettenregelung nach der Kellinghusenstiftung (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		0 3.301 51 VE
701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Übertragbar	0 0	0		
812.03	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.342.02.	0 0	0		8
812.54 (012)	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5000.812.56.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5000 -----					
812.56 (012)	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik in der BGV Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5000.812.54. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
5100	Gesundheit			0	47.868 249 VE
(314)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0 0	0		339
111.02	Überprüfungs- und Erlaubnisgebühren	0 0	0		245
111.11	Untersuchungsgebühren	0 0	0		6
111.15	Gebühren der Schutzimpfungen für Auslandsreisen	0 0	0		5
112.01 (211)	Bußgelder aufgrund § 121 SGB XI (Pflegeversicherung)	0 0	0	-	25
119.04	Einnahmen aus der Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.429.76, 05.0.5100.534.76, 05.0.5100.812.76,	0 0	0	-	-
119.05	Einnahmen im Zusammenhang m.d. Durchführung von Workshops und Fachkonf. sowie aus externen Tätigk. und Veröffentl. i.d. Bereichen der Abt. Gesundheit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.534.15.	0 0	0	-	-
119.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von freiwilligen Schutzimpfungen	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
119.07	Einnahmen für die Durchführung von Veranstaltungen, Kursen u.a. für das ZfAM Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.534.10	0 0	0	-	-
119.21	Seminargebühren der AIDS-Beratungsstelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.525.02	0 0	0	-	-
119.62	Einnahmen aus externen Tätigkeiten und Veröffentlichungen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
231.02	Zuweisung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für das Projekt Vernetzungsstelle Schulverpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.71.	0 0	0	-	-
231.62	Zuweisung des Bundes zur modellhaften Förderung von Suchthilfeprojekten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.62.	0 0	0	-	-
232.62	Zuweisung des Bundes zur nationalen Erprobung der ärztlichen Heroinabgabe (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
232.75	Zuweisungen der Länder Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen u. Mecklenburg-Vorpommern für die Schiffahrtsmedizin	0 0	0	-	209
233.03	Zuweisungen der BSB und der BWVI für das Projekt Vernetzungsstelle Schulverpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.684.71.	0 0	0	-	-
236.01	Einnahmen aus Erstattungen durch Sozialhilfeträger Ersatz durch Kostenbeitrag und Unterhaltpflichtige für Leistungen d. Eingliederunsh. f. Suchtkr. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.671.62.	0 0	0	-	-
236.02	Erstattungen der Sozialversicherungsträger gem. § 274 (2) SGB V	0 0	0	-	46

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
236.03 (211)	Erstattung der Kosten für die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger	0 0	0	-	-
282.02	Einnahmen nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.685.02	0 0	0	-	-
282.75	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung der Abteilung "Schiffahrtsmedizin" Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5100.429.75, 05.0.5100.537.75, 05.0.5100.812.75,	0 0	0	-	-
282.77	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung des ZfAM Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01, 05.0.5100.429.77, 05.0.5100.534.77,	0 0	0	-	-
332.01	Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer für die Errichtung eines überregionalen Behandlungszentrums für Infektionskrankheiten (BZHI) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5100.893.79.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	875
	AUSGABEN				
514.01	Beschaffung von Impfstoffen Übertragbar	0 0	0	-	-
514.02	Beschaffung von antiviralen Medikamenten Übertragbar	0 0	0	-	-
525.02	Durchführung von Seminaren u.ä bei der AIDS-Beratungsstelle Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.21	0 0	0	-	-
534.02 (211)	Durchführung der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
534.10	Sachausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen, Kursen u.a. für das ZfAM Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.07	0 0	0	-	-
534.15	Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen sowie die Sicherung u. Fortentw. der Standards in den Bereichen der Abt. Gesundheit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.119.05.	0 0	0		8
534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 28% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		339
534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		10
547.01	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes Übertragbar	0 0	0		5
547.02	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor ungewöhnlichen Seuchen- und Gefahrenlagen Übertragbar	0 0	0		78
632.03	Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 .	0 0	0		19
636.01 (223)	Zuweisungen zu den Mitgliedsbeiträgen zur Unfallversicherung der Kleinbetriebe der See- und Küstenfischerei	0 0	0		14

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
663.01	Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern Übertragbar	0 0	0		290
671.01 (211)	Verwaltungskostenerstattung Hamburgs nach § 19 (2) des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	0 0	0		5
671.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Pandemie (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		36
682.02 (312)	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug und für die forensisch beingte Nachsorge Übertragbar	0 0	0		27.000 482 VE
684.05	Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung Übertragbar	0 0	0		1.916
684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		698
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.511.61 05.0.5100.514.61 05.0.5100.517.61 05.0.5100.518.61 05.0.5100.519.61 05.0.5100.526.61 05.0.5100.527.61 05.0.5100.531.61 05.0.5100.534.61.	0 0	0		260

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
685.02	Ausgaben nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.282.02 Titelgruppe(n) -----	0 0	0	-	-
z61	Sach- und Fachausgaben im Bereich Gesundheitsvorsorge und -sicherung -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		122
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		117
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		139
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		212

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		21
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		33
531.61	Veröffentlichungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		23
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61. Summen für Z61	0 0	0	0	138
Z62	Drogen und Sucht -----	0	0	0	808

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
534.62	Sonstige sächliche Ausgaben Übertragbar	0 0	0		113
671.62 (234)	Eingliederungshilfe für Behinderte- Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.893.62. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.236.01.	0 0	0		10.835
684.62	Zuschüsse an Vereine und dgl. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5100.702.62 05.0.5100.893.62. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.231.62.	0 0	0		17.580
685.62	Ausgaben in Verbindung mit der Diamorphin- behandlung Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Summen für Z62	0 0	0	0	167
				0	28.695
Z71 -----	Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS				
427.71	Honorarmittel Übertragbar	0 0	0		44
511.71	Geschäftsbedarf Übertragbar	0 0	0		4

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
514.71	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf Übertragbar	0 0	0		28
525.71	Aus- und Fortbildung Übertragbar	0 0	0		3
526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten Übertragbar	0 0	0		3
534.71	Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar	0 0	0		298
535.71	Betriebskostenerstattung für Teile der Beratungsstelle Gesundheit (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5100.231.02 05.0.5100.233.03. Summen für Z71	0 0	0	0	2.606
z75 -----	Schiffahrtsmedizin				
429.75	Personalausgaben der Abteilung Schiffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
537.75	Sonstige Ausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75 Summen für Z75	0 0	0	-	-
Z76	Durchführung von Medizinischen Kursen für Schifffahrtsoffiziere -----				
429.76	Personalkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04	0 0	0	-	-
534.76	Sachkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04 Summen für Z76	0 0	0	-	-
Z77	Forschungsförderung Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin -----				
429.77	Honorarmittel Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77	0 0	0	-	-
534.77	Sachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.77 Summen für Z77	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
702.62	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.684.62.	0 0	0	-	-
811.02	Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für das HPHC Übertragbar	0 0	0	-	-
812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte Übertragbar	0 0	0		35
812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das ZfAM Übertragbar	0 0	0		85
812.06	Größere Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor besonderen Seuchenlagen Übertragbar	0 0	0		25
812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung Schiffahrtsmedizin aus Zuweisungen Dritter Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.282.75	0 0	0	-	-
812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5100.119.04	0 0	0	-	-
812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(0) (0)	0	-	-
893.02	Einrichtung eines überregionalen Behandlungs-zentrums für hochkontagiöse Infektionserkrankungen am UKE Übertragbar	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5100 -----					
893.04	Zuschüsse zur Beschaffung von Geräten zur Frühdefibrillation an Hilfsorganisationen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		
893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem. §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 0	0	-	-
893.62	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5100.671.62 05.0.5100.684.62. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0	0	-	-
893.63 (312)	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5100-01 .	0 0	0		31.250
893.79 (312)	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5000.547.03. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 2650000.00 EUR der Einnahmen bei 05.0.5000.131.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5000.119.08 05.0.5000.331.01 05.0.5100.332.01. Die einseitige Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von insgesamt 1.000 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden.	0 0	0	84.878 150.000 VE	
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		0	0	179.440 150.482 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200	Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung				
(235)					
	EINNAHMEN				
111.01 (212)	Gebühren für Zeugniszweitschriften, staatliche Anerkennung u. Gleichstellung von Ausbildungs- und Fortbildungsgängen	0 0	0		2
161.01 (411)	Zinseinnahmen aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.671.23 05.0.5200.891.15.				
162.15	Einnahmen aus Dividenden und Zinsen für Genossenschaftsanteile und Mietkautionen als gewährte Darlehen nach § 71 SGB XII	0 0	0	-	-
181.01 (411)	Darlehnsrückflüsse aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.671.23 05.0.5200.891.15.				
182.07	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe zur Beschaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums	0 0	0		23
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.863.06.				
231.02 (127)	Zuweisungen des Bundes für die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5200.681.02				
235.01 (234)	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gem. §§ 45c u. 45d SGB XI	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.684.02.				
236.01 (234)	Ersatz für ambulante Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung bzw. die gesetzliche Krankenversicherung	0 0	0		391
236.02 (234)	Ersatz für stationäre Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung	0 0	0		120

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
236.03 (234)	Erstattung von Wohngeld in der stationären Hilfe zur Pflege	0 0	0		65
236.04 (234)	Erstattung von Personalkosten in Pflegestützpunkten durch Pflege- und Krankenkassen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.428.72.	0 0	0	-	-
281.01 (212)	Prüfungsgebühren Gesundheits- und Pflegeassistenz und staatlich anerkannte Weiterbildungen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5200.535.01.	0 0	0		14
	Gesamteinnahmen		0	0	615
	AUSGABEN				
518.81	Seniorenarbeit in den Bezirken Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.518.81 05.0.5200.684.63 .	(0) (0)	0		2.606
525.86 (212)	Maßnahmen zur Fortbildung -Zweckzuweisung an die Bezirke- Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.525.86 05.0.5200.526.86 .	(0) (0)	0	-	-
526.86 (212)	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen - Zweckzuweisungen an die Bezirke - Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.525.86 05.0.5200.526.86 .	(0) (0)	0		4
534.01 (212)	Verfahrensgebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 76 SGB XI Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 .	0 0	0		2

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
534.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatbetreuerinnen und Privatbetreuern Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 .	0 0	0		40
535.01 (212)	Laufender Sachaufwand für Prüfungen bei Gesundheits- und Pflegeassistenz, Sozialversicherungsangestellten und Hauswirtschaftsberufen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-50 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 05.0.5200.281.01.	0 0	0		10
671.23 (234)	Hilfe zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5200.161.01 05.0.5200.181.01.	0 0	0		89.273
671.25 (234)	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Kurzzeitpflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		1.572
671.26 (234)	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Tagespflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		1.876
671.57	Einzelförderung nach § 6 HmbLandespflegegesetz Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0	-	500
671.58 (234)	Förderung der Kurzzeitpflege Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		375
681.01 (234)	Hilfen für ältere Menschen gem. § 71 SGB XII Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5200.863.06. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		574

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
681.02 (127)	Ausgaben für die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5200.231.02	0 0	0	-	-
681.21 (234)	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfleistungen nach § 61 Abs. 2 SGB XII Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		238
681.22 (234)	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfleistungen nach § 65 SGB XII und Pflegegeld Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		66.665
681.48 (234)	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts -ambulante Pflegehilfleistungen nach § 70 SGB XII Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-45 .	0 0	0		8.985
684.01 (234)	Zuschüsse zur Förderung von Beratung und Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehörigen Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0		157
684.02 (234)	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gem. §§ 45c und 45d SGB XI Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5200.235.01.	0 0	0		500
684.03 (290)	Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0		37

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
684.04 (290)	Zuschüsse zur Förderung hospizlicher und palliativpflegerischer Versorgungsangebote Übertragbar Zuwendungsanteil 95% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0		273
684.05 (290)	Zuschüsse an Altenpflegeschulen zur Sicherung des überbetrieblichen Unterrichts Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0		
684.06	Zuschüsse an Betreuungsvereine für Querschnittsaufgaben Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-10 .	0 0	0		960
	Titelgruppe(n) -----				
Z63 -----	Seniorenarbeit				
534.63	Ausgaben des Landesseniorenbirats Übertragbar	0 0	0		53
684.63	Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5200.518.81 05.0.5200.684.63 . Summen für Z63	0 0	0	0	370
701.86 (212)	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BGV - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-25 .	(0) (0)	0	0	250

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5200 -----					
863.06	Darlehen zur Schaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5200.681.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 05.0.5200.182.07.	0 0	0	-	-
891.01 (290)	Investitionsförderung Tagespflege und Kurzzeitpflege Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-25 .	0 0	0		
891.05	Zuschuss an p&w- Anstalt öffentlichen Rechts - für Investitionen im Pflege- u. Behindertenbereich Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-050-5200-25 .	0 0	0		
891.15 (411)	Zuschüsse für Investitionen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5200.161.01 05.0.5200.181.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
5300 (314)	Verbraucherschutz			0	175.320
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0 0	0		326

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300					

111.03	Gebühren für die Untersuchungen von frischem und zubereitetem Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch sowie anderen Erzeugnissen aus Drittländern Die Mehreinnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63, 05.0.5300.514.63 , 05.0.5300.517.63, 05.0.5300.518.63, 05.0.5300.519.6 3, 05.0.5300.527.63, 05.0.5300.534.63, 05.0.5300.535. 56, 05.0.5300.681.63, 05.0.5300.683.63, .	0 0	0		4.260
111.04	Gebühren für die Inspektion von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz 75.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.534.07.	0 0	0	-	-
111.06	Gebühreneinnahmen für GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.632.04	0 0	0	-	-
111.64 (254)	Gebühren, Geldbußen u.a. im Amt für Arbeitsschutz (ohne Strahlenschutz) 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.541.64.	0 0	0		458
112.41	Bußgelder	0 0	0	-	-
112.63	Buß- und Verwarngelder im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63, 05.0.5300.514.63 , 05.0.5300.517.63, 05.0.5300.518.63, 05.0.5300.519.6 3, 05.0.5300.527.63, 05.0.5300.534.63, 05.0.5300.535. 56, 05.0.5300.681.63, 05.0.5300.683.63, .	0 0	0	-	-
112.64	Bußgelder im Bereich "Nichteinhaltung der Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Straßenverkehr" 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.541.64.	0 0	0		356
119.01 (549)	Verwaltungskostenerstattung der Tierseuchenkasse	0 0	0	-	6
119.63 (511)	Vermischte Einnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63, 05.0.5300.514.63 , 05.0.5300.517.63, 05.0.5300.518.63, 05.0.5300.519.6 3, 05.0.5300.527.63, 05.0.5300.534.63, 05.0.5300.535. 56, 05.0.5300.681.63, 05.0.5300.683.63, .	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
119.64	Einnahmen aus Veranstaltungen, Broschüren u.ä.	0 0	0	-	-
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.541.64.				
124.63	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Nutzung von Grundstücken im Bereich Veterinäramt Grenzdienst	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen anteilig zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.511.63,05.0.5300.514.63 ,05.0.5300.517.63,05.0.5300.518.63,05.0.5300.519.63,05.0.5300.527.63,05.0.5300.534.63,05.0.5300.535.56,05.0.5300.681.63,05.0.5300.683.63.,				
271.01 (549)	Erstattungen der Europäischen Gemeinschaft für die Tierverlustentschädigung	0 0	0	-	-
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.919.01.				
271.02	Erstattung der EU für Kosten im Rahmen der Durchführung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedstaaten	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5300.671.01				
282.01 (549)	Erstattungen von Kosten der Tierseuchenbekämpfung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 05.0.5300.535.61.				
282.71 (254)	Zuschüsse Dritter zur Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.429.71 05.0.5300.534.71				
282.78	Zuschüsse Dritter zur Förderung der Krebsregistrierung in Hamburg	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 05.0.5000.461.01 05.0.5300.534.78				
	Gesamteinnahmen		0	0	5.406
	AUSGABEN				
427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0	7	

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300					
534.01	Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Übertragbar	0 0	0		78
534.02	Kosten für Untersuchungen im Bereich der Ernährungswirtschaft Übertragbar	0 0	0		125
534.03	Ausgaben im Rahmen der Umsetzung des Hundegesetzes Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.534.03 05.0.5300.684.01 .	0 0	0		24
534.07	Inspektionen von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.04.	0 0	0	-	-
534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinär- wesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		29
534.86	Unterbringung von Nutztieren gem. Tiertransport- recht; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0		20
534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-60.	(0) (0)	0	-	100VE
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.422.63 05.0.5300.428.63 05.0.5300.432.63 05.0.5300.438.63 05.0.5300.441.63 05.0.5300.511.63 05.0.5300.514.63 05.0.5300.517.63 05.0.5300.518.63 05.0.5300.519.63 05.0.5300.527.63 05.0.5300.534.63 05.0.5300.681.63 05.0.5300.683.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
632.01	Erstattungen an das Giftinformationszentrum-Nord in Niedersachsen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 .	0 0	0		119
632.02	Erstattungen an das Arzneimitteluntersuchungs- institut-Nord in Bremen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5100.632.03 05.0.5300.632.01 05.0.5300.632.02 .	0 0	0		152
632.04	Erstattungen für Leistungen der Länder im Zu- sammenhang mit GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.111.06	0 0	0	-	-
671.01	Erstattung von Kosten für die Durchführung der BSE Überwachungsprogramme in den Mitgliedsstaaten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.271.02	0 0	0	-	-
684.01	Kostenerstattung an den HTV u.a. Einrichtungen für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- sowie Beobachtungstieren Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5300.534.03 05.0.5300.684.01 .	0 0	0		1.660
684.04	Humanitäre Hilfe zugunsten der durch Blutprodukte HIV-infizierten Menschen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.511.61 05.0.5300.514.61 05.0.5300.517.61 05.0.5300.518.61 05.0.5300.526.61 05.0.5300.527.61 05.0.5300.531.61 05.0.5300.532.61 05.0.5300.534.61 05.0.5300.535.61 05.0.5300.683.61 05.0.5300.685.61 05.0.5300.686.61.	0 0	0	-	343 VE
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.511.61 05.0.5300.514.61 05.0.5300.517.61 05.0.5300.518.61 05.0.5300.526.61 05.0.5300.527.61 05.0.5300.531.61 05.0.5300.532.61 05.0.5300.534.61 05.0.5300.535.61 05.0.5300.683.61 05.0.5300.685.61 05.0.5300.686.61.	0 0	0		11

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
685.08 (539)	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		849
	Titelgruppe(n) -----				
z61	Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen und wirtschaftl. Verbraucherschutzes u. Veterinärwesen				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		38
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		8
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0	-	-
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		4
519.61	Unterhaltung der Grundstücke (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		33
531.61	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		9
532.61	Kraftfahrzeugsteuer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		2
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		121
535.61	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungs- gesetz zum Tierseuchengesetz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 05.0.5300.282.01.	0 0	0		81 26 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		40
685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61.	0 0	0		2
686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.684.04 05.0.5300.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-050-61. Summen für Z61	0 0	0	0	33 374 26 VE
Z63 -----	Ausgaben Veterinäramt Grenzdienst				
422.63	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	0 0	0		472
428.63	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	0 0	0		2.977

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
432.63	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamterinnen und Beamten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	0 0	0		142
438.63	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	0 0	0		268
441.63 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63.	0 0	0		19
511.63	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		17
514.63	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzbekleidung und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		34
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		66

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
518.63	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		250
519.63	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		17
527.63	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		5
534.63	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0		42

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
681.63	Schadenersatzleistungen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63.	0 0	0	-	-
683.63	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.535.56 05.0.5300.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 05.0.5300.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.112.63 05.0.5300.119.63 05.0.5300.124.63. Summen für Z63	0 0	0	0	9 4.318
Z64 -----	Amt für Arbeitsschutz				
517.64 (254)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	0 0	0	0	1
518.64 (254)	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	0 0	0	0	3
519.64 (254)	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64.	0 0	0	0	10

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
541.64 (254)	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64. Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 05.0.5300.112.64. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.119.64. Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.111.64.	0 0	0		595
671.64 (254)	Erstattungen an die Hamburg Port Authority für die Gestellung einer Barkasse Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 05.0.5300.812.64. Summen für Z64	0 0	0		100
z71 -----	Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz				
429.71 (254)	Honorarmittel Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.71	0 0	0	-	-
534.71 (254)	Sachkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.71 Summen für Z71	0 0	0	-	-
z72 -----	Umweltmedizinische Beratungen und epidemiologische Untersuchungen				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
427.72	Honorarmittel	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
511.72	Geschäftsbedarf	0 0	0		1
	Übertragbar				
531.72	Öffentlichkeitsarbeit	0 0	0		8
	Übertragbar				
534.72	Anlassbezogene umweltmedizinische Untersuchungen (Fremdvergabe)	0 0	0		11 115 VE
	Übertragbar				
535.72	Sonstige sächliche Ausgaben	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
683.72	Umweltepidemiologische Untersuchungen und Risikoabschätzungen	0 0	0		15 38 VE
	Übertragbar				
	Summen für Z72	0	0	0	35 153 VE
Z78 -----	Förderung der Krebsregistrierung in Hamburg				
534.78	Sachausgaben	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 05.0.5300.282.78				
	Summen für Z78	0	0	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5300 -----					
811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Übertragbar	0 0	0	-	-
812.01	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland Übertragbar	0 0	0	-	-
812.05	Ausgaben im Zshg. mit der Förderung von Projekten im Bereich Produktinnovation Übertragbar	0 0	0	-	-
812.63	Errichtungs- und Ausstattungskosten für Kontrollzentren im Rahmen der Dezentralisierung des Grenzdienstes Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.422.63 05.0.5300.428.63 05.0.5300.432.63 05.0.5300.438.63 05.0.5300.441.63 05.0.5300.511.63 05.0.5300.514.63 05.0.5300.517.63 05.0.5300.518.63 05.0.5300.519.63 05.0.5300.527.63 05.0.5300.534.63 05.0.5300.681.63 05.0.5300.683.63.	0 0	0	-	-
812.64 (254)	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 05.0.5300.517.64 05.0.5300.518.64 05.0.5300.519.64 05.0.5300.541.64 05.0.5300.671.64.	0 0	0		19
919.01 (549)	Abführungen an die Tierseuchenkasse Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 05.0.5300.271.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	
5400 (314)	Institut für Hygiene und Umwelt		0	0	8.529 622 VE
AUSGABEN					
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	0 0	0	-	834

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
5400 -----					
514.60	Untersuchungs- und Versandmaterialien im Zusammenhang mit Laboruntersuchungen von Asylbewerbern im Rahmen des Asylverfahrensgesetzes Übertragbar	0 0	0	-	-
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 0	0		6
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5400.632.91 05.0.5400.671.01 .	0 0	0		1.519
671.01	Erstattungen an das HU für Lebensmitteluntersuchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 05.0.5400.632.91 05.0.5400.671.01 .	0 0	0		10.755
682.56	Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar	0 0	0		517
891.01	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	0 0	0		1.119
891.56	IT-Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	0	14.750

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
	Summe Gesamtansatz 2011	---	---	---
	Summe Vergleichszahl 2010	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	---	---	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäf- tigungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	31.648	---	9.004
	Summe Gesamtansatz 2012	31.648	---	9.004
	Summe Vergleichszahl 2011	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	---	---	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Titel	427.91 Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	428.91 Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	432.91 Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	438.91 Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	441.91 Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
5000	219	17.765	2.701	1.599	360
	219	17.765	2.701	1.599	360
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtennen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
	Summe Gesamtansatz 2011	---	---	---
	Summe Vergleichszahl 2010	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	---	---	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
	---	---
	---	---
	---	---
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)
 05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
5000	Zentrale Dienste -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.913	---	4.246
5400	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	834	---	705
	Summe Gesamtansatz 2012	9.747	---	4.951
	Summe Vergleichszahl 2011	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	---	---	---
	Summe Rest 2009	---	---	---

05.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
5000	3.671	996
5400	37-	166
	3.634	1.162
	---	---
	---	---
	---	---

5000 Zentrale Dienste

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Dezentrale Steuerungs- und Intendantzaufgaben,

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Förderung der Gesundheitswirtschaft

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Im Kapitel 5000 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere geprägt durch:

- Erstattung der Asklepios Westklinikum GmbH für die Gestellung von Personal (5000.261.03, 5000.261.04),
- Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Verwaltungsangehörige (5000.261.02),
- Die Einnahmen bei der Erstattung Asklepios Westklinikum GmbH für die Gestellung von Personal (5000.261.03, 5000.261.04) sind rückläufig durch die kontinuierliche Verringerung des Personals.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 5

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere geprägt durch:

- Ausgaben im Rahmen des Betriebskontos Z 61,
- Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport,
- Ausgaben zur Förderung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg.

547.03 -Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft-

In diesem Titel werden Mittel zur Förderung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg veranschlagt. Anknüpfend an die erfolgreichen Aktivitäten im Bereich „Life Science“ soll künftig das gesamte Spektrum der Gesundheitswirtschaft als eine der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg gefördert werden. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung ist derzeit neben der Implementierung eines professionellen Clustermanagements vorgesehen, v.a. Projekte in den Handlungsfeldern Aus- und Fortbildung, Transparenz und Qualität in der Versorgung sowie der Prävention zu fördern.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch kleinere Baumaßnahmen im Bereich der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz geprägt.

5100 Gesundheit

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheit und Umwelt, ebenso die Versorgungsplanung im Gesundheitswesen und der Maßregelvollzug.
- Gesundheitsschutz und Gesundheitssicherung

Dies umfasst insbesondere die Optimierung der Strukturen zum Schutz vor besonderen Infektionslagen einschl. der Weiterentwicklung der Hamburger Pandemieplanungen; Intensivierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und der zielgruppenorientierten Ausrichtung von Impfungen; Weiterentwicklung, Steuerung sowie Steigerung der Effektivität der Leistungsangebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes; Reproduktions- und Transplantationsmedizin; Berufe im Gesundheitswesen.

- Planung, Steuerung und Finanzierung des Suchthilfesystems
 - für Abhängige legaler und illegaler Suchtmittel,
 - für zuwendungsfinanzierte, ambulante Einrichtungen,
 - für kostensatzfinanzierte stationäre Einrichtungen.
- Bewilligung von einzelfallbezogenen Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke nach dem SGB XII und sozialhilferechtliche Sachbearbeitung,
- Vernetzung mit anderen Hilfesystemen wie Wohnungslosenhilfe, Qualifizierung und Beschäftigung, im Bereich der Eingliederungshilfe für Suchtkranke führt der Wandel in der Klientinnen- und Klientenstruktur in Folge längerer Betreuungszeiten zu einem höheren Hilfebedarf und gleichzeitig einem ansteigenden finanziellen Mehrbedarf. Darüber hinaus verbleiben die Fallzahlen auf hohem Niveau mit der Tendenz zur Steigerung, woraus ein höheres Bewilligungsvolumen resultiert. Zur Deckung der Mehrausgaben mussten bereits für die Jahre 2009 und 2010 Mittel nachgesteuert werden. Das in 2010 erstellte standardisierte Berichtswesen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke, welches sich an der ICF – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert, wurde modifiziert und wird in der Eingliederungshilfe regelhaft eingesetzt.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Umsetzung folgender im Haushaltsplan abgebildeten Schwerpunkte:
 - Pakt für Prävention,
 - Gesundheitliche Prävention für Migrantinnen und Migranten,
 - Stärkung der Prävention vor HIV / AIDS,
 - Ausweitung des Beratungsangebots für Minderjährige mit Essstörungen,
 - Gesundheitsförderung in Lebenswelten (z.B. Stadtteile, Kitas).
- Gesundheitsförderung und Prävention mit verändertem Schwerpunkt des ÖGD entsprechend dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst,
- Planung, Steuerung und Finanzierung der Zuwendungsempfänger im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention,
- nachgeordnete Dienststellen, z.B. Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin mit den Bereichen Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst und der Arbeitsgruppe Schiffahrtsmedizin,
- Weiterentwicklung des Centrums für AIDS und andere übertragbare Krankheiten (CASAbanca),
- Krankenhausinvestitionen und Maßregelvollzug,
- Drogen- und Suchthilfesystem.

2. Zuwendungen

Gesundheitsförderung sowie die Förderung von Familienhebammenprojekten (5100.684.71 und 5100.684.86)

Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie die Förderung von Familienhebammenprojekten der Freien und Hansestadt Hamburg werden im Rahmen von Projektförderungen über die Vergabe von Zuwendungen und Zweckzuweisungen aus den Titeln 5100.684.71 und 5100.684.86 finanziert.

Die Angebote der verschiedenen Einrichtungen zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention umfassen zielgruppenspezifische Beratungen zur Prävention von HIV/AIDS, die Umsetzung gesundheitsfördernder und präventiver Angebote in Schulen und Kindertagesstätten, Selbsthilfeförderung und die Beratung krebskranker Menschen.

Suchtkrankenhilfe

Im Rahmen der Zuwendungsbewilligung werden im Kapitel 5100 aus dem Titel 684.62 mehr als 50 ambulante Projekte der Suchtkrankenhilfe gefördert. Die zu finanzierenden Leistungen für den Bereich Drogen und Sucht umfassen die Beratung für suchtgefährdete Jugendliche, niedrigschwellige gesundheitliche Basis- und Überlebenshilfen, aufsuchende (Straßen-) Sozialarbeit, Angebote qualifizierter Beratung und Vermittlung in weiterführende Behandlung, Beratung im Strafvollzug, psychosoziale Betreuung Substituierter sowie die Förderung der Selbsthilfe und Angehörigenarbeit.

Die Steuerung sämtlicher Zuwendungsausgaben erfolgt in der Regel auf Basis der Leistungsvereinbarungen bzw. einvernehmlichen Leistungsbeschreibungen und setzt die Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards voraus. Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung zur Teilnahme an der kundenbezogenen Basisdatendokumentation und der einrichtungsbezogenen Leistungsdokumentation.

Die Steuerung der Zuwendungsempfänger erfolgt mit dem Ziel der kontinuierlichen Überprüfung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Aufgaben. Hierzu wird, in Abhängigkeit vom Umfang der Förderung, eine Kombination folgender Instrumente (zum Teil wiederholend im Jahresablauf) eingesetzt:

- Auswertung der Verwendungsnachweise,
- Auswertung der Jahresberichte
- Auswertungs- und Perspektivgespräche mit den Trägern
- Organisations- und Wirtschaftlichkeitsberatungen
- Betriebswirtschaftliche Überprüfungen
- Besuche vor Ort
- Besprechungen in Fachgruppen und Arbeitskreisen zur Koordinierung der Träger.

In der Regel wird den Trägern die Förderung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden gewährt. Darüber hinaus besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit, Zuwendungsverträge mit den Zuwendungsempfängern abzuschließen. Die Vorteile für die Behörde und die Träger liegen in der Optimierung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung bei den Zuwendungsempfängern. Im Haushaltsjahr 2011 bestanden acht Zuwendungsverträge über ca. 25 Projekte.

Mit der Vergabe von Zuwendungen ist eine Finanzierungsform vorgegeben, die es der Fachbehörde ermöglicht, in den Bereichen Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Hamburg eine optimale Steuerung vorzunehmen, da die Projektförderung in Form von freiwilligen Leistungen des Staates zeitnah und bedarfsoorientiert auf der Grundlage der Politik von Senat und Bürgerschaft gestaltet werden kann.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Erhebung von Gebühren (z.B. 5100.111.01 und 5100.111.02)

231.02 - Zuweisung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für das Projekt Vernetzungsstelle
(neu) Schulverpflegung

Veranschlagt ist eine Zuweisung der BLE für ein Projekt im Rahmen von IN FORM zur Beratung von Ganztagschulen zu den Qualitätsstandards in der Schulverpflegung. Die Einnahmen fließen dem Ausgabetitel 5100.684.71 zu (s.a. Drs. 19/3787).

233.03 - Zuweisung der BSB und der BWVI für das Projekt Vernetzungsstelle Schulverpflegung
(neu)
Siehe 231.02

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 5

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Auftragsleistung der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH in Höhe von 26 Mio. Euro (2011) und 27 Mio. Euro (2012),
- Zuwendungen in Höhe von 20,497 Mio. Euro in 2011 und 20,437 in 2012,
- Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen (IMPP/AföG) in Höhe von 260 Tsd. Euro,
- Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung i.H.v. ca. 1,9 Mio. Euro.

534.81 – Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Rahmenzuweisung an die Bezirksämter insbesondere für

- Geräte und Verbrauchsmaterialien für die medizinische Diagnostik bei den Gesundheitsämtern,
- Aufwendungen für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen,
- Maßnahmen der bezirklichen Gesundheitsförderung,
- Zuschüsse für die Patientenclubs und die therapeutische Gruppenarbeit der jugend- und sozial-psychiatrischen Dienste.

Für die Haushaltsjahre 2011/2012 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	62	83,5	94,5
Altona	31	37	43,5
Eimsbüttel	29	27,5	33,5
Hamburg-Nord	141	88	45,5
Wandsbek	43,5	58,5	69,5
Bergedorf	15,5	18,5	21,5
Harburg	17	26	31
Gesamt	339	339	339

534.86 – Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Zweckzuweisungen an die Bezirksämter für Kosten im Zusammenhang mit Fahrgelderstattungen an die, von den Gesundheitsämtern zur Untersuchung vorgeladenen, mittellosen Personen und die bei den Wirtschafts- und Ordnungsämtern entstehenden Kosten für Zuführungen und Untersuchung zur Feststellung übertragbarer Krankheiten auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetz (IfSG).

Für die Haushaltsjahre 2011/2012 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	1,5	1,5	1,5
Altona	6	6	6
Eimsbüttel	0,5	0,5	0,5
Hamburg-Nord	0,5	0,5	0,5
Wandsbek	0,5	0,5	0,5
Bergedorf	0,5	0,5	0,5
Harburg	0,5	0,5	0,5
Gesamt	10	10	10

671.62 – Eingliederungshilfe für Behinderte — Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für gesetzliche Leistungen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke. Diese umfassen Maßnahmen der sozialen Rehabilitation in Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen, den Aufenthalt in Vorsorge- und Übergangseinrichtungen sowie in Nachsorgeeinrichtungen für die Fälle, in denen die Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden müssen, da kein vorrangiger Leistungsträger für diese Hilfen aufkommt. In den Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen sollen die Suchtkranken zur Ruhe kommen und eine Ausstiegsmotivation entwickeln. In die Vorsorge- und Übergangseinrichtungen werden die Abhängigen aufgenommen, die mit Hilfe weiterführender medizinischer und therapeutischer Angebote in Fachkliniken und Therapeutischen Wohngemeinschaften ihre Abhängigkeit bewältigen wollen, aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation zur Vorbereitung auf diese Maßnahmen aber einen (teil-)stationären Rahmen benötigen. In den Nachsorgeeinrichtungen werden die Suchtkranken betreut, die nach Durchlaufen einer medizinischen Rehabilitation weiterer Unterstützung bei der Eingliederung in das soziale Umfeld bedürfen.

681.86 – Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Aufwendungen nach dem IfSG. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Kosten für Verdienstausfallentschädigungen, Absonderungsmaßnahmen,

Entschädigungskosten für beschlagnahmte Gegenstände sowie Kosten für die medikamentöse Postexpositionsprophylaxe. Ab dem Haushaltsjahr 2011 wird der Ansatz im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Labortests in der Tuberkulosefürsorge (zentrale Aufgabe des Bezirksamt Hamburg-Mitte) erhöht.

Für die Haushaltjahre 2011/2012 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln wie im Vorjahr. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	6	27	27
Altona	1,5	1,5	1,5
Eimsbüttel	1,5	1,5	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5	1,5
Wandsbek	1,5	1,5	1,5
Bergedorf	1,5	1,5	1,5
Harburg	1,5	1,5	1,5
Gesamt	15	36	36

682.02 – Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug –

Bei Straftätern, die wegen psychischer Erkrankung oder Suchtmittelabhängigkeit nicht oder nur vermindert schulpflichtig sind, kann durch das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 Strafgesetzbuch (StGB)) oder in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) angeordnet werden. Verantwortlich für die Durchführung des Maßregelvollzuges sind die Länder. In Hamburg werden die Maßregeln für psychisch kranke Rechtsbrecher (§ 63 StGB) und für suchtkranke Rechtsbrecher (§ 64 StGB) gemäß § 4 des Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetzes (HmbMVollzG) in der Asklepios Klinik Nord - Ochsenzoll- vollzogen. Dort stehen insgesamt 268 Behandlungsplätze zur Verfügung. Davon befinden sich 21 Plätze in einer offenen Reha-Station, in der Patientinnen und Patienten mit fortgeschrittenem Behandlungsverlauf auf ihre Entlassung vorbereitet werden.

Auf der Grundlage des Ergebnisses des ersten Quartals 2010 werden für 2011 79.280 Berechnungstage und für 2012 82.055 Berechnungstage veranschlagt. Insgesamt hat sich die Zahl der Berechnungstage in den Vorjahren als Folge der zunehmenden Verhängung von Maßregeln sowie infolge größerer Zurückhaltung bei der Aussetzung der Maßregel zur Bewährung erhöht.

684.05 - Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung

Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Aufgabe nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (§§ 2, 5 SchwKG und § 219 StGB). Die Gewährung der Fördermittel an die Träger erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des Hamburgischen Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerenberatungsstellenförderungsgesetz – SchFG).

Für 2011/2012 sind folgende Zuschüsse veranschlagt:

Träger/ Projekt	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Euro			
Familienplanungszentrum	516.548	484.390	485.730	485.730
PRO FAMILIA	678.423	599.070	632.223	632.223
SKF Wartenau	240.716	217.614	235.782	235.782
SKF Altona	169.500	158.460	172.573	172.573
Konfliktberatungsstelle des DW	169.050	137.000	137.000	137.000
Caritas Konfliktberatungsstelle	62.740	59.792	62.832	62.832
Mehrbedarf für Maßnahmen gem. §§ 2, 5 SchwKG i.V.m. SchFG (Verteilung durch gezielte Schwerpunktsetzungen)	0	259.674	189.860	189.860
Insgesamt	1.836.977	1.916.000	1.916.000	1.916.000

684.62 – Zuschüsse an Vereine und dgl. –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete im Bereich ambulanter Beratungs- und Versorgungsangebote.

Träger/ Projekt	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Euro			
Hmb. Landesstelle für Suchtfragen e. V.	202.332	65.500	67.500	67.500
Deutscher Guttempler-Orden, Beratungsstelle Diakonisches Werk Hamburg, Ev. Landesarbeitsgemeinschaft (ELAS)	210.263 48.000	210.000 47.000	217.000 48.500	217.000 48.500
Die Boje gGmbH Boje Barmbek Boje Eimsbüttel	611.367	608.000	627.000	627.000
DW Hamburg-West/ Südholstein Martha Stiftung STZ-Beratungsstelle Barmbek STZ-Beratungsstelle Harburg STZ-Beratungsstelle Hummel	1.100.003 1.164.252	1.105.000 1.190.000	1.140.000 1.228.000	1.140.000 1.228.000
Die Heilsarmee, Park In, Straßensozialarbeit Alida Schmidt-Stiftung, AHA Kreuzbund Diözesanverband Hamburg e. V. Blaues Kreuz i. D. e.V., Ortsverein Hamburg	460.999 83.150 7.590 52.213	462.000 85.000 7.500 64.000	480.000 92.000 7.800 66.000	480.000 92.000 7.800 66.000
Jugend hilft Jugend e. V. KODROBS-Altona (mit Drogenkonsumraum) KODROBS-Bergedorf KODROBS-Süderelbe AGB-Arbeitsprojekt Kodrobs mobil PSB Mendelssonstraße Beratung im Strafvollzug HIDA PSB in Substitutionsambulanzen	2.950.000 	2.547.000 	3.145.000 	3.145.000
Therapiehilfe e. V. Seehaus-Projekt Rückfallprophylaxe Selbsthilfeprojekte Projekt PSB (MAT West, MAT Harburg, MAEX) Beratung im Strafvollzug	2.078.081	2.025.000	2.117.000	2.117.000
Jugendhilfe e. V. Drob Inn (mit Drogenkonsumraum) Viva Wandsbek Stay Alive (mit Drogenkonsumraum) Drob Inn mobil Projekt Nachtcafé	3.590.000	3.720.000	3.800.000	3.800.000
Frauenperspektiven e. V. Frauenberatungsstelle	465.663	467.000	482.000	482.000
Ragazza e. V. (mit Drogenkonsumraum)	750.949	735.000	780.000	780.000
Drogenhilfe Eimsbüttel e.V.	416.864	430.000	443.000	443.000
Freiraum e. V., Abrigado (mit Drogenkonsumraum)	610.861	593.000	620.000	620.000
Selbsthilfe Drogenabhängiger und Angehöriger Selbsthilfförderung Angehöriger	47.020	49.880	51.000	51.000

Träger/ Projekt	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Euro			
Selbsthilfeförderung Drogenabhängiger ¹	47.978	100.000	103.200	2.000
Wissenschaftliche Forschung/ Auswertung BADO e. V.	67.892	68.000	70.000	70.000
Betreutes Wohnen (Jugendhilfe e. V., Jugend hilft Jugend e.V.)	119.204	134.500	139.000	139.000
Die Brücke e. V. PSB	601.519	585.000	604.000	604.000
Palette e. V. PSB	581.682	570.000	588.000	588.000
Aktive Suchthilfe e. V., Beratung im Strafvollzug	324.335	326.000	336.000	336.000
Pathologisches Glückspiel aus Ergänzungshaushalt	21.387	50.000	51.600	51.600
Suchtberatung für Jugendliche sowie deren Angehörige	536.198	700.000	692.000	692.000
Summe	17.149.802	17.444.380	17.995.600	17.894.400

./. Pauschale Absenkung zugunsten 5100.684.71 (Selbsthilfeförderung)			20.000	20.000
./. Rückflüsse	506.414	235.380	235.600	294.400
+ Auszahlung Rücklagen	198.743			
+ einmalige Maßnahmen (u.a. Projekt „Kinder von Suchtkranken“ und Candis-Studie“)	97.214			
Gesamtsumme¹	16.939.345	17.209.000	17.740.000	17.580.000

Betriebskonto Z 71 – Gesundheitsförderung und Prävention

Beim Titel 534.71 sind Mittel für Gesundheitsinformation und -bildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen, Beratungsangebote sowie Mittel zur AIDS-Prävention und zu sexuell übertragbaren Krankheiten veranschlagt. Die Mittel werden im Rahmen dieser Zweckbestimmung nach den jeweiligen Erfordernissen verwendet. Für 2011/2012 sind hier sowie unterstützt durch die Zuwendungen aus dem Titel 684.71 u.a. vorgesehen:

- Fortsetzung der Öffentlichkeitskampagne zur zielgruppenspezifischen HIV / AIDS / STD – Prävention, u.a. mit einem AIDS-Kongress sowie der Ausweitung von Beratung (CASAblanca, Ausweitung des KRD) und Straßensozialarbeit,
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten,
- Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Bewegungsförderung und Sturzprävention älterer Menschen,
- Veröffentlichung von Gesundheitsberichten,
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Bewegungsförderung, zur gesunden Ernährung sowie zur psychosozialen Gesundheit in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Stadtteilen, Ausweitung des Beratungsangebots für Minderjährige mit Essstörungen,
- Verstärkung der Vernetzung im Rahmen von Gesundheitsförderung und Prävention u.a. mit dem Pakt für Prävention u.a. mit Akteuren aus Sozialversicherungsträgern, Gesundheitswesen, Selbsthilfe, Kammern, Vereinen und Verbänden, Sport, Schule und Jugendarbeit.

¹ Ab 2012 Absenkung um 160 Tsd. Euro zugunsten 5100.684.71 (76 Tsd. Euro) und 5100.684.86 (84 Tsd. Euro) gemäß den Drucksachen 20/2173 und 20/2174

684.71 – Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention –

Für 2011/2012 sind folgende Zuwendungen veranschlagt:

Träger/ Projekt	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Euro			
AIDS Hilfe	506.792	492.000	512.541	512.541
Arbeit und Gesundheit	47.825	46.016	48.477	48.477
Arbeiterwohlfahrt	95.117	92.260	96.122	96.122
BASIS & Woge e.V. ²	268.453	249.500	257.885	273.885
Diakonisches Werk	66.204	65.147	64.812	64.812
Hamburger Arbeitsgemeinschaft f. Gesundheitsförderung (HAG) ²	316.515	306.380	308.900	308.900
Vernetzungsstelle Schulverpflegung	35.576	0	0	0
KISS (DPWV) ²	571.855	546.000	568.581	568.581
Mieten Aphasiiker, CED	6.700	12.000	6.840	6.840
Prävention e.V. (Projekt Hein und Fiete) ³	246.747	172.000	248.625	248.625
Selbsthilfegruppen-Topf	90.693	90.693	90.693	90.693
Waage e.V. ⁴	178.832	175.000	180.487	180.487
ÄGGF ²	10.000	0	10.000	10.000
Straßensozialarbeit und MiMi ⁵	50.000	117.000	60.000	60.000
TAMPEP	15.855	0	0	0
Böv 38 e.V.	8.318	0	0	0
ÖGD-Kongress	20.000	0	0	0
Troncabgabe	14.500	0	0	0
Sachkostensteigerung	0	9.000	0	0
Brücke e.V. -Essstörungen	0	100.000	100.000	100.000
AG Spina Bifida ⁵	0	0	71.000	71.000
Summe	2.549.982	2.472.996	2.624.963	2.640.963
./. Rückflüsse sowie Verstärkung aus der Titelgruppe Z 71	0	59.996	34.963	34.963
Gesamtsumme²	2.549.982	2.413.000	2.590.000	2.606.000

684.86 – Förderung von Familienhebammenprojekten; Zweckzuweisung an die Bezirke-

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	in Euro		
Hamburg-Mitte	105.000	105.000	121.500
Altona	127.500	127.500	144.500
Eimsbüttel	26.000	35.000	40.500
Hamburg-Nord	50.500	50.500	50.500
Wandsbek	191.000	191.000	219.500
Bergedorf	70.000	70.000	81.000
Harburg	35.000	35.000	40.500
Tarifanpassung (TV-L)	3.000	0	0
Gesamt	608.000	614.000⁶	698.000⁷

² Ab 2012 Verstärkung um 76 Tsd. Euro aus 5100.684.62 gemäß Drucksache 20/2174

³ Ab 2011 Verlagerung der Straßensozialarbeit an Prävention e.V.

⁴ Ab 2009 Verlagerung des Ansatzes aus 5100.684.62 in 5100.684.71

⁵ Bis 2010 Förderung aus 4650.684.04.

685.62 – Ausgaben in Verbindung mit der Diamorphinbehandlung –

Im Anschluss an den Modellversuch der diamorphingestützten Behandlung Opiatabhängiger erfolgt in Hamburg die Substitution mit Diamorphin mit einem zugelassenen Arzneimittel. Die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Übergang in die Regelversorgung sind geschaffen, die Verhandlungen mit der GKV über den Zeitpunkt der Kostenübernahme sind abgeschlossen. Ab dem 01.01.2011 ist ein Kostenbeitrag für Psychosoziale Betreuung (PSB) zu leisten, da dies keine Leistung der GKV ist. Hierfür ist ein Ansatz in Höhe von 167.000 Euro vorgesehen.

Investitionen

Investitionsförderung der Krankenhäuser

Krankenhäuser haben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) und des HmbKHG Anspruch auf Übernahme ihrer Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung, soweit und solange sie in den Krankenhausplan eines Landes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG bzw. § 21 HmbKHG (Einzelförderung) in das Investitionsprogramm aufgenommen sind.

Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft und die Krankenkassen-Verbände in Hamburg (unmittelbar Beteiligte) sowie die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) bilden gem. § 18 HmbKHG den Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung, der einvernehmliche Vorschläge für die Aufstellung der Investitionsprogramme nach § 16 HmbKHG erarbeiten soll.

893.63 – Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind Finanzmittel für die „Pauschale Förderung“ der Krankenhäuser gemäß § 22 HmbKHG. Die Bewilligung der Pauschalmittel richtet sich nach der Verordnung über die Pauschale Förderung der Krankenhäuser (PauschVO) vom 17.04.2007 (HmbGVBl. S. 141) unter Berücksichtigung der jeweiligen Änderungsverordnung.

Für folgende Zwecke werden den Krankenhäusern jährliche Pauschalbeträge bewilligt:

1. Die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter).
2. Die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen (kurzfristige Anlagegüter).
3. Kleine Baumaßnahmen sowie sonstige nach § 21 HmbKHG förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben die Kostengrenze von 100 Tsd. Euro nicht übersteigen.

Die Mittel werden den Krankenhäusern, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, entsprechend der Krankenhausleistung (Anzahl und Schweregrad der behandelten Fälle) gewährt.

Die Einrichtungen der Not- und Unfallversorgung, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Suchtambulanzen und die Ausbildungsplätze werden gesondert berücksichtigt.

893.79 – Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind die Fördermittel für die in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich Erstausstattung und Honorare, für die Nutzung von Anlagegütern, für Anlauf- und Umstellungskosten. Die Bau- und Beschaffungsmaßnahmen werden nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren mit den unmittelbar Beteiligten mit dem Ziel des Einvernehmens erörtert.

Es werden in Zukunft weiterhin in hohem Umfang Haushaltsmittel für die Umsetzung von Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern benötigt.

Schwerpunkte der Investitionsförderung sind:

- Optimierung der Betriebsabläufe
- Verbesserung der Not- und Unfallversorgung
- Verbesserung der klinisch-psychiatrischen Versorgung
- Förderung von Fusions- und Kooperationsprozessen

Hinzu kommt die Abfinanzierung des Neubaus der Asklepios Klinik Barmbek, dessen Abfinanzierung seit der Fertigstellung Ende 2005 mit jährlichen Raten von rd. 10 Mio. Euro bis zum Jahr 2025 erfolgt.

Um in größerem Umfang Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhausstrukturen bewilligen zu können, sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 150 Mio. Euro erforderlich, die wie folgt veranschlagt sind:

⁶ Ab 2011 Verlagerung von 6 Tsd. Euro aus Titel 4450.684.82

⁷ Ab 2012 Verstärkung um 84 Tsd. Euro aus 5100.684.62 gemäß Drucksache 20/2173

VE 2011:		VE 2012:	
2012 :	30 Mio. Euro	2013:	30 Mio. Euro
2013 :	30 Mio. Euro	2014:	30 Mio. Euro
2014 :	40 Mio. Euro	2015:	40 Mio. Euro
2015 :	50 Mio. Euro	2016:	50 Mio. Euro

5200 Hilfen zur Pflege, Seniorenarbeit und rechtliche Betreuung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind u.a. die Ausgaben des Sozialhilfeträgers für Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII (2011 rd. 167,9 Mio. Euro; 2012 rd. 169,5 Mio. Euro) sowie die entsprechenden Einnahmen des Sozialhilfeträgers (2011 und 2012 rd. 0,6 Mio. Euro) veranschlagt.

Die Entwicklung der Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen ist vorwiegend von Veränderungen in den Empfängerzahlen sowie den durchschnittlichen Fallkosten abhängig. Mit der Veranschlagung wurde für 2011 und 2012 eine Fallzahl-steigerung von jeweils 1% p.a. berücksichtigt, für Sachkostensteigerungen wurden für 2011 2%, für 2012 weitere 0,5% berücksichtigt. Die in 2010 begonnenen Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben werden in 2011 und 2012 fortgesetzt.

Daneben wurden in 2012 entlastende Effekte durch die dritte Stufe des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes (PfWG) in der ambulanten und stationären Pflege berücksichtigt.

Außerdem in diesem Kapitel veranschlagt sind die Mittel für die Seniorenarbeit. Diese unterstützt ältere Menschen dabei, die Möglichkeiten des Alters zu nutzen und mit seinen Grenzen umzugehen. Hierzu werden neben der Gewährung von Einzelfallhilfen Beratungs- und Betätigungsangebote gemacht. Die gesetzliche Grundlage ist § 71 SGB XII. Gefördert werden Beratungsstellen zu den Themen Bildung, Betätigung und Engagement im Alter. Einen besonderen Stellenwert besitzt in diesem Bereich die Förderung und Unterstützung von Seniorentreffs und Seniorenkreisen. Die Angebote werden in der Regel von gemeinnützigen Trägern vorgehalten und mit staatlichen Fördermitteln unterstützt. Überwiegend wird die Arbeit in Seniorentreffs und Seniorenkreisen ehrenamtlich erbracht, die Förderung stärkt daher die Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements. Auch die finanzielle Unterstützung der Arbeit des Landes-Seniorenbeirats ist in diesem Kapitel veranschlagt.

Mit der Drucksache 19/3584 haben die Bezirksämter erweiterte Aufgaben im Bereich der Seniorenarbeit erhalten. Sie sind nun für die Planung und Förderung der dezentralen Angebote der Seniorenarbeit zuständig. Dabei handelt es sich vor allem um Seniorentreffs, Seniorengruppen und einmalige Gemeinschaftsangebote. Dementsprechend wird der Ansatz in der Rahmenzuweisung erhöht und der Zuwendungsmittel abgesenkt. Die Rahmenzuweisung enthält auch Mittel zur Unterstützung der Arbeit der Bezirks-Seniorenbeiräte sowie der bezirklichen Pflegekonferenzen.

Die Landesbetreuungsstelle der Behörde Gesundheit und Verbraucherschutz (BVG) und das Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz im Bezirksamt Altona sind die zuständige Betreuungsbehörde im Sinne des Betreuungsbehördengesetzes (BtBG). Das Fachamt nimmt die Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde wahr.

Die Landesbetreuungsstelle fördert die Querschnittstätigkeit der Betreuungsvereine durch Zuwendungen.

Betreuungsvereine sollen ehrenamtliche Betreuer gewinnen und sie in ihrer Arbeit beraten. Sie informieren über Möglichkeiten der Vorsorge und beraten Bevollmächtigte. Bürgerinnen und Bürger werden bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten beraten und unterstützt. Die Landesbetreuungsstelle koordiniert und gestaltet nach politischen Vorgaben und Erfordernissen und steuert die fachlichen Aufgaben des Bezirksamts Altona.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden zur Förderung von Angeboten gewährt, die die pflegerische Versorgung gemäß § 4 Hamburgischen Landespflegegesetz (HmbLPG) und gemäß §§ 45c und 45d SGB XI (niedrigschwellige und ehrenamtliche Betreuungsangebote) ergänzen. Die Mittel, die die Stadt hier einsetzt, werden in gleicher Höhe aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung ergänzt.

Für den Bereich Seniorenarbeit werden durch Zuwendungen der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz zentrale Beratungs- und Kommunikationsangebote aus dem Titel 5200.684.63 gefördert. Veranschlagt für 2011 und 2012 sind je 370 Tsd. Euro.

Die Einhaltung der bestehenden Vereinbarungen über den Leistungsumfang wird durch Gespräche, Prüfung der Sachberichte und Verwendungsnachweise überwacht.

Der Bereich rechtliche Betreuung fördert mittels Zuwendungen acht Betreuungsprojekte in sechs Trägerschaften in Hamburg. Davon sind sieben Projekte Bezirksorientiert, ein Träger ist bezirksübergreifend für die Betreuer von geistig und mehrfach behinderten Menschen tätig.

Die Betreuungsvereine übernehmen die Gewinnung, Einführung, Fortbildung und Beratung ehrenamtlich tätiger Betreuer und sollen damit den weiteren Ausbau der Ehrenamtlichkeit im Betreuungsbereich sicherstellen (§ 1908 f Abs. 1 Ziffer 2 BGB in Verbindung mit dem hamburgischen Ausführungsgesetz zum BtBG).

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 518.81 Die Mittel werden als Rahmenzuweisung an die Bezirksämter zu Abdeckung der Betriebskosten und Förderung der Träger von Seniorentreffs und anderer Angebote der Seniorenanarbeit, für die finanzielle Unterstützung der Bezirks-Seniorenbeiräte und bezirklicher Gesundheits- und Pflegekonferenzen, veranschlagt. Für die Haushaltjahre 2011 und 2012 wird ein neuer Verteilungsschlüssel angewandt, der sich an der Zahl der alleinlebenden Älteren und der älteren Grundsicherungsempfänger im Bezirk orientiert. Er wird durch eine Übergangsregelung flankiert. Die Mittel werden per Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter, wie nachfolgend dargestellt, verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010 Tsd. Euro	Ansatz 2011 Tsd. Euro	Ansatz 2012 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	616	606	596
Altona	391	381	376
Eimsbüttel	240	280	310
Hamburg-Nord	457	447	437
Wandsbek	514	529	541
Bergedorf	165	155	145
Harburg	218	208	201
Gesamt	2.601	2.606	2.606

- 671.23 Veranschlagt sind die Ausgaben für stationäre Hilfen an Pflegebedürftige. Basis der Veranschlagung ist das Ergebnis 2009. Für 2011 und 2012 wurden die Fallzahlen um jeweils 1,0% p.a. erhöht. Darüber hinaus wird für 2011 und 2012 von einer Steigerung der Sachkosten von 2% bzw. 0,5% ausgegangen. Der Ansatz erhöht sich im Saldo infolge der Umschichtung der EEF-Leistung (bisher bei 671.57).

- 671.57 Besitzstandsregelung EEF-Leistungen.

- 671.58 Ansatzreduzierung wegen Wegfall der Tagespflegeförderung ab 01.01.2011.

- 681.01 Ansatzreduzierung aufgrund von Minderausgaben durch Wegfall von Betreuungszuschlägen im Servicewohnen. Jetzt als Regelsatzerhöhung bei den Kosten der Unterkunft für ambulante Grundsicherung (vgl. 4610.681.30).

- 681.22 Veranschlagt sind die Ausgaben für ambulante Hilfen an Pflegebedürftige. Basis der Veranschlagung ist das Ergebnis 2009. Für 2011 und 2012 wurden die Fallzahlen um jeweils 1,0% p.a. erhöht. Darüber hinaus wird für 2011 und 2012 von einer Steigerung der Sachkosten von 2% bzw. 0,5% ausgegangen.

- 681.48 Veranschlagt sind Mittel für Leistungen der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes nach § 70 SGB XII. Die Veranschlagung setzt auf dem Ergebnis 2009 auf. Für 2011 und 2012 wurden die Fallzahlen um jeweils 1,0% p.a. erhöht. Darüber hinaus wird für 2011 und 2012 von einer Steigerung der Sachkosten von 2% bzw. 0,5% ausgegangen.

- 684.01 Durch Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen soll die Beratung und Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen gem. § 8 Abs. 2 SGB XI und § 4 HmbLPG gefördert werden. Gefördert werden die Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen der HAMBURGISCHEN BRÜCKE, die „Stattbau Hamburg“ für das Projekt „Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften“ sowie anteilige Sachkosten für das „Beschwerdetelefon Pflege“. Durch Maßnahmenveränderungen wird ein Teil der Förderung für die Beratungsstelle der HAMBURGISCHEN BRÜCKE zukünftig aus Titel 5200.684.02 erfolgen.

684.02 Der Titel wird wegen gesetzlicher Änderungen im SGB XI nun wie folgt bezeichnet: Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben, Selbsthilfegruppen und des freiwilligen Engagements gemäß §§ 45c und 45d SGB XI. Für die Veranschlagung 2011/2012 konnte der Ansatz durch interne Umschichtungen erhöht werden. Hierdurch und durch die damit einhergehende Einnahmeverbesserung von Pflegekassenmitteln können die auf freiwilligem bürgerschaftlichen Engagement basierenden Angebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie die Selbsthilfe in diesem Bereich deutlich ausgebaut werden.

684.04 Die Mittel werden für die Förderung der hospizlichen und palliativ-pflegerischen Versorgung in Hamburg eingesetzt. Veranschlagt sind Mittel für Beratung und Betreuung von schwerkranken, sterbenden Menschen und deren Angehörigen in der Beratungsstelle CHARON, für die Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit und für die Förderung der Implementierung von hospizlichen und palliativ-pflegerischen Versorgungsangeboten in Pflegeheimen. Berücksichtigt wurden Minderausgaben durch Auslaufen des speziellen Förderprogramms für Hospizarbeit.

Empfänger	Ergebnis 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro	Ansatz 2011 Tsd. Euro	Ansatz 2012 Tsd. Euro
CHARON Beratungsstelle	173	173	183	183
Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit	75	71	76	76
Förderung der hospizlichen und palliativpflegerischen Versorgungsangebote in Pflegeheimen	29	69	14	14
abzüglich Rückflüsse	-17			
Gesamt	263	313	273	273

684.06 Mittel für Zuschüsse an 8 Betreuungsvereine in 6 Trägerschaften, bei denen insgesamt 12 Stellen zzgl. eines Sachkostenbudgets finanziert werden mit den Zielen,

- ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer zu gewinnen und sie in ihre Tätigkeit einzuführen, fortzubilden und zu beraten,
- über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen zu informieren,
- Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten zu beraten,
- Bevollmächtigte zu beraten.

Betreuungsverein	Ergebnis 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro	Ansatz 2011 Tsd. Euro	Ansatz 2012 Tsd. Euro
ZukunftsWerkstatt Generationen e.V. Betreuungsvereine Hamburg-Mitte und Wandsbek	216	212	227	227
Altona	119	120	123	123
Insel e.V. Betreuungsvereine Eimsbüttel und Harburg	238	249	252	252
Hamburg-Nord	113	114	118	118
Bergedorf	87	87	87	87
Leben mit Behinderung	149	148	153	153
abzüglich Rückflüsse	-3	-	-	-
Gesamt	919	930	960	960

684.63 Der Titel wurde umbenannt in „Förderung zentraler Angebote der Seniorenarbeit“. Im Zuge der Neustrukturierung der Seniorenarbeit wird die Förderung von Seniorentreffs und Seniorenkreisen hier nicht mehr veranschlagt. Die verbliebenen Mittel sind für Maßnahmen vorgesehen, die von übergreifender Bedeutung für die Seniorenarbeit in Hamburg sind und nicht einzelnen Bezirksamtern zugeordnet werden können. Gefördert werden freie Träger für Beratungsangebote zu den Themen Betätigung, Engagement und Seniorenbildung sowie für die zentrale Unterstützung von Seniorengruppen und Seniorentreffs.

701.86 Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BGV - Zweckzuweisung an die Bezirke - Veranschlagt sind Mittel für Sanierungs- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen bei verschiedenen Seniorentreffs. Zur Erhaltung der häufig alten Bausubstanz sind insbesondere Investitionen an Fenstern, Dächern und Fassaden erforderlich.

5300 Verbraucherschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die im Verbraucherschutz anfallen.

Dazu gehören Aufgaben im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung,
- der Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung,
- dem Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden,
- der Produkt- und Anlagensicherheit,
- der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit,
- dem Patientenschutz,
- der Sicherheit von Arzneimittel- und Medizinprodukten,
- der gesundheitlichen Bewertung von umweltbedingten Gesundheitsrisiken,
- dem Hamburgischen Krebsregister,
- dem wirtschaftlichen Verbraucherschutz.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Vorgaben in den einschlägigen Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Durchführung von amtlichen Untersuchungen oder Kontrollen sowie der Erteilung von Betriebs- und Ein- bzw. Ausfuhrerlaubnissen, die tlw. mit Inspektionen in Nicht-EU-Ländern verbunden sind,
- einen stark wechselnden Arbeitsanfall in den Dienststellen, der Anforderungen der Wirtschaft berücksichtigt und nur bedingt beeinflusst werden kann,
- Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik,
- Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen an den Arbeitnehmerschutz und daraus resultierende politische Vorgaben zur Aufgabenerledigung,
- neue gesetzliche Regelungen,
- Anzahl von Betrieben und Anlagen,
- gesteigertes Interesse der Verbraucher an Informationen zu Risiken von Produkten und Gesundheitsdienstleistungen,
- Fortschreibung von Partnerschaften mit Kammern und Verbänden im Arbeitsschutz.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen in Kapitel 5300 werden wesentlich durch die Förderung der Verbraucherzentrale Hamburg (849 Tsd. Euro pro Jahr) geprägt. Darüber hinaus werden zwei Zuschüsse an den Hamburger Tierschutzbund von 1841 e.V. als Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Gebühreneinnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst,
- Verwaltungsgebühren für überwachungsbedürftige Anlagen und Zulassung von Containern,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Arbeitsschutz,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Strahlenschutz,
- Einnahmen aus Bußgeldern.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 5

427.86 – Pauschale Aufwandsentschädigungen; Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Entschädigungen im Zusammenhang mit der Begutachtung giftiger Tiere auf dem Hamburgischen Staatsgebiet.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung dem Einzelplan des zuständigen Bezirksamtes Hamburg-Mitte zur Verfügung gestellt.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb,
- Vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Norddeutschen Kooperation,
- Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung technischer Geräte,
- Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse,
- Ausgaben für Beschaffungen im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich.

531.61 – Öffentlichkeitsarbeit –

(neu) Veranschlagt sind Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im wirtschaftlichen Verbraucherschutz.

532.61 *-Kraftfahrzeugsteuer-*

(neu) Veranschlagt sind die Mittel für die ab 2011 dezentralisierten Ausgaben für die Kraftfahrzeugsteuer der in der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz genutzten Dienstfahrzeuge.

534.81 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen; Rahmenzuweisung an die Bezirke –
Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Instrumente und Verbrauchsmittel für den tierärztlichen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2011 / 2012 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel.
Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	5	5	5			
Altona	4	4	4			
Eimsbüttel	4	4	4			
Hamburg-Nord	4	4	4			
Wandsbek	5	5	5			
Bergedorf	4	4	4			
Harburg	3	3	3			
Gesamt	29	29	29			

684.01 – Kostenerstattung an den HTV u.a. Einrichtungen für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- sowie Beobachtungstieren –

Veranschlagt sind die Mittel für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- und Beobachtungstieren einschließlich der Mittel für die Unterbringung und Versorgung im Zusammenhang mit der Durchführung des Hundegesetzes.

685.08 – Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. –

Veranschlagt sind für 2011/2012 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung, Patientenberatung und Hamburger Anteil an der Ernährungsberatung) nach Konsolidierung insgesamt 849 Tsd. Euro pro Jahr.

686.61 – Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. –

Veranschlagt sind für 2011/2012 als Zuschuss an den Tierschutzverein jeweils 33 Tsd. Euro. Hiervon entfallen

1. 28 Tsd. Euro auf eine Finanzhilfe in Höhe des Erbbauzinses für das Grundstück Süderstraße, weil der Tierschutzverein (HTV) öffentliche Aufgaben wahrnimmt, die anderenfalls die Stadt übernehmen müsste (z.B. Aufnahme und Verwahrung von Fund- und sichergestellten Tieren sowie deren tierärztliche Betreuung, Versorgung auf amtliche Anordnung untergebrachter seuchenverdächtiger Tiere).
2. 5 Tsd. Euro Zuschuss für Maßnahmen zur Begrenzung der Population verwilderter Hauskatzen durch den HTV (Kastration). Entlaufenen Katzen vermehren sich und finden in der Stadt keine ausreichende Futtergrundlage. Viele Jungtiere erkranken und verhungern. Gezielte Kastrationsmaßnahmen, die einen hohen organisatorischen und personellen Aufwand erfordern, tragen dazu bei die Zahl der Katzen zu begrenzen.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für das Arbeitsschutzlabor geprägt.

5400 Institut für Hygiene und Umwelt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausgaben und Einnahmen für das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) werden in einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO veranschlagt und erläutert; siehe Anlage 2.8 (rosa Seiten).

Im Kapitel 5400 „Institut für Hygiene und Umwelt“ sind entsprechend der Nettoveranschlagung lediglich die Zuweisungen bzw. Zuschüsse an das Institut veranschlagt.

Allgemeines

(Vgl. hierzu die allgemeinen Vorbemerkungen im Lagebericht des Instituts für Hygiene und Umwelt).

2. Zuwendungen

Im Kapitel 5440 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen und Ausgaben

s. Wirtschaftsplan

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2011/2012

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan)

**“Behörde für ; Ygi bX\ Yjhí bX”
.....J YfVfU W YfgW i hn**

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltjahre 2011/2012

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt

Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

- | | |
|-------------|--|
| 5400.525.92 | „Erstattungen an das Zentrum für Aus- und Fortbildung“ |
| 5400.632.91 | „Zuweisungen von Versorgungszuschlägen an Wirtschaftspläne“ |
| 5400.671.01 | „Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Lebensmitteluntersuchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc.“ |
| 6700.671.07 | „Erstattung an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen etc.“ |
| 5400.682.56 | „Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)“ |
| 5400.891.01 | „Investitionskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt“ |
| 6700.891.04 | „Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“ |
| 5400.891.56 | „Investitionskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für Informationstechnik (IT)“ |

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Das Institut für Hygiene und Umwelt hat zum Haushaltsjahr 2008 die kaufmännische Buchführung eingeführt. Eine Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 wurde erstellt.
2. Ansätze für Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
3. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung der Position „nicht verbrauchte Deckungsmittel“ gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Ertragsüberhänge zu erwarten ist. Die Verlustvorträge sind in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Zweckgebundene Drittmittel sowie sonstige zweckgebundene Erträge dürfen nur im Rahmen der Bewilligungsbedingungen der Mittelgeber für Aufwendungen im Erfolgsplan und für Investitionen im Finanzierungsplan verwendet werden.

A. Ergebnisrechnung			Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	Positionsbezeichnung		- in Tsd. EUR -			
01.	Erträge aus Geschäftstätigkeit		3.235	3.414	3.414	3.414
	a) Privatrechtliche Entgelte		963	515	935	935
	Umsatzerlöse	500000	795	380	800	800
	Erträge aus Vermietungen/Pachten	502000	4	0	0	0
	Erträge aus Betriebskostenabrechnungen	502100	164	135	135	135
	b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungsersatz		2.026	2.655	2.235	2.235
	Benutzungsgebühren/-entgelte	517000	2.026	2.655	2.235	2.235
	c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern, Geldstrafen		0	0	0	0
	Geldstrafen, Geldbußen,	514000	0	0	0	0
	d) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg		246	244	244	244
	e) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg aus Sondermitteln		0	0	0	0
02.	Erträge aus Transferleistungen		17.498	16.981	16.553	16.553
	Entgelte für Leistungserbringung	546010	17.325	16.981	16.553	16.553
	Zuwendungen und Zuweisungen von anderen Zuschussgebern					
	Zuschüsse EU zur lfd. Geschäftstätigkeit (Drittmittel)	547000				
	Zuschüsse Bund zur lfd. Geschäftstätigkeit (Drittmittel)	548000	171			
	Zuschüsse von Privaten (Drittmittel)	590100	2			
03.	Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen		0	0	0	0
04.	Sonstige Erträge		1.373	236	236	236
	Sonstige betriebliche Erträge	533000	484	21	21	21
	Erlöse IEVO	533500	316	215	215	215
	Erlöse Personalkostenzuschüsse / -erstattungen	533600	5	0	0	0
	Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen (Urlaub)	538000	568	0	0	0
05.	Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		6.530	6.411	6.030	6.030
	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit		2.974	2.440	2.634	2.634
	ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf			1.558		
	Verbrauch Impfstoffe	600100	305		300	300
	Verbrauch Nährmedien	600111	127		120	120
	Verbrauch Chemikalien	600112	437		400	400
	Verbrauch Laborverbrauchsmaterial	600113	480		428	428
	Verbrauch Diagnostika	600116	209		190	190
	Verbrauch technische Gase und Laborgase	602300	123		120	120
	Strom	605010	628	522	579	579
	Heizgas	605020	324	332	300	300

A. Ergebnisrechnung			Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	Positionsbezeichnung		- in Tsd. EUR -			
Material für Reparatur und Instandhaltung	606000	233	0	103	103	
Material für Reparatur und Instandhaltung Gebäude	606010	69	0	50	50	
Sonstiger Materialaufwand	607000	4	0	11	11	
Berufskleidung / Arbeitsschutzmaterial	608000	35	28	33	33	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		916	1.240	726	726	
Müllentsorgung	614010	68	60	60	60	
Instandhaltung Gebäude	616000	107	455	275	275	
Instandhaltung Maschinen und Geräte	616100	267	450	100	100	
Sonstige bezogene Leistungen	617000	243	45	52	52	
Erstattung Dienstleistungen Dataport	617010	125	126	135	135	
Erstattung Dienstleistungen ZPD	617020	32	62	62	62	
Erstattung Dienstleistungen Sonstige	617030	69	42	42	42	
Skontoverlust	618050	5				
c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		2.640	2.731	2.670	2.670	
Mieten, Pachten	670000	2.009	2.078	2.050	2.050	
Betriebskostenvorauszahlungen, -abrechnungen	670100	126	184	130	130	
Leasing	671000	12	0	14	14	
Bankspesen/Kosten d. Geldverkehrs u.d. Kapbeschaff	675000	2				
Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	677000	0	9	5	5	
Sonst. Inanspruchnahme von Rechten und Dienstl.	679000	6	0	2	2	
Gebäudereinigung	679100	299	280	300	300	
Sonstige Gebäudebewirtschaftung	679200	176	180	15	15	
Aufwendungen für Außenanlagen	679300	1	0	5	5	
Sicherheit und Alarm	679400	9	0	149	149	
06. Personalaufwendungen		17.227	15.829	16.510	16.510	
a) Beschäftigungsentgelte		10.263	11.541	10.075	10.075	
Beschäftigungsentgelte	627000	10.263	11.541	10.075	10.075	
b) Beamtenbezüge		1.305	1.601	1.250	1.250	
Beamtenbezüge	634000	1.305	1.601	1.250	1.250	
c) Sozialleistungen		1.898	75	1.893	1.893	
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	641000	1.853		1.832	1.832	
Berufsgenossenschaftsbeitrag	642000	0	9	0	0	
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	649000	45	66	61	61	
d) Versorgungsleistungen		3.761	2.612	3.292	3.292	
Versorgungsbezüge Beamte	643000	376	480	480	480	
Versorgungsbezüge Arbeitnehmer	643300	1.088	1.039	1.039	1.039	
Zuführung Rückstellungen sonst. Personalaufwand (Urlaubsrückstellungen)	648030 648040	524	0	0	0	
Zuführung Pensionsrückstellungen	648000	1.556	616	1.556	1.556	
Zuführung Beihilferückstellungen	648010	92	63	92	92	
Zuführung Altersteilzeitrückstellungen	648020	125	414	125	125	
07. Aufwendungen für Transferleistungen		0	0	0	0	
a) an Dritte (ohne öff. Bereich)						
b) an Tochterorganisationen						
c) an den sonstigen öffentlichen Bereich						

A. Ergebnisrechnung			Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	Positionsbezeichnung		- in Tsd. EUR -			
08.	Abschreibungen		1.957	0	1.343	1.126
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen					
	Abschreibungen. Sachanlagen, imm. VG	663000	1.957		1.343	1.126
09.	Sonstige Aufwendungen		1.371	1.296	1.763	1.768
	Sonst. Personalaufwendungen	650000	267	308	200	200
	Aufwendungen Betriebs-, Amtsarzt u. Arbeitssicherheit	652000	0	31	32	32
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	654000	159	48	68	68
	Aufwendungen für Gemeinschaftsveranstaltungen, -pflege u. soziale Einrichtungen	656000	2	48	48	48
	Reinigungsmittel und -material	679500	25	0	25	25
	Geräte und Ausstattungsgegenstände d. Verwaltung		0	70	0	0
	Büromaterial, Drucksachen, Geschäftsbedarf	680000	51	53	53	53
	Zeitungen, Fachliteratur	681000	60	58	58	58
	Porto, Versandkosten, Zustelldienste	682000	67	24	70	70
	Telekommunikation	683000	148	176	150	150
	IT-Aufwand	684000	280	220	802	807
	Reisekosten	685000	36	35	36	36
	Fahrtkosten	685100	10	0	10	10
	Öffentlichkeitsarbeit, Bewirtung, Repräsentation., Werbung	686000	28	36	36	36
	Kfz-Kosten	688000	72	72	72	72
	Versicherungen	690000	2	18	4	4
	Mitgliedsbeiträge	691000	0	0	0	0
	Andere sonst. betriebliche Aufwendungen	693000	159	4	4	4
	Grundsteuer	702000	0	90	90	90
	Kraftfahrzeug-Steuer	703000	5	5	5	5
10.	Ergebnis d. lfd. Geschäftstätigkeit		-4.979	-2.905	-5.443	-5.231
11.	Erträge aus Beteiligungen					
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
	davon aus verbundenen Unternehmen					
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		89			
	Zinsen, ähnliche Erträge	570000	89			
	davon aus verbundenen Unternehmen					
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens					
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
	Zinsen	751000				
	davon an verbundene Unternehmen					
16.	Finanzergebnis		89	0	0	0
17.	Ordentliches Ergebnis		-4.890	-2.905	-5.443	-5.231

A. Ergebnisrechnung		Ist 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	Positionsbezeichnung	- in Tsd. EUR -			
18.	Außerordentliche Erträge	1.773	1.093	1.773	1.773
	Spenden, Erbschaften, Förderungen	590000			
	Außerordentlicher Ertrag	592000			
	Erträge Gewährl-Zus.FHH:	592100			
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Pensionsrückstellungen	592100	1.556	616	1.556
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Beihilferückstellungen	592100	92	63	92
	Erträge Gewährl-Zus.FHH: Altersteilzeitrückstellungen	592100	125	414	125
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
	Außerordentlicher Aufwand	791000			
20.	Außerordentliches Ergebnis	1.773	1.093	1.773	1.773
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
	Gewerbeertragsteuer	770000			
	Körperschaftsteuer	771000			
22.	Erträge aus Verlustübernahme aus dem Haushalt/ Aufwand aus Gewinnabführung an den Haushalt	1.750	1.812	2.327	2.332
	Verlustausgleich FHH	546020	1.750	1.812	2.327
23.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.367	0	-1.343	-1.126

B. Kapitalflussrechnung		Sach-konto	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	Positionsbezeichnung		- in Tsd. EUR -			
1.	Ordentliches Ergebnis*		-4.890	-2.905	-5.443	-5.231
2.	Abschreibungen / Zuschreibungen (+/-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	663000	1.957		1.343	1.126
3.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)		- 85			
4.	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (-/+)		-1			
5.	Veränderungen von Rückstellungen (+/-)	648010; 648020; 648030	- 44			
6.	Veränderungen sonstiger Aktiva / Passiva** (+/-)		-866			
7.	Außerordentliches Ergebnis	592100	1.773	1.093	1.773	1.773
8.	Steuern vom Einkommen und Ertrag					
	Kapitalfluss I Ord.-, Außerord.- Ergebnis, Steuern (Summe 1. - 8.)		-2.156	-1.812	-2.327	-2.332
9.	Desinvestitionen / Investitionen*** (+/-)		-1.798	-1.262	-2.037	-2.037
	davon					
9.1	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	025000	-123			
9.2	<i>Mietereinbauten</i>	054500	-260			
9.3	<i>Maschinen und Anlagen</i>	077000, 089000	-1.243	-1.172	-1.947	-1.947
9.4	<i>Fahrzeuge</i>	084000	0	-90	-90	-90
9.5	<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	085000; 087000	-148			
9.6	<i>IT</i>	073000	-24			
9.7	<i>Finanzanlagen</i>					
10.	Veränderungen der Forderungen / Verbindlichkeiten aus Investitionen (+/-)					
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 9. u. 10.)		-1.798	-1.262	-2.037	-2.037
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)		-3.954	-3.074	-4.364	-4.369
11.	Veränderungen des Eigenkapitals (+/-)					
12.	Darlehensaufnahme / -tilgung (+/-)					
13.	Erhaltene Zuschüsse zur lfd. Geschäftstätigkeit		1.750	1.812	2.327	2.332
13.1	Erträge durch die Verlustübernahme von der FHH		1.750	1.812	2.327	2.332
13.2	Gewinnabführung an den Haushalt					
14.	Erhaltene Investitionszuschüsse		2.016	1.262	2.037	2.037
14.1	Investitionszuschuss aus dem Haushalt der FHH		1.791	1.262	2.037	2.037
14.2	Investitionszuschüsse Dritter		225			
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 11. - 14.)		3.766	3.074	4.364	4.369
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)		-188	0	0	0

B. Kapitalflussrechnung		Sach-konto	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Positionsbezeichnung			- in Tsd. EUR -			
	Anfangsbestand Liquidität (Summe 15)		2.752	2.856		
15.1	Betriebsmittel		1.824	1.749		
15.2	IT-Betriebsmittel		3	0		
15.3	VNL		111	111		
15.4	Investitionen		504	707		
15.5	IT-Investitionen		32	19		
15.6	Drittmittel		278	270		
	Endbestand Liquidität (Summe 16)		2.856			
16.1	Betriebsmittel		1.749			
16.2	IT-Betriebsmittel		0			
16.3	VNL		111			
16.4	Investitionen		707			
16.5	IT-Investitionen		19			
16.6	Drittmittel		270			

* Übernahme aus dem Wirtschaftsplan / der Ergebnisrechnung

** Aktiva / Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

*** Im Finanzierungsplan ist der im Geschäftsjahr voraussichtlich zu deckende Finanzbedarf für Investitionen zu veranschlagen

ERLÄUTERUNGEN

Veranschlagt sind die Aufwendungen und Erträge, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Institut für Hygiene und Umwelt.

Mit Wirkung vom 01.01.2008 hat das HU die Kaufmännische Buchführung eingeführt. Dieser Schritt hatte bereits in 2009/2010 Veränderungen gegenüber der seinerzeitigen Wirtschaftsplan-Veranschlagung zur Folge, die nunmehr aus der praktischen Erfahrung heraus noch einmal im Detail angepasst wird. Mit Einführung der Doppik per 01.01.2008 wurde eine Eröffnungsbilanz erstellt.

Die früher als Betriebskostenzuschuss dem Wirtschaftsplan zufließenden Mittel werden weiterhin aufgrund der Regelungen der VV zu § 61 LHO als Erträge veranschlagt. Aufgrund der zentralen Regelungsmechanismen wird die Form der Veranschlagung als Zuschuss für Versorgungszuschläge, laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit IT sowie für Investitionen beibehalten.

Im Zuge der auf die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) und die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) verteilten Fachaufsicht über das HU sind die korrespondierenden Veranschlagungen in den entsprechenden Kapiteln zu finden.

Das HU hat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Ansätze im Betriebshaushalt des Wirtschaftsplans 2011/2012 um insgesamt 500 TEUR gegenüber dem Doppelhaushalt 2009/2010 reduziert. Außerdem wurden 430 TEUR aus dem Betriebshaushalt in den Investitionsansatz umgeschichtet. Dabei entfällt eine Summe von 300 TEUR auf die Position „Kleingeräte“, deren Einkauf im Zuge der Einführung des Kaufmännischen Rechnungswesens handelsrechtlich ab einer Größenordnung von 150 Euro als Investition zu betrachten ist, und eine Summe von 130 TEUR auf Gebäudeinvestitionen.

In der Kapitalflussrechnung ergibt sich aus der oben genannten Umschichtung und einer für 2011 und 2012 vorgesehenen Erhöhung des Investitionskostenzuschusses durch die BGV um 345 TEUR eine Aufstockung des Investitionsansatzes um insgesamt **775 TEUR** auf 2.037 TEUR.

Der Aufwand in zentral gesteuerten Titeln (im Wirtschaftsplan abgebildet als „Verlustausgleich FHH“) erhöht sich um **515 TEUR (in 2012 um 520 TEUR)**. Diese Summe ergibt sich

1. aus dem laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit IT (Übertrag der Leitungskosten von der BGV 153 TEUR, Mehrbedarf Leitungskosten im Zusammenhang mit der Netzanbindung 25 TEUR, 213 TEUR zusätzlicher Aufwand durch das neue Preismodell von Dataport, 50 TEUR Mehrbedarf für Rechenzentrumsbetriebskosten = Kosten des SAP-Servers, 50 TEUR Mehrbedarf für die Kosten des SAP-Supports, 15 TEUR (2012: 20 TEUR) für SAP-Erweiterungen, 10 TEUR für SAP-Lizenzkosten,) sowie aus
2. einer Ansatzminderung des ZAF-Festbetrages um 1 TEUR.

Die Entgelte für Leistungserbringung reduzieren sich 2011 und 2012 um jeweils **428 TEUR** :

- + 552 TEUR strukturelle Tarifsteigerung
- - 51 TEUR Absenkung der jährlichen Sonderzahlung für Beamte
- + 1 TEUR Mehraufwand Betriebsärztlicher Dienst (§61 LHO)
- - 430 TEUR Umschichtung von Mitteln vom Betriebs- in den Investitionshaushalt (siehe oben).
- - 500 TEUR Absenkung durch Haushaltkonsolidierung.

A. Ergebnisrechnung

Erträge

01. Erträge aus Geschäftstätigkeit

Der Ansatz 2009/2010 in Höhe von 3.414 TEUR wurde fortgeschrieben.

Im Detail wurden Anpassungen an die Ergebnisse – auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen nach Umstellung auf die Kaufmännische Buchführung – vorgenommen.

02. Erträge aus Transferleistungen

Die Entgelte für Leistungserbringung in Höhe von 16.553 TEUR reduzieren sich um 428 TEUR gegenüber dem Ansatz 2010 (siehe hierzu im Detail die oben stehenden Erläuterungen).

04. Sonstige Erträge

Der Ansatz 2009/2010 wurde fortgeschrieben. Das Ergebnis 2009 enthält periodenfremde sowie einmalige Erträge, die nicht zu einer Erhöhung der Ansätze in der Zukunft führen.

05. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit

Der Ansatz zu dieser Position wird um 381 TEUR gesenkt. 300 TEUR werden für die Beschaffung von Kleingeräten aus dem Betriebshaushalt (Instandhaltung Maschinen und Geräten) in den Investitionshaushalt verlagert, da die Investitions-

grenze für das HU als kaufmännisch buchende Einrichtung bereits bei 150 EUR netto liegt. Mit dieser Umwidmung kommt das HU auch einer Forderung der Vorprüfstelle der Finanzbehörde nach. Außerdem wurden 130 TEUR aus der Position „Instandhaltung Gebäude“ in den Investitionshaushalt verlagert, da in dieser Größenordnung Gebäudeinvestitionen anfallen. Darüber hinaus sind Anpassungen an das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 erfolgt, u.a. die Umschichtung von 50 TEUR aus der Position „Instandhaltung Gebäude“ in die Position „Material für Reparatur und Instandhaltung Gebäude“ und die Umschichtung von 50 TEUR aus der Position „Instandhaltung Maschinen und Geräte“ in die Position „Material für Reparatur und Instandhaltung“.

06. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen 2011/2012 erhöhen sich um 681 TEUR auf 16.510 TEUR. Die Erhöhung gegenüber dem Ansatz 2010 resultiert im Wesentlichen aus der Neuberechnung der Pensionsrückstellungen von ursprünglich 616 TEUR auf nunmehr 1.556 TEUR.

Im Einzelnen wurden bei den Personalaufwendungen folgende Änderungen berücksichtigt:

- Tarifsteigerung 2010 in Höhe von 552 TEUR
- Absenkung der jährlichen Sonderzahlung an Beamte in Höhe von 51 TEUR
- Absenkung um 500 TEUR im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- Die als Zuführungen zu
 - o Pensionsrückstellungen 1.556 TEUR (Veranschlagung 2009/2010: 616 TEUR)
 - o Beihilferückstellungen 92 TEUR (Veranschlagung 2009/2010: 63 TEUR) und
 - o Altersteilzeitrückstellungen 125 TEUR (Veranschlagung 2009/2010: 414 TEUR)veranschlagten Beträge werden innerhalb des Wirtschaftsplans unter der Position „Außerordentliche Erträge“ als Gewährleistungszusage der FHH mit der Summe in Höhe von 1.773 TEUR neutralisiert.

Tarifsteigerungen ab 2011 sind nicht veranschlagt.

08. Abschreibungen

Für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 wurden in den Planungsjahren keine Abschreibungen veranschlagt. In 2009 betrug das Abschreibungsergebnis 1.957 TEUR. Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 werden erstmals nach der Abschreibungs vorschau 1.343 TEUR bzw. 1.126 TEUR angesetzt.

09. Sonstige Aufwendungen

Die Ansätze der Sonstigen Aufwendungen erhöhen sich von 1.296 TEUR um 467 TEUR auf 1.763 TEUR (in 2012 auf 1.768 TEUR). Die notwendigen Ansatzveränderungen ergeben sich aus Anpassungen an das Ergebnis sowie aus der Erhöhung des IT-Aufwandes durch Übertragung der Leitungskosten von der BGV mit 153 TEUR sowie einem Mehrbedarf für Leitungskosten im Zusammenhang mit der Schaffung einer redundanten Netzanbindung mit 25 TEUR, 213 TEUR zusätzlicher Aufwand durch das neue Preismodell von Dataport, 50 TEUR Mehrbedarf für die Kosten des SAP-Servers, 50 TEUR Mehrbedarf für die Kosten des SAP-Supports, 15 TEUR (2012: 20 TEUR) für SAP-Erweiterungen und 10 TEUR SAP-Lizenzkosten.

Teilweise ist im Ergebnis 2009 periodenfremder Aufwand enthalten, so dass die Anpassung nicht in Höhe des Ergebnisses erfolgt.

10. / 17. Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit / Ordentliches Ergebnis

Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit weist den Saldo der Erträge und Aufwendungen eines Geschäftsjahres aus. Bei dem Ordentlichen Ergebnis wird außerdem das Finanzergebnis mit einbezogen. Für 2011 ist das veranschlagte Ergebnis -5.443 TEUR. Demgegenüber stehen noch die Summen der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (Positionen 18 und 19 der Ergebnisrechnung), 1.773 TEUR (Neutralisierung der Rückstellungen), und der Zuschuss (Verlustausgleich, Pos. 22) der FHH in Höhe von 2.327 TEUR (2.332 TEUR in 2012; 1.519 TEUR für Versorgungs- und Nebenleistungen und 802 TEUR (2012: 807 TEUR) für IT-Betriebsmittel und 6 TEUR ZAF-Festbetrag). Das ergibt als Ergebnis für 2011 einen Jahresfehlbetrag (Pos. 23) von 1.343 TEUR. Dieser Betrag entspricht dem in der Ergebnisrechnung veranschlagten Betrag für Abschreibungen.

Die Veranschlagung für 2012 unterscheidet sich diesbezüglich durch die Höhe der zu Grunde gelegten Abschreibungen und der Höhe des IT-Aufwands.

Kameral betrachtet (ohne Abschreibungen) wären die Jahresfehlbeträge jeweils gleich 0.

B. Kapitalflussrechnung

Kapitalfluss I

Der Kapitalfluss I (Positionen 1. – 8. in der Kapitalflussrechnung) ergibt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis. Das unter Position 1. aufgeführte „Ordentliche Ergebnis“ enthält die gebildeten Rückstellungen (Zuführung zu den Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen), die unter Position 7. „Außerordentliches Ergebnis“ neutralisiert werden – 2011 und 2012 jeweils in Höhe von 1.773 TEUR. Gegenüber dem Jahr 2010 steigert sich der Kapitalfluss I in 2011 um 515 TEUR auf -2.327 TEUR, 2012 um 520 TEUR auf -2.332 TEUR.

Kapitalfluss II

Der Kapitalfluss II (Positionen 9. und 10.) ergibt sich durch die Einbeziehung der Investitionstätigkeit. In den Jahren 2011 und 2012 erhöht sich die Investitionssumme um 775 TEUR gegenüber dem Ansatz 2010 auf insgesamt 2.037 TEUR. Im

Anlage 2**Wirtschaftsplan
Institut für Hygiene und Umwelt**

Saldo erhöht sich damit der Kapitalfluss II für 2011 gegenüber 2010 um 1.290 TEUR auf 4.364 TEUR, in 2012 um 1.295 TEUR auf 4.369 TEUR.

Kapitalfluss III

Der Kapitalfluss III ergibt sich durch Einbeziehung der Finanzierung (Positionen 11. bis 14.) in Höhe von insgesamt +4.364 TEUR in 2011. Die Planwerte der Finanzierung 2010, 2011 und 2012 decken den Kapitalfluss II und führen zu einem Ausgleich in den jeweiligen Geschäftsjahren.

Endbestand Liquidität

Der per 31.12.2009 ermittelte Endbestand der Liquidität in Höhe von 2.856 TEUR ist durch die Positionen 16.2 bis 16.6 gebunden, so dass 1.749 TEUR als liquide Betriebsmittel zur Verfügung stehen. Davon sind Beträge von mehr als 1 Mio. Euro durch kurz- bis mittelfristig im HU zu realisierende Bau- und Umzugsprojekte reserviert (mehr dazu im Lagebericht).

1. Allgemeines

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) ist Teil der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) und seit 1997 eine nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 der Landeshaushaltsoordnung. Das HU besteht organisatorisch neben der Verwaltung aus drei großen Fachbereichen. Der Bereich Lebensmittelsicherheit und Zoonosen wie auch der Bereich Gesundheitsschutz und Infektionsmedizin unterliegen der Fachaufsicht der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Für den Bereich Umweltuntersuchungen wird die Fachaufsicht von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wahrgenommen.

Zum Stichtag 31.12.2009 waren im HU 306 Personen aktiv beschäftigt, davon 103 (33,7 Prozent) als Teilzeitbeschäftigte. Rechnet man zu dieser Zahl 15 Auszubildende/Praktikanten und 32 im HU eingesetzte LBK-Rückkehrer sowie f & w-Kräfte hinzu, ergibt sich ein Personalbestand von 353.

Ein wesentlicher Teil der Aufgaben des HU basiert auf Gesetzen und Verordnungen und wird im amtlichen Auftrag erfüllt. In einer Größenordnung von rund 10 Prozent der Kapazitäten werden in strikter Abgrenzung zu amtlichen Aufgaben auch die Kundenwünsche privater Auftraggeber abgedeckt.

Im Vordergrund der Institutsaufgaben stehen bakteriologische, serologische, immunologische, veterinärmedizinische sowie lebensmittelchemische und umweltanalytische Laboruntersuchungen. Neben der wichtigen amtlichen Lebensmittelanalytik werden krankenhaushygienische Leistungen erbracht sowie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Außerdem ist das Zentrum für Impfmedizin und Infektionsepidemiologie Bestandteil des HU. In dieser räumlich vom Hauptaus getrennten Traditionseinrichtung wird eine breite Palette von Schutzimpfungen angeboten. Darüber hinaus werden dort gemäß Infektionsschutzgesetz die infektionsepidemiologischen Daten aus den Bezirken zentral gesammelt, gebündelt, ausgewertet und an das Robert-Koch-Institut weitergeleitet. Im Bereich Umweltuntersuchungen stehen Wasseruntersuchungen, die Analyse von Bodenbelastungen und festen Abfallstoffen sowie Gentechnik, Radioaktivitätsmessungen und Luftuntersuchungen (einschließlich Luftmessnetz und Gewässergütemessnetz) im Zentrum des Geschehens.

2. Zum Wirtschaftsplan 2011/2012

2.1 Betriebshaushalt

Das HU hat zunächst die Ansätze für Aufwendungen im Betriebshaushalt der Planjahre 2009/2010 auf die Haushaltsjahre 2011 und 2012 überrollt. Im weiteren Verfahren der Wirtschaftsplan-Aufstellung wurde im Zuge der Haushaltskonsolidierung der Betriebshaushalt des HU pauschal um 500 TEUR reduziert. Außerdem erfolgt eine Absenkung von 51 TEUR aufgrund der Kürzung der Sonderzahlung für Beamte.

Ein dennoch leicht erhöhter Mittelbedarf in den kommenden beiden Haushaltsjahren ist in den vorgenannten Erläuterungen begründet.

Aus kaufmännischer Sicht (das HU hat die Kameralistik ab dem Jahr 2008 durch die Doppik abgelöst) sind die Gesamtaufwendungen im Betriebshaushalt des HU gemäß Wirtschaftsplan-Entwurf 2011 mit einer Summe von

- 25,646 Mio. Euro veranschlagt (einschließlich Abschreibungen). Im Entwurf für 2012 beträgt die Summe insbesondere wegen des gegenüber 2011 veränderten Abschreibungsbetrages 25,434 Mio. Euro. Diese Aufwendungen werden durch folgende Ertragserwartungen (2011) gedeckt:
- 16,553 Mio. Euro Erstattungen durch die BGV und die BSU für die Erbringung amtlicher Leistungen des HU auf der Grundlage von Leistungvereinbarungen (siehe dazu auch § 61 Landeshaushaltsoordnung entsprechender VV)
- 3,414 Mio. Euro Einnahmen infolge von Untersuchungsaktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich bzw. durch Gebühreneinnahmen
- 0,236 Mio. Euro sonstige Erträge
- 1,773 Mio. Euro außerordentliche Erträge zur Neutralisierung der Rückstellungen
- 2,327 Mio. Euro Zuschüsse aus zentral gesteuerten Titeln (IuK-Betriebsmittel, Versorgungs- und Nebenleistungen, Zentrum für Aus- und Fortbildung) 2012: 2.332 TEUR
- 1.343 Mio. Euro ist demnach die Summe, die als Jahresfehlbetrag für 2011 ausgewiesen ist.

Dieser Fehlbetrag von 1,343 Mio. Euro bzw. 1,126 Mio. Euro in 2012 resultiert exakt aus den entsprechend ausgewiesenen Abschreibungssummen.

2.2 Investitionschaushalt

Die Investitionsmittel werden in 2011/2012 gegenüber dem Ansatz in 2010 von 1,262 Mio. Euro um 0,775 Mio. Euro auf 2,037 Mio. Euro erhöht. Dabei handelt es sich

- um eine haushaltrechtlich erforderliche, neutrale Umschichtung von 0,43 Mio. Euro vom Betriebs- in den Investitionschaushalt und
- eine „echte“ Aufstockung des Investitionsvolumens um 0,345 Mio. Euro durch die BGV als Konsequenz aus einer betriebswirtschaftlichen Analyse. Eine Hamburger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hatte in 2009 eine signifikante Überalterung des HU-Anlagevermögens festgestellt (Abschreibungsgrad von 78,3 Prozent per 31.12.2009) und er-

rechnet, dass eine jährliche Aufstockung des Investitionsvolumens um 0,690 Mio. Euro die Handlungsfähigkeit des HU in mittelfristiger Perspektive auf dem heutigen Niveau erhalten könne.

3. Rückblick auf die Entwicklung in den Jahren 2008 und 2009

3.1 Jahresabschlüsse

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) konnte die finanzielle Entwicklung in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 insgesamt zufriedenstellend gestalten.

Das Finanzergebnis 2008 betrug ein Minus von 260 TEUR. Dieser Betrag setzt sich aus dem positiven Saldo von 40 TEUR des Betriebshaushaltes und dem negativen Investitionsergebnis von -300 TEUR zusammen. Zur Deckung des real entstandenen Defizits im Finanzergebnis wurden 260 TEUR aus der frei verfügbaren Betriebsmittel-Rücklage entnommen.

Der vorläufige Jahresabschluss per 31.12.2009 ergibt bei kameraler Betrachtung ein Plus in Höhe von 104 TEUR (siehe B. Kapitalflussrechnung, Pos. 15 und 16). Aus doppischer Sicht (GuV) ergibt sich ein Minus von rund 89 TEUR. Hierbei sind Abschreibungen in Höhe von rund 1.957 Mio. Euro berücksichtigt. Diesen Abschreibungen stehen Investitionszuschüsse in Höhe von 2.016 Mio. Euro gegenüber. Davon entfallen im Rahmen einer ersten Tranche Mittel in Höhe von rund 225 TEUR Euro aus dem Konjunkturförderprogramm und Zuschüsse der BSU in Höhe von rund 330 TEUR für die Umsetzung energiesparender Maßnahmen.

3.2 Liquidität per 31.12.2009

Der Liquiditätsbestand per 31.12.2009 betrug insgesamt 2,856 Mio. Euro - das bedeutet ein Plus gegenüber dem Bestand am Anfang des Jahres von 104 TEUR. Die Betriebsmittelrücklage steht mit 1,749 Mio. Euro zu Buche, wobei von diesem Betrag mehr als die Hälfte für konkret umzusetzende Bau- und Ressourcenschutz-Projekte innerhalb des HU gebunden ist (siehe auch unten unter 5.3).

4. Leistungszahlen

Das Institut für Hygiene und Umwelt hat in allen drei Fachbereichen Leistungsvereinbarungen mit den Fachaufsichten abgeschlossen. Diese Kontrakte haben sich bewährt, weil sie die Kommunikation zwischen der Untersuchungseinrichtung und der Ministerialverwaltung verbessert haben und das gegenseitige Verständnis füreinander gewachsen ist. Die Leistungsvereinbarungen enthalten klare quantitative Ziel- und Leistungsvorgaben, auf deren Grundlage und bei deren Erfüllung von den behördlichen Auftraggebern die Entgelte zugewiesen werden.

4.1 Lebensmitteluntersuchungen

Im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen und der Veterinärmedizinischen Diagnostik wurden in 2009 insgesamt 20.258 Proben untersucht. Im Jahr zuvor betrug die Zahl der untersuchten Proben insbesondere wegen höherer Probenaufkommen in der Veterinärmedizinischen Diagnostik und bei der Lebensmittel- Importkontrolle 25.285. Die Zahl der einzelnen Untersuchungen pro Probe ist wesentlich höher, womit der Trend bestätigt wird, dass die Zahl der Proben eher abnimmt, dafür aber die Zahl der zu untersuchenden Parameter pro Probe zunimmt. In beiden Jahren wurden mit diesen Ergebnissen die vereinbarten Leistungsdaten voll erreicht.

4.2 Medizinaluntersuchungen

Beim Produkt Gesundheitsschutz wurden im Jahr 2009 insgesamt 127.453 Laboruntersuchungen, Begutachtungen, Schutzimpfungen und Fachberatungen durchgeführt. Im Jahr 2008 betrug die entsprechende Zahl noch 135.183. Eine signifikante Steigerung der Probenzahlen hatte insbesondere der virologische Laborbereich im Zuge der H1N1-Problematik zu verzeichnen.

Auch in diesem Fachbereich wurden somit die Leistungsvorgaben erfüllt.

4.3 Umweltuntersuchungen

Im Bereich Umweltuntersuchungen wurden im Jahr 2009 insgesamt 13.023 Proben untersucht. Im Jahr zuvor betrug die Bilanz 12.657 Proben. Auch hier gilt, dass die Untersuchungszahlen wegen der unterschiedlich zu betrachtenden Parameter die Zahl der Proben um ein Vielfaches übersteigen.

5. Projekte

5.1 Kosten- und Leistungsrechnung

Nach umfangreichen Vorarbeiten und mit tatkräftiger Unterstützung insbesondere von Dataport ist es nun gelungen, neben der Einführung der Kaufmännischen Buchführung auch die Kosten- und Leistungsrechnung im HU zu etablieren. Mitte des Jahres 2010 sind die entsprechenden Strukturen aufgebaut und die Daten eingepflegt, so dass sowohl Kostenstellen- als auch Kostenträgerrechnung praktiziert werden können. Ziel ist unter anderem, mit der zusätzlich gewonnenen Transparenz die Gebührenthematik systematisch zu überarbeiten und die Gestaltung der Leistungsvereinbarungen zu optimieren.

5.2 Begonnene EDV-Projekte

Nach vielen Jahren der Nutzung verschiedener Software-Pakete in den unterschiedlichen Bereichen des HU steht nun die Erneuerung bzw. der Austausch von drei Komponenten an:

Die Erneuerung der Software für das Wassergütemessnetz mit seinen 10 Messstationen an Elbe, Bille, Alster, Wandse, Tarpenbek und Ammersbek wird mit einem Betrag von 550 TEUR realisiert. Für den Austausch der veralteten Software des 17 Stationen umfassenden Luftmessnetzes werden 750 TEUR Euro benötigt und für die Erneuerung der 17 Jahre alten Software zur Erfassung der komplexen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungen sind 316 TEUR veranschlagt. Alle Projekte sollen bis spätestens Ende 2011 abgeschlossen sein.

5.3 Umbauvorhaben und Investitionen in den Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz

Das Institut für Hygiene und Umwelt beginnt im Jahr 2010 mit einigen hausinternen Umbauten, um die fachlichen und organisatorischen Gegebenheiten in den Arbeitsbereichen Spülküchen, Nährbodenlabor, Ver- und Entsorgung zu optimieren und die Lernbedingungen für Externe in den Kurs- und Hörsaalbereichen zu verbessern. Die Kosten dafür sind mit rund 580 TEUR kalkuliert und sollen der Betriebsmittel-Rücklage entnommen werden.

Im Zuge diverser Energiespar- und Klimaschutzprojekte ist vorgesehen, die Heizungs- und Lüftungstechnik im Haus 6 des HU (Umweltuntersuchungen) zu optimieren. In einem Gutachten wurden in diesem Zusammenhang Energiekosteneinsparungen von rund 140 TEUR pro Jahr errechnet. Die Gesamtmaßnahme kostet rund 2,0 Mio. Euro und wird mit einem Betrag in Höhe von knapp 1,1 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II und einem Zuschuss der BSU in Höhe von 250 TEUR gedeckt. Die Restsumme von 650 TEUR steuert das HU zu einem großen Teil aus der Rücklage bei.

6. Zielbild

Das Institut für Hygiene und Umwelt hat als Hamburger Landeslabor nach wie vor die Aufgabe und das Ziel, auf den Feldern des Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutzes unabhängig von äußeren Einflüssen mit wissenschaftlicher Kompetenz und hoher Dienstleistungsorientierung untersuchend und beratend für die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs sowie die Politik tätig zu sein.

Trotz knapper Ressourcen soll den wachsenden, immer komplexer werdenden Aufgaben und Herausforderungen begegnet werden – sei es durch die Nutzung eigener Kompetenzen, oder sei es durch die enge Zusammenarbeit mit Partnern, wie im Fall der Norddeutschen Kooperation auf dem Gebiet der amtlichen Lebensmitteluntersuchung.

6.1 Untersuchungsschwerpunkte der nächsten Jahre

6.1.1 Lebensmittelsicherheit

Das HU erhielt über Jahre hinweg eine steigende Menge von Lebensmittel-Einfuhrproben aus dem Hamburger Hafen. Auch wenn diese Entwicklung aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen kurzzeitig gestoppt zu sein scheint, ist die Verantwortung Hamburgs für den deutschen und europäischen Verbraucherschutz ungebrochen.

Das HU erkennt gerade im Bereich der Lebensmittelsicherheit zunehmende Aufgabenfelder. Ab dem Jahr 2010 ist daher mit einer Ausweitung der Aufgaben in diesem Sektor mit einer Kostengröße von rund 1,2 Mio. Euro zu rechnen. So wird in Zukunft verstärkt der Fokus auf Pestiziduntersuchungen gerichtet. Außerdem werden ab dem Jahr 2010 die amtlichen Futtermitteluntersuchungen zusätzlich etabliert. Importweine – insbesondere aus Südafrika und Argentinien sind verstärkt der Laborkontrolle zu unterziehen und nicht zuletzt sind Aquakulturen aus Indonesien vermehrt auf Tierarzneimittelrückstände zu untersuchen. Die Arbeitsschwerpunkte sind im Wesentlichen durch die Lebensmitteleinfuhrverordnung vorgegeben. Dabei ist erkennbar, dass neben der Untersuchung von Waren tierischer Herkunft nun auch die pflanzlichen Produkte und die Bedarfsgegenstände verstärkt in den Fokus von Überwachung und Untersuchung rücken.

6.1.2 Hygiene und Infektionsmedizin

Globalisierung und Klimaveränderung sind zwei wichtige Faktoren, die für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zunehmend neue Herausforderungen mit sich bringen. Die Schrecken der Vergangenheit, die mit den Begriffen Vogelgrippe, SARS, Schweinegrippe oder Noroviren einhergingen, scheinen gebannt zu sein. Die Entwicklung zeigt aber, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst und damit auch das HU gewappnet sein müssen, um den Schutz der Bevölkerung vor Seuchen und die Prävention bei importierten Infektionskrankheiten weitgehend gewährleisten zu können. Insgesamt bedarf es der Verbesserung der Immunität gegen heimische impfpräventable Infektionskrankheiten in der Bevölkerung und der Mitwirkung an den weltweiten impfstrategischen Zielsetzungen hinsichtlich der Elimination bzw. Eradikation von Krankheitserregern. Es bedarf der Gewinnung von validen Daten zu den Ursachen infektiöser Erkrankungen und den Infektketten zur besseren Überwachung, Surveillance von Infektionskrankheiten, Früherkennung von Trends und Entwicklungen, Lagebeurteilung, Bewertung von Risiken und Bereitstellung von Daten für Entscheidungen und Vorgehensweisen auf dem Gebiet des Infektionsschutzes. Und es bedarf der systematischen Beobachtung von Risiken, die von sich hier verbreitenden tropischen Mücken als Träger humanpathogener Viren oder heimischen Gesundheitsschädlingen wie Ratten oder Zecken ausgehen.

6.1.3 Umweltuntersuchungen

Im Bereich Umweltuntersuchungen tritt die tatkräftige Unterstützung bei der Umsetzung von EU-Richtlinien zunehmend in den Vordergrund.

Anlage 2**Wirtschaftsplan
Institut für Hygiene und Umwelt**

Die EU-Luftqualitätsrichtlinie und ihre Tochterrichtlinien legen für eine Reihe von Parametern Höchstwerte, Messumfänge und Berichtspflichten fest. Hier ist auf verschiedenen Ebenen noch einiges zu tun.

Gleiches gilt im Hinblick auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die bis zum Jahr 2015 die Erreichung eines guten ökologischen und guten chemischen Zustands bzw. Potentials der Gewässer einschließlich des Grundwassers fordert. Dabei verlangt die WRRL die Betrachtung von Flussgebietseinheiten, was eine Länder- undstaatenübergreifende Umsetzung zwingend erforderlich macht. Durch die WRRL werden neue Qualitätsnormen gesetzt, an deren Einhaltung das Erreichen des guten Zustands der Gewässer gemessen wird. Das HU will die von der WRRL geforderten biologischen und chemischen Qualitätskomponenten (z.T. neue Verfahren und gestiegene Anforderungen wegen schärferer Qualitätsnormen) möglichst umfassend abdecken.

Daneben stellt das HU weiterhin umfangreiche Daten bereit, um auch damit zur Verbesserung der Umwelt in Hamburg beizutragen.

I. Stellenbestand

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamten/ Beamten 10,50 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	Anzahl	2011/12		2010	Vermerke
		davon	Vermerk Nr.		
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	8,00			0,00	
A 14	19,00			0,00	
A 13	6,00	1,00	6)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
A 13	1,00			0,00	
A 12	2,00			0,00	
A 11	3,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	47,00			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (2,00)
A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberveterinärätin/ Oberveterinärrat (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (15,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Veterinärätin/ Veterinärrat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	2011/12		2010	Vermerke
		davon	Vermerk Nr.		
Leerstellen (kw) *					
A 11	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	Nr. 7
A 11	1,00			0,00		
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
B 3					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 15					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 15					7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 12					2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 11					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 11					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 11					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 10					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 9					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
A 8					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
<i>Summe Beamten/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	47,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 13	6) kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/12		Vermerk Nr.	2010	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00	1,00	14)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
E 15	8,50	1,00	3)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg
E 14	15,27	1,00	12)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13 ü	1,00			0,00	
E 13	12,50	1,00	7)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße
E 12	4,25	1,00	11)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 11	18,00	1,00	9)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße
E 10	4,00			0,00	
E 9	56,78	3,00	2)	0,00	ku: 3,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,50 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße
		1,50	8)		
		2,00	10)		kw: 2,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 9	1,00			0,00	
E 8	65,19	0,50	1)	0,00	ku: 0,50 EntgGr. E 8 nach BesGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	5)		kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg
E 6	40,20	1,00	4)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg
E 5	18,27			0,00	
E 4	4,00			0,00	
E 3	21,83			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 15					8,50				8,50	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 14					15,27				15,27	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 13 ü					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 13					11,50				11,50	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 13		1,00							1,00	Neue Stelle durch Einsparung an anderer Stelle im gleichen Kapitel
E 12					4,25				4,25	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 11					18,00				18,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 10					4,00				4,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 9					57,00				57,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 8					60,87				60,87	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 8		3,50							3,50	Neue Stelle durch Einsparung an anderer Stelle im gleichen Kapitel
E 8			-1,06						-1,06	Einsparung für neue Stelle im gleichen Kapitel
E 6					42,00				42,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 6					1,00				1,00	Umorganisation
E 5					20,02				20,02	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 5			-1,75						-1,75	Einsparung für neue Stelle im gleichen Kapitel
E 4					4,00				4,00	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633
E 3					24,06				24,06	Verlagerung von Kapitel 4820; Umorganisation Drs 19 1633

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 15	3) kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg	
E 13	7) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße	
E 11	9) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße	
E 12	11) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 14	12) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 15 ü	14) ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des StelleninhaberIn/Stelleninhabers	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	4,50			0,00	
E 2	11,76			0,00	
Summe:	288,05			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	7,00			0,00	
Nachwuchs hD	12,00			0,00	
Summe:	19,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	335,05			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag		4,50	-2,81	273,47					275,16		
E 3			-2,23							-2,23	
E 2 ü				4,50						4,50	
E 2				11,14						11,14	
<i>Summe Arbeitnehmer</i>				0,00	4,50	-5,04	289,11	0,00	0,00	0,00	288,57
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>											
				0,00	0,62	-1,14	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,52
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>											
				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>				0,00	5,12	-6,18	289,11	0,00	0,00	0,00	288,05
Nachwuchs mD					7,00					7,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
Nachwuchs hD					12,00					12,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>				0,00	0,00	0,00	19,00	0,00	0,00	0,00	19,00
<i>Summe (ohne *) insgesamt</i>				0,00	5,12	-6,18	336,11	0,00	0,00	0,00	335,05

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte <u>Planstellen</u>					
B 3	0,00	1,00	1)	1,00	Vermerk weggefallen
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00			19,00	
A 13	0,00	1,00	2)	6,00	Vermerk weggefallen
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			1,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			1,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 14					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 12								1,00		Neubewertung zum Stellenplan 2009/2010 zur zentrale Dienstpostenbewertungskommission
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 11								-1,00		Neubewertung zum Stellenplan 2009/2010 zur zentrale Dienstpostenbewertungskommission
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
B 3	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach BesGr. A 16 Ltd.MD nach Freiwerden der Stelle
A 13	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuregelung Besoldungsrecht (Drs 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			0,00	
Summe:				46,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (0,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (0,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (0,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberveterinärrätin/ Oberveterinärrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (0,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Medizinalräatin/ Medizinalrat (0,00), Veterinärrätin/ Veterinärrat (0,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
A 12 Amtsräatin/ Amtsrat (0,00)
A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (0,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag					-45,00				-45,00		
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633	
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4810; Stellentausch mit SN 16004401 aus Kapitel 4820	
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633	
Summe Beamtinnen/ Beamte				0,00	0,00	0,00	1,00	-47,00	0,00	0,00	-46,00

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	0,00	1,00	3)	8,50	Vermerk weggefallen
E 14	0,00	1,00	4)	14,50	Vermerk weggefallen
E 13 ü	0,00			1,00	
E 13	0,00	1,00	5)	12,00	Vermerk weggefallen
E 12	0,00	1,00	6)	4,25	Vermerk weggefallen
E 11	0,00	1,00	7)	17,00	Vermerk weggefallen
E 10	0,00			3,00	
E 9	0,00	1,00	8)	56,00	ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle
		1,50	9)		Vermerk weggefallen
		2,00	10)		Vermerk weggefallen
		1,00	11)		ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	12)		ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle
E 9	0,00			0,00	
E 8	0,00	1,00	13)	63,87	ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	14)		Vermerk weggefallen
E 6	0,00	1,00	15)	42,00	Vermerk weggefallen
E 5	0,00			20,52	
E 4	0,00			4,00	
E 3	0,00			28,26	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 15					-8,50				-8,50	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 14					-15,27				-15,27	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 13 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 13					-11,50				-11,50	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 12					-4,25				-4,25	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 11		1,00			-18,00				1,00	Veränderte Aufgabenstruktur
E 11					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 10					-4,00		1,00		1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 10					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 9					-57,00				-57,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellentausch mit SN 16003772 aus Kapitel 4810
E 8					-60,87				-60,87	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 6		-1,00			-42,00				-42,00	Finanzierung SN 16004844
E 6					-42,00				-42,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 6					-1,00				-1,00	Umorganisation
E 5					-20,02				-20,02	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 4					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
E 3					-24,06				-24,06	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
E 15	3) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg
E 14	4) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13	5) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße
E 12	6) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 11	7) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggelburger Straße

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	0,00			4,50	
E 2	0,00			12,50	
Summe:	0,00			292,90	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			6,00	
Nachwuchs hD	0,00			12,00	
Summe:	0,00			18,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			338,90	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag		1,00	-1,00		-274,47		1,00		-273,47		
E 2 ü					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633	
E 2					-11,14				-11,14	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633	
Summe Arbeitnehmer		0,00	1,00	-1,00	0,00	-290,11	0,00	1,00	0,00	-289,11	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen		0,00	0,62	-3,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,79	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00		
Summe Arbeitnehmer insgesamt		0,00	1,62	-4,41	0,00	-290,11	0,00	0,00	0,00	-292,90	
Nachwuchs mD			1,00							1,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
Nachwuchs mD						-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
Nachwuchs hD						-12,00				-12,00	Verlagerung an Kapitel 4940; Umorganisation Drs 19 1633
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*		0,00	1,00	0,00	0,00	-19,00	0,00	0,00	0,00	-18,00	
Summe (ohne *) insgesamt		0,00	1,62	-4,41	1,00	-337,11	0,00	0,00	0,00	-338,90	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2008	2009	2010	2011	2012
Tsd. EUR					

Zuschuss an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V.

Einnahmen

1. Eigene Einnahmen	1.134	1.142	976	1.090	1.123
2. Zuwendungen Hamburg					
Institutionelle Förderung, Ernährungs- und Patientenberatung, wirtschaftlicher Verbraucherschutz (5300.685.08)	743	865	850	849	849
Insolvenzberatung (BASFI 4610.681.05)	592	679	600	559	559
Umweltberatung (BSU 6000.684.01)	71	71	71	75	77
Klimalotsen (BSU 252.03)	44	214		217	222
Energiesparberatung vor Ort (BSU252.03)				110	112
3. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für Ernährungsberatung	112	114	117	124	126
4. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für wirtschaftlichen Verbraucherschutz	97	97	98	98	100
5. Sonstige Zuweisungen					
BMELV/Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)	167	265	100	341	348
Summe der Einnahmen	2.960	3.447	2.812	3.463	3.516

Ausgaben

1. Personalausgaben	1.693	2.022	1.900	2.265	2.294
Honorare und Personalnebenkosten	513	434		441	450
2. Sachausgaben	759	881	720	757	772
3. Investitionen	60	62	0		
Summe der Ausgaben	3.025	3.399	3.456	3.463	3.516
Ergebnis	-65	48	0	0	0

Anlage 3

Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2008	2009	2010	2011	2012
Tsd. EUR					

Zuwendung an die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH

Einnahmen

1. Eigene Einnahmen	-	0	0	0	0
2. Zuwendungen Hamburg (5100.547.03)		75	150	250	250
3. Handelskammer Hamburg	-	60	100	250	250
4. Zuwendungen des Bundesministeriums für Forschung und Bildung	-	-	50	0	0
Summe der Einnahmen		135	300	500	500

Ausgaben

1. Personalausgaben	-	35	189	300	300
2. Sachausgaben	-	70	110	195	195
3. Investitionen	-	30	1	5	5
Summe der Ausgaben	-	135	300	500	500
Ergebnis		0	0	0	0

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01, 10, 25, 45, 50, 56, 60 und 61 veranschlagten Mittel

Hinweis zu den Deckungskreisen: Die nachfolgend aufgelisteten Deckungskreise im Einzelplan 5 wurden erst mit der Umstellung der Haushaltsveranschlagung der BGV als eigenständige Behörde mit dem Haushaltsplan 2012 neu eingerichtet. Die Angaben für die Haushaltss Jahre 2008 bis 2011 werden somit nur nachrichtlich mit aufgeführt.

Deckungskreis 01 / „Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)“

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008			2009			2010			2011			2012			
		Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Ansatz	Tsd. Euro	VE	Ansatz	Tsd. Euro	VE	Ansatz	Tsd. Euro	VE	
5100.893.63	Fördermittel nach § 22 HmbKhG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	30.140	370	31.270	100	31.000	0	31.250	0	31.250	0	31.250	0	31.250	0	31.250	
5100.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKhG	83.343	1.061	80.007	1.068	77.810	180.000	85.903	150.000	84.878	150.000						
Summe	Deckungskreis 01	113.483	1.431	111.277	1.168	108.810	180.000	117.153	150.000	116.128	150.000						

→ Die Deckungsfähigkeit dient der Flexibilität im Haushaltsvollzug, um situationsangemessen auf nicht vorhersehbare Prioritätenänderungen reagieren zu können.

Anlage 4

Deckungskreis 10 / Zuwendungen Hilfen zur Pflege, Seniorenenarbeit, rechtliche Betreuung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz
5200.684.01	Zuschüsse Beratung- u. Betreuung pflegebedürftiger Menschen	193	9	192	15	198		157		157	
5200.684.02	Förd. Niedrigschwelliger Betreuungssangebote	491	251	505	252	254		500		500	
5200.684.03	Zuschüsse z. Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen	0	511	82	485	57		37		37	
5200.684.04	Zuschüsse z. Förderung hospizlicher Versorgungsangebote	322	40	263	90	313		273		273	
5200.684.05	Zuschüsse an Altenpflegeschulen	177	84	182	90	0		0		0	
5200.684.06	Zuschüsse an Betreuungssvereine für Querschnittsaufgaben	920	12	919	14	930		960		960	
Summe	Deckungskreis 10	2.103	907	2.143	946	1.752	0	1.927	0	1.927	0

Deckungskreis 25 / Hochbauinvestitionen, Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. EUR	Rest	Tsd. EUR	Rest	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz
5200.891.01	Investitionsförderung Tagespflege und Kurzzeitpflege	930	201								
5200.891.05	Zuschüsse p&w Pflege- u. Behindertengebiet	-12	12	0	413						
Summe	Deckungskreis 25	918	213	0	413	0	0	0	0	0	0

Anlage 4

Deckungskreis 45 / Gesetzliche Leistungen Hilfen zur Pflege, Seniorenanarbeit, rechtliche Betreuung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. EUR	Rest	Ergebnis	Rest	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz
5200.671.23	Hilfen zur Pflege in stat. Pflegeeinrichtungen	49.681		50.349		50.300		87.305		89.273	
5200.671.25	Hilfen zur Pflege gem. § 61 SGB XII/Kurzzeitpflegeeinrichtungen	882		1.222		1.500		1.548		1.572	
5200.671.26	Hilfen zur Pflege gem. § 61 SGB XII/Tagespflegeeinrichtungen	1.248		1.318		1.297		1.849		1.876	
5200.671.57	Einzelförderung n. § 6 Hmb. Landespflegegesetz	33.959		35.627		36.100		500		500	
5200.671.58	Förderung der Kurzzeitpflege	0		980		1.283		369		375	
5200.681.01	Hilfen für ältere Menschen	1.194		1.354		1.450		561		574	
5200.681.21	Hilfen zur Pflege -ambulante Pflegehilfe - § 61(2) SGB XII	129		219		270		235		238	
5200.681.22	Hilfen zur Pflege -ambulante Pflegehilfe - § 65 SGB XII	64.633		66.499		67.368		67.283		66.665	
5200.681.48	Hilfen zur Weiterführung des Haushalts - ambulante Pflegehilfe - § 70	8.860		8.889		8.650		8.844		8.985	
Summe	Deckungskreis 45	160.586		166.457		168.218		168.494		170.058	

Deckungskreis 50 / Sach- und Fachausgaben Hilfen zur Pflege, Seniorenenarbeit, rechtliche Betreuung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz
5200.534.01	Verfahr.geb.Schiedsstellerverf. §76 SGB XI	1	6	0	2	2		2		2	
5200.534.02	Aufw. von Privatbetreuerinnen u. Privatbetreuern	43	2	50	0	40		40		40	
5200.535.01	Laufd. Sachaufw. . Gesundheits- u. Pflegeassis- tenz	14	39	25	25	10		10		10	
Summe	Deckungskreis 50	58	47	75	27	52		52		52	

Anlage 4**Deckungskreis 56 / IT - Informationstechnik**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz
5000.535.56	Lfd. Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Erstattung der Kosten für Inanspruchnahme von Dataport	168	0	242	0	243	0	243	0	243	0
5000.671.56		632	90	1.169	0	1.187		1.263		1.263	
Summe	Deckungskreis 56	800	90	1.411	0	1.430		1.506		1.506	

Deckungskreis 60 / „Sach- und Fachausgaben der Bezirke“

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz
5100.534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	379	0	436	0	339	0	339	0	339	0
5100.534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	14	3	13	0	10	0	10	0	10	0
5100.681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	5	5	9	7	15	0	36	0	36	0
5100.684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten, Zweckzuweisung an die Bezirke	484	1	526	0	608	0	614	0	698	0
5300.427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisung an die Bezirke	7	0	7	0	7	0	7	0	7	0
5300.534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	30	0	29	0	29	0	29	0	29	0
5300.534.86	Unterbringung von Nutztieren gemäß Tiertransportrecht, Zweckzuweisung an die Bezirke	-	-	0	20	20	0	20	0	20	0
5300.534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche, Zweckzuweisung an die Bezirke	-	-	0	0	0	100	0	100	0	100
Summe	Deckungskreis 60	919	9	1.020	27	1.028	100	1.055	100	1.139	100

Die Deckungsfähigkeit dient der Flexibilität im Haushaltsvollzug, um situationsangemessen auf nicht vorhersehbare Prioritätenänderungen reagieren zu können.

Anlage 4

Deckungskreis 61 / "Sach- und Fachausgaben Gesundheit und Verbraucherschutz"

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	VE	Tsd. Euro	VE	Tsd. Euro	VE
5000.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	343	134	249	142	256	0	258	0	258	0
5000.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	115	68	4	71	9	0	9	0	17	0
5000.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	503	12	373	85	420	0	568	0	580	0
5000.518.61	Mieten und Pachten	2.121	49	1.953	61	1.894	0	1.959	0	1.979	0
5000.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	312	216	35	243	60	0	69	0	70	0
5000.525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	31	125	49	147	53	0	51	0	56	0
5000.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	146	28	53	15	39	0	39	0	47	0
5000.527.61	Dienstreisen	50	100	5	110	15	0	15	0	27	0
5000.531.61	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0	0	0	0	0	0	30	0
5000.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	422	230	35	160	55	51	55	51	237	51
5100.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	0	2	118	59	120	0	122	0	122	0
5100.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	0	0	115	0	117	0	117	0	117	0
5100.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	0	0	161	20	139	0	139	0	139	0
5100.518.61	Mieten und Pachten	0	0	295	41	211	0	218	0	212	0
5100.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	0	0	19	0	21	0	21	0	21	0
5100.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	1	0	3	0	3	0	3	0
5100.527.61	Dienstreisen	0	0	39	0	32	0	33	0	33	0

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010		2011		2012	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
5100.531.61	Veröffentlichungen	31	36	20	10	23	0	23	0	23	0
5100.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	66	103	101	148	0	138	0	138	0
5300.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	27	22	24	0	48	0	38	0	38	0
5300.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	19	14	5	20	21	0	8	0	8	0
5300.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	2	26	0	0	0	0	0	0	0	0
5300.518.61	Mieten und Pachten	1	46	0	0	12	0	4	0	4	0
5300.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	0	32	0	0	0	0	0	0	0	0
5300.526.61	Sachausgaben für Dolmetscher bzw. Übersetzer	0	17	0	0	3	0	3	0	3	0
5300.527.61	Dienstreisen	19	9	33	0	26	0	33	0	33	0
5300.531.61	Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	9	0	9	0
5300.532.61	Kraftfahrzeugsteuer	0	0	0	0	0	0	2	0	2	0
5300.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	17	38	207	33	202	0	121	0	121	0
5300.535.61	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz	40	30	38	30	60	26	81	26	81	26
5300.683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten	38	225	29	0	40	0	40	0	40	0
5300.685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals	0	12	0	0	2	0	2	0	2	0
5300.686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzbverein von 1841 e.V.	33	28	33	33	38	0	33	0	33	0
Summe	Deckungskreis 61	4.270	1.566	3.996	856	4.067	77	4.211	77	4.483	77

Anlage 4

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Hinweis zu Titel 5000.526.01: Der (anteilige) Titel war bis zum Haushaltsjahr 2011 im Einzelplan 4 veranschlagt.

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
5000.526.01	Untersuchungen u. Gutachten					203	178
5200.526.86	Untersuchungen u. Gutachten zur Vorbe- reitung familien- und sozialpolitischer Maß- nahmen - Zweckzuweisung an die Bezirke –		4		4		4
5000.526.61	Sachverständige, Ge- richts- und ähnliche Kosten		39		39		47
5100.526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten		3		3		3

Anlage 5

Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012	Haushaltsplan 2011/2012
von Kapitel/Titel	nach Kapitel/Titel
4000.525.86	5200.525.86
4000.526.86	5200.526.86
4000.701.86	5200.701.86
4640	5200
4670	5200
4910	5000
4920	5300
4930	5100
4940	5400

